



ORGANISATION FÜR SICHERHEIT
UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

DER GENERALEKRETÄR

**JAHRESBERICHT 1999
ÜBER DIE AKTIVITÄTEN DER OSZE**

(1. Dezember 1998 - 31. Oktober 1999)

A - 1010 WIEN, KÄRNTNER RING 5 - 7

TEL.: +43-1 514 36-0, FAX: +43-1 514 36-96, E-MAIL: pm-dga@osce.org

SEC.DOC/2/99
17. November 1999

DEUTSCH
Original: ENGLISCH

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. Einleitung	1
II. Aktivitäten der OSZE	6
1. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie Konfliktnachsorge	6
1.1 OSZE-Missionen und andere OSZE-Feldaktivitäten	6
1.1.1 Die OSZE-Präsenz in Albanien	6
1.1.2 Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina	13
1.1.3 Die OSZE-Mission in Kroatien	19
1.1.4 OSZE-Langzeitmissionen im Kosovo, im Sandschak und in der Vojvodina	23
1.1.5 Die OSZE-Mission im Kosovo (einschließlich der früheren Kosovo-Verifizierungsmission)	23
1.1.5.1 Die Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE (KVM)	23
1.1.5.2 Die OSZE-Einsatzgruppe im Kosovo	24
1.1.5.3 Die OSZE-Mission im Kosovo	25
1.1.6 Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje	27
1.1.7 Die OSZE-Mission in Estland	28
1.1.8 Die OSZE-Mission in Lettland	29
1.1.9 Die OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus	30
1.1.10 Die OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien (Russische Föderation)	32
1.1.11 Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	34
1.1.12 Das OSZE-Büro in Eriwan	35
1.1.13 Die OSZE-Mission in Georgien	36
1.1.14 Die OSZE-Mission in Moldau	38
1.1.15 Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine	40
1.1.16 OSZE-Mission in Tadschikistan	41
1.1.17 Das OSZE-Verbindungsbüro in Zentralasien	44
1.1.18 Das OSZE-Zentrum in Almaty	46
1.1.19 Das OSZE-Zentrum in Aschgabad	47
1.1.20 Das OSZE-Zentrum in Bischkek	48

	<u>Seite</u>
1.2. OSZE-Unterstützung bei der Durchführung bilateraler und multilateraler Übereinkommen	50
1.2.1 Der OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige	50
1.2.2. Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skrunda.....	51
1.2.3 Artikel II des Friedensübereinkommens von Dayton	52
1.2.4 Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton: Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle	53
1.2.5 Artikel V des Friedensübereinkommens von Dayton: Verhandlungen über regionale Stabilität in Südosteuropa nach Anhang I-B Artikel V des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina	53
1.3 Regionale Aktivitäten der OSZE.....	54
1.3.1 Die OSZE-Regionalstrategie und der Stabilitätspakt für Südosteuropa	54
1.3.2 Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien	56
1.4 Das Konfliktverhütungszentrum: Aktivitäten im Rahmen der Verbindung zu den Missionen	57
2. Bericht des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten	58
2.1. Allgemeines.....	58
2.2 Kroatien.....	58
2.3 Estland.....	58
2.4 Griechenland	59
2.5 Kasachstan.....	59
2.6 Kirgisistan	60
2.7 Lettland.....	60
2.8 Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.....	60
2.9 Rumänien	61
2.10 Slowakische Republik.....	61
2.11 Ukraine.....	62
2.12 Andere Minderheiten.....	62
2.13 Lund-Empfehlungen über die wirksame Beteiligung nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben	62
2.14 Bericht über sprachliche Rechte.....	63

	<u>Seite</u>
3. Die menschliche Dimension: Bericht des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte	63
3.1 Einleitung	63
3.2 Zusammenarbeit	64
3.3 Wahlbeobachtung	64
3.4 Technische Hilfe	65
3.5 Wahlhilfe	65
3.6 Hilfe bei der Demokratisierung	65
3.7 Überwachung der Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension	67
3.8 Treffen über die Durchführung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension	67
3.9 Haushalt	68
3.10 Schlussfolgerungen	68
4. Bericht des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit	68
4.1 Länderspezifische Fragen	68
4.1.1 Aserbaidshan	68
4.1.2 Belarus	69
4.1.3 Kroatien	69
4.1.4 Zentralasiatische Staaten	69
4.1.5 Moldau	70
4.1.6 Türkei	70
4.1.7 Ukraine	70
4.1.8 Bundesrepublik Jugoslawien	71
4.2 Sonderprojekte	71
4.2.1 Kulturelle Unterstützung für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	71
4.2.2 Europäische Perspektive - die kulturelle Dimension des Stabilitätspakts	72
4.2.3 Schutz von Journalisten in Konfliktgebieten	72
5. Sicherheitskooperation	72
5.1 Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung	72
5.2 Wiener Dokument 1994	72
5.3 Verhaltenskodex	73
5.4 Weltweiter Austausch militärischer Information	73
5.5 Sonstiges	73

	<u>Seite</u>
6. Ökonomische und ökologische Aktivitäten	73
7. Beziehungen zu internationalen Organisationen und Institutionen.....	75
8. Beziehungen zu den Kooperationspartnern.....	77
9. Kontakte mit nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)	78
10. Sonstige Aktivitäten	80
10.1 Verwaltung des Fonds für kürzlich aufgenommene Teilnehmerstaaten	80
10.2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	81
10.2.1 Medien.....	81
10.2.2 Öffentlichkeitsarbeit.....	81
10.3 Geschlechtsspezifische Fragen.....	82
10.4 Schulung und Kompetenzerwerb	84
10.4.1 Ausbildung in den Missionen.....	86
10.5 Konfliktverhütungszentrum: Aktivitäten bezüglich der Einstellung von Missionspersonal.....	87
III. Bericht der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.....	87
1. Jahrestagung	88
2. Jährliche Informationssitzung in Wien	88
3. Wahlbeobachtung.....	89
4. Besuche und Missionen der Präsidentin.....	89
5. Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Belarus.....	89
6. Die Konferenz von Nantes	90
7. Sonstige Aktivitäten	90
IV. Ressourcenmanagement	90
1. Konferenzdienste.....	91
1.1 Sitzungsbetreuung	91
1.2 Dokumentenverteilung	92
1.3 Dolmetschung.....	92
1.4 Dokumentenkontrolle, Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung von Texten	93
2. Finanzen	93
2.1 Haushaltsplanung	93
2.2 Rechnungswesen	94
2.3 Cash Management	94

	<u>Seite</u>
3. Personalwesen	94
3.1 Grundsätze und Verfahren	94
3.2 Sozialversicherung	95
3.3 Einstellung von Personal	95
3.4 Praktikantenprogramm	95
3.5 Dienstpostenbewertung	96
4. Einsätze	96
4.1 Logistik	96
4.2 Beschaffung	96
4.3 Kommunikation	96
4.4 Verwaltungsdienst	97
4.5 Registraturverwaltung	97
5. Informationstechnologie	97
5.1 Allgemeine und technische Unterstützung	97
5.2 Management der Informationssysteme	98
5.3 Missionsunterstützung	99
5.4 Arbeitsgruppe „Jahr-2000-Tauglichkeit“	99
6. Sektion Innenrevision	99
7. Rechtliche Angelegenheiten	100
8. Koordinierungs- und Planungsgruppe	100
Anhang 1: OSZE-GESAMTHAUSHALTSPLAN 1999	101
Anhang 2: VORSCHLAG ZUM OSZE-GESAMTHAUSHALTSPLAN FÜR DAS JAHR 2000	103

I. Einleitung

Das Siebente Treffen des Ministerrats am 2. und 3. Dezember 1998 in Oslo erörterte die Herausforderungen an die Sicherheit im OSZE-Gebiet und den Beitrag der OSZE zu ihrer Bewältigung. Die Teilnehmerstaaten betonten, die internationale Gemeinschaft müsse auf derartige Herausforderungen in enger Absprache reagieren. Der Ministerrat prüfte den Stand der Arbeit an einem Charta-Dokument über europäische Sicherheit und stellte anschließend fest, dass dabei besonderes Gewicht „auf die praktische Ausarbeitung der handlungsorientierten OSZE-Instrumente gelegt [wurde], einschließlich der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen“. Der Rat betonte die Bedeutung der in Ausarbeitung befindlichen OSZE-Plattform für kooperative Sicherheit als ein Instrument zur Stärkung von Solidarität und Partnerschaft in Europa.

Im Dezember 1998 ging der Vorsitz des polnischen Außenministers Bronisław Geremek zu Ende; auf ihn folgte der norwegische Außenminister Knut Vollebæk. Auf dem Osloer Ministerratstreffen im Dezember 1998 wurde ferner beschlossen, dass im Jahr 2000 Österreich den Vorsitz übernehmen wird.

Im Berichtszeitraum fand auch ein Wechsel an der Spitze des Generalsekretariats statt: Botschafter Ján Kubiš aus der Slowakischen Republik übernahm das Amt vom bisherigen OSZE-Generalsekretär, Botschafter Giancarlo Aragona aus Italien.

Die OSZE weitete ihre Operationen während des Berichtszeitraums erheblich aus und nahm verstärkt ihre Rolle als Hauptinstrument für Frühwarnung und Konfliktverhütung, Konfliktbewältigung und Konfliktnachsorge wahr. 1999 sah sich die Organisation vor eine Reihe neuer und wichtiger Aufgaben gestellt: in Zentralasien, im Kaukasus und in Südosteuropa, einer Region, die der internationalen Gemeinschaft nach wie vor Anlass zu größter Besorgnis gibt, insbesondere das Kosovo, in dem die OSZE ihre bisher größte Herausforderung sieht.

Anfang 1999 schloss die OSZE den schrittweisen Aufbau der Kosovo-Verifizierungsmission (KVM) ab, die zahlenmäßig größte Operation, die sie je unternommen hat; in der Folge musste sie jedoch die KVM abziehen, da sich die Sicherheitslage zunehmend verschlechterte.

Nach dem Rückzug der KVM kam die OSZE ihrem Mandat weiter nach, indem sie humanitäre Organisationen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise unterstützte und die Entsendung einer neuen OSZE-Mission in das Kosovo vorbereitete. Die KVM-Mitarbeiter unterstützten das Amt des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und andere internationale Organisationen.

Nach Verabschiedung der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats am 1. Juli 1999 wurde beschlossen, eine OSZE-Mission im Kosovo (OSZE-MIK) zusammenzustellen, die im Gesamtrahmen der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) eine eigene Komponente bilden würde. Die OSZE-Mission befasst sich in diesem Rahmen federführend mit Angelegenheiten des Institutions- und Demokratieaufbaus und der Menschenrechte. Sie hat eine Reihe von Aufgaben übernommen, die für die OSZE völlig neu sind, etwa die Ausbildung der Anwärter für den neuen Polizeidienst und die Schulung von Justiz- und Verwaltungspersonal; ferner bildet sie den Rahmen für Medienregulierung und -überwachung. Die Mission soll, wie es in ihrem Mandat heißt, „gegenseitige Achtung und Aussöhnung zwischen allen ethnischen Gruppen im Kosovo und eine bestandfähige multi-

ethnische Gesellschaft herbeiführen, in der die Rechte jedes Bürgers vollständig und gleichermaßen geachtet werden.“

Im Kosovo entwickelt die OSZE eine neuartige und enge Beziehung zu den Vereinten Nationen, da die OSZE-MIK fester Bestandteil der UNMIK ist. Die OSZE arbeitet auch eng mit anderen wichtigen Partnern zusammen - dem Europarat und UNHCR und über die KFOR auch mit der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO).

Die OSZE-MIK ist an sich wichtig, doch kann man das Kosovo nicht getrennt von der gesamten Region betrachten. Die OSZE hat in Bosnien und Herzegowina und in Kroatien, aber auch in Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bereits viel geleistet. Nun konzentrieren sich die OSZE und andere internationale Organisationen auf einen regionalen Lösungsansatz.

Die ehrgeizigen Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und regionalen Stabilität, die in Anhang 1-B des Übereinkommens von Dayton enthalten sind, stehen bereits unter der Schirmherrschaft der OSZE. Das Ziel ist es nun, in und um Ex-Jugoslawien ein regionales Gleichgewicht herzustellen.

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa weist der OSZE die enorm wichtige Rolle zu, in Südosteuropa über Grenzen hinweg tätig zu sein. Der Pakt wurde auf der von der Europäischen Union am 10. Juni 1999 veranstalteten Ministerkonferenz in Köln verabschiedet und unter die Schirmherrschaft der OSZE gestellt.

Zur Verwirklichung der im Stabilitätspakt genannten Ziele beschloss die OSZE am 1. Juli 1999, ihre Teilnehmerstaaten zur Einhaltung der Bestimmungen des Stabilitätspaktes anzuhalten, das Expertenwissen der OSZE-Institutionen und -Instrumente in die Arbeit des Regionaltisches Südosteuropa und der Arbeitstische einzubringen und eng mit anderen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, einschließlich von Finanzinstitutionen und regionalen Gremien. Im Oktober 1999 wurde der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Max van der Stoep, zum Vorsitzenden des Arbeitstisches 1 für Menschenrechte und Demokratisierung ernannt. Der Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, Botschafter Robert L. Barry, wurde vom Amtierenden Vorsitzenden beauftragt, Vorstellungen über die regionale Rolle der Organisation und über den Beitrag der OSZE zum Stabilitätspakt zu erarbeiten.

Die OSZE bekennt sich unverändert zu ihrer Arbeit in anderen Regionen.

Im Berichtszeitraum nahm die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten einen wichtigen Platz in der Tagesordnung der Organisation ein, was auch als Zeichen des Interesses dieser Staaten an der OSZE zu werten ist. Ein Ausdruck des gemeinsamen Willens, die Beziehungen zu verstärken, waren die Besuche hochrangiger Vertreter der zentralasiatischen Staaten im Ständigen Rat in Wien. Mit dem Beschluss, OSZE-Zentren in Almaty, Aschgabad und Bischkek einzurichten, die im Januar 1999 ihre Arbeit aufnahmen, wurde die Präsenz der OSZE in der Region noch fester verankert. Die Mandate der Zentren lassen sich wie folgt zusammenfassen: Förderung der Verwirklichung der OSZE-Prinzipien und der Erfüllung der OSZE-Verpflichtungen sowie Ermutigung der zentralasiatischen Teilnehmerstaaten zur Mitarbeit in der OSZE.

Im Anschluss an den „Beschluss über Zentralasien“ des Ministerrats in Oslo wurde der frühere OSZE-Generalsekretär, Botschafter Wilhelm Höynck, zum Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden bestellt und beauftragt, ein Konzept für die weitere Integra-

tion der Länder Zentralasiens und für die Verstärkung der OSZE-Aktivitäten in dieser Region auszuarbeiten. In seinem Bericht an den Ständigen Rat vom 15. Juli 1999 unterstrich er die Notwendigkeit einer regionalen Dimension, wobei gleichzeitig die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Länder und die Unterschiede zwischen ihnen berücksichtigt werden müssten. Der Amtierende Vorsitzende bereiste im September und Oktober 1999 die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten, um die Diskussionen über ein aktiveres Engagement der OSZE in der Region fortzuführen.

In Tadschikistan trägt die OSZE gemeinsam mit den Vereinten Nationen als politischer und moralischer Garant für die Umsetzung des Allgemeinen Friedensabkommens aktiv zum Friedensprozess bei.

In anderen Teilen Osteuropas und im Kaukasus unterstützt die OSZE die Demokratisierung und die Entwicklung der Bürgergesellschaft. Im Kaukasus hat sie ihre Präsenz vor Ort durch die Einrichtung eines OSZE-Büros in Armenien verstärkt. Dieses Büro, das Ende November 1999 seine Arbeit aufnehmen soll, wird sich für die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und die Erfüllung der OSZE-Verpflichtungen sowie für die Mitarbeit der Republik Armenien einsetzen. Während des Besuchs des Amtierenden Vorsitzenden in Aserbaidschan am 17. und 18. September 1999 wurde grundsätzlich vereinbart, ein OSZE-Büro in Baku zu eröffnen. Die näheren Modalitäten dieser OSZE-Präsenz werden derzeit erörtert.

Mit der Schließung der OSZE-Mission in der Ukraine am 30. April 1999 erfuhr der OSZE-Einsatz in diesem Land eine bedeutende Veränderung. Seither hat sich mit der Ernennung eines OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine mit Standort Kiew eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Regierung der Ukraine herausgebildet. Diese neue Form der Zusammenarbeit besteht in der Planung und Durchführung von Projekten, die sich auf alle Aspekte der OSZE-Aktivitäten beziehen können.

In Belarus hatte die Organisation wesentlichen Anteil an der Annäherung zwischen der Regierung und der Opposition, die sie zur Aufnahme und Fortsetzung eines Dialogs über die Errichtung demokratischer Institutionen und einer Bürgergesellschaft veranlasste.

1999 hat sich auch die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen verstärkt. Die Organisation war bemüht, das Prinzip der gegenseitigen Ergänzung verschiedener vor Ort tätiger Organisationen umzusetzen, und war in steigendem Maße gefordert, im Bereich der Konfliktverhütung, Konfliktbewältigung und Konfliktnachsorge tätig zu werden.

In die Frühphase der Planung und die Konsultationen vor der Entsendung von OSZE-Missionen werden auch andere internationale Organisationen einbezogen. Zuletzt waren der Europarat, UNHCR und das Amt des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für die Menschenrechte (UNHCHR) vor der Entsendung der OSZE-Mission im Kosovo am Frühstadium der Planung und an Konsultationen im OSZE-Sekretariat beteiligt.

Die Abstellung von Personal des Europarats ist eine weitere wichtige Entwicklung; eine solche fand erstmals zur Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE statt und nun zur OSZE-Mission im Kosovo, wodurch die Organisation das Expertenwissen des Europarats in verschiedenen Bereichen nutzen kann.

Andere konkrete Einsätze, etwa in Bosnien und Herzegowina, wo die OSZE mit der Stabilisierungstruppe (SFOR) und dem Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) zusammenarbeitet, oder in Albanien, wo die OSZE einen Koordinierungsrahmen bildet, in dem andere internationale Organisationen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich tätig

werden können, zeigen, dass Staaten sowie internationale Institutionen und Organisationen sich der Notwendigkeit einer Synergie der Bemühungen bewusst sind.

Auch nichtstaatliche Organisationen (NGOs) spielen eine immer aktivere Rolle in der europäischen Sicherheit. Von den NGOs erhält die Organisation wichtige Informationen über Entwicklungen, insbesondere im Bereich der Menschenrechte, aber auch in Umwelt-, Wirtschafts- und Sicherheitsfragen. Gleichzeitig unterstützt die OSZE durch ihr Bekenntnis zur Entwicklung von Bürgergesellschaften solche Organisationen, die in den unterschiedlichsten Bereichen Basisarbeit leisten.

Der Berichtszeitraum war durch eine verstärkte Abstimmung mit den Vereinten Nationen geprägt. Im Dezember 1998 fand im Hauptquartier der Vereinten Nationen als Folgeveranstaltung des Treffens des Generalsekretärs der Vereinten Nationen mit den Leitern regionaler Organisationen im Juli 1998 auf Arbeitsebene eine Tagung der regionalen Organisationen der Vereinten Nationen zum Thema Konfliktverhütung statt. Zweck des Treffens war die Weiterentwicklung der Modalitäten der Zusammenarbeit in der Konfliktverhütung.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, sprach am 20. Juli 1999 zum ersten Mal im Ständigen Rat der OSZE, wobei er die lebendigen Beziehungen zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen hervorhob. Am 7. Oktober 1999 erörterte die Stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Louise Frechette, im Ständigen Rat der OSZE die laufende Zusammenarbeit im Kosovo.

Die Beziehungen mit den Kooperationspartnern der OSZE - Japan und die Republik Korea - und mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum entwickelten sich weiter, wobei Japan erhebliche Beiträge zu den OSZE-Projekten in Südosteuropa leistete, insbesondere im Kosovo. Jordanien, seit Mai 1998 der jüngste Kooperationspartner im Mittelmeerraum, bot sich als Gastgeber für das nächste Mittelmeerseminar im Dezember 1999 an und zeigte damit sein Interesse am Dialog zwischen der OSZE und ihren Mittelmeerpartnern.

Eine andere wichtige Frage für die Organisation ist ihre operative Entwicklung. Die Erfahrungen im Kosovo und die neuen Herausforderungen in Südosteuropa und andernorts haben deutlich gemacht, dass die OSZE ihre operativen Fähigkeiten unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung ihrer Flexibilität und unverminderter Betonung ihrer Aktivitäten vor Ort stärken muss. In Umsetzung des Beschlusses über die operativen Fähigkeiten des Sekretariats, den der Ständige Rat Ende 1998 fasste, wurde bereits damit begonnen, das Sekretariat mit dem nötigen Rüstzeug für die Bewältigung neuer Aufgaben auszustatten. Dieser Beschluss führte unter anderem zur Gliederung des Sekretariats in zwei Abteilungen, das Konfliktverhütungszentrum und die Abteilung für Verwaltung und Einsätze, und zur Schaffung einer Sektion für externe Zusammenarbeit im Konfliktverhütungszentrum.

Um das Sekretariat in die Lage zu versetzen, kurzfristig neue Missionen einzurichten und die Vorbereitung und Planung einzelner Missionen einzuleiten und zu koordinieren, wurde eine interne Ad-hoc-Koordinierungs- und Planungsgruppe gebildet, in der verschiedene Dienste vertreten sind, die bei der Zusammenstellung einer neuen Mission benötigt werden könnten; sie hielt während des Berichtszeitraums regelmäßige Sitzungen ab. Ferner wurde ein „Krisenraum“ eingerichtet, der sieben Tage pro Woche rund um die Uhr Verbindung mit den Missionen hält und als ständiges Bindeglied zwischen den Missionen und dem Sekretariat und als Informationsquelle für die Delegationen der OSZE-Teilnehmerstaaten dient. Weitere Verbesserungsmaßnahmen betrafen die Ausarbeitung eines *Informa-*

tion System Strategic Plan und einer Strategie für Kompetenzerwerb durch Schulung sowie die geplante Vereinheitlichung der Anstellungsbedingungen für OSZE-Mitarbeiter.

Die Art der anstehenden Aufgaben und die Zahl der Mitarbeiter vor Ort, die von Teilnehmerstaaten für kurze Einsatzzeiten abgestellt werden, machen eine entsprechende Vorbereitung der Mitarbeiter auf ihre Aufgaben notwendig. Aus diesem Grund werden im Sekretariat Einführungskurse für neue Missionsmitarbeiter abgehalten. Missionsmitarbeiter mit besonderen Aufgaben etwa in der Überwachung der Menschenrechte oder der Demokratisierung erhalten anschließend eine eigene Einschulung. Der Bereich Aus- und Weiterbildung bietet sich auch für die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen an.

Ein weiterer Schwerpunkt der Organisation war 1999 die Gleichbehandlung von Mann und Frau. Nach einem zusätzlichen Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension über Fragen der Gleichberechtigung im Juni 1999 in Wien ersuchte der Amtierende Vorsitzende das Sekretariat im Sinne der Empfehlungen des Treffens, gemeinsam mit den anderen Institutionen der OSZE einen Aktionsplan zu Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau auszuarbeiten. Der Plan beschreibt die Aufgaben, die zur Erfüllung der OSZE-Verpflichtungen notwendig sind, und setzt eine Frist für die Verwirklichung der Ziele. Er weist den verschiedenen Akteuren der OSZE Verantwortungsbereiche zu und stellt fest, welche Ressourcen zur Durchführung der Arbeit notwendig sind. Eine Richtlinie über ein professionelles Arbeitsumfeld in der OSZE, die der Verhinderung von Belästigung, einschließlich sexueller Belästigung, und von Diskriminierung am Arbeitsplatz dient, trat im Juni in Kraft.

Verschiedene Dienststellen der OSZE befassten sich im Berichtszeitraum verstärkt mit Fragen der Roma und Sinti. Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten legte einen Bericht über die Lage der Roma-Bevölkerung in einigen - vor allem mitteleuropäischen - Ländern vor. Der Bericht enthielt mehrere Empfehlungen, die deutlich machten, wie wichtig Maßnahmen gegen Diskriminierung sind. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) ernannte einen Berater für Fragen der Roma und Sinti, der in verschiedene Richtungen tätig wurde. So organisierte er etwa im September in Wien ein zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension über Fragen der Roma und Sinti.

Auch das BDIMR setzte seine reguläre Tätigkeit fort, die in der Durchführung von Projekten und Programmen zur Verbesserung der Menschenrechtsslage und der Demokratie in den Teilnehmerstaaten besteht. Unter seinen Prioritäten im Jahr 1999 ist die Umsetzung von fünf Memoranda of Understanding zu nennen, die Ende 1998 mit Staaten in Zentralasien und im Kaukasus unterzeichnet wurden und rund 30 neuen Projekten in diesen Ländern den Weg bereiteten.

Einen weiteren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Institutionen im OSZE-Gebiet leistete die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE durch ihre Besuche bei 12 OSZE-Feldmissionen und allen OSZE-Institutionen sowie durch mehrere hochrangige bilaterale Besuche. Die Parlamentarische Versammlung war auch Mitveranstalter der zweiten Parlamentarierkonferenz zum Thema „Die subregionale Wirtschaftskooperation vor neuen Herausforderungen“, die im Oktober in Nantes (Frankreich) stattfand.

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit legte im März sein erstes Jahrbuch mit dem Titel „Yearbook 1998/99: Freedom and Responsibility“ vor, in dem die Aktivitäten des Beauftragten und seines Büros beschrieben werden und Autoren aus verschiedenen Ländern

ihre Ansichten von freier Meinungsäußerung darlegen. Weitere Aktivitäten des Beauftragten im Berichtszeitraum bezogen sich insbesondere auf die Lage der Medien in Belarus, den zentralasiatischen Staaten, Kroatien und der Bundesrepublik Jugoslawien.

II. Aktivitäten der OSZE

1. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie Konfliktnachsorge

1.1 OSZE-Missionen und andere OSZE-Feldaktivitäten

1.1.1 Die OSZE-Präsenz in Albanien

Die OSZE-Präsenz in Albanien hat den Auftrag, die Regierung Albaniens in den Bereichen Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Medien, Menschenrechte und Entwicklung einer Bürgergesellschaft zu beraten und zu unterstützen. Außerdem spielt die Präsenz mit ihren Bemühungen um Entschärfung politischer Spannungen und um Herbeiführung der nötigen Voraussetzungen für Dialog- und Kompromissbereitschaft eine viel beachtete Rolle. Diese spontane politische Vermittlerrolle war ganz besonders während der Ereignisse im September 1998 sichtbar, als die Präsenz maßgeblich dazu beitrug, die Führung der Demokratischen Partei zur Beendigung der zweitägigen Unruhen zu veranlassen, die nach der Ermordung eines ihrer Abgeordneten, Azem Hajdari, ausgebrochen waren. Den Großteil des Jahres 1999 befasste sich die Präsenz intensiv mit der Suche nach möglichen Lösungen für die Pattstellung, zu der es in den Beziehungen zwischen der Regierung und der Opposition im Anschluss an die Ermittlungen im Mordfall Hajdari gekommen war, und mit dem Versuch, Verhältnisse herbeizuführen, die die Demokratische Partei zur Rückkehr ins Parlament veranlassen würden (was schließlich im Juli 1999 geschah).

Im selben Zeitraum baute die Präsenz ihre zweite wichtige Rolle aus, nämlich die Funktion eines flexiblen Koordinierungsrahmens für die internationale Albanienhilfe und für die Überwachung der Fortschritte bei der Umsetzung der Reformprogramme und der wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme der Regierung. Dieser Aspekt der Arbeit der Präsenz gewann seit Ende letzten Jahres mit dem Zusammenschluss der Freunde Albaniens zunehmend an Bedeutung, einer informellen und allen Interessenten offen stehenden Gruppierung von Geberländern und internationalen Organisationen, die regelmäßig unter dem Vorsitz des Leiters der OSZE-Präsenz in Tirana zusammentritt und drei internationale Treffen unter dem gemeinsamen Vorsitz des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und der Europäischen Union abgehalten hat. Durch diese Tagungen wurden die Freunde Albaniens rasch zum wichtigsten Forum für die Koordination der internationalen Finanzhilfe und für die internationale Überwachung der wirtschaftlichen und politischen Reformen in Albanien.

Ein Großteil des vergangenen Jahres wurde in Albanien unweigerlich durch die Kosovo-Krise und die Belastungen überschattet, die der Flüchtlingszustrom für die noch nicht gefestigte Demokratie und die soziale und staatliche Infrastruktur Albaniens bedeutete. Als die Krise ausbrach, befand sich die OSZE-Präsenz, die sich in ihrer Rolle als Unterstützer der albanischen Regierung und als Vermittler internationaler Hilfsmaßnahmen bereits bewährt hatte, in der denkbar besten Situation, um dem Ersuchen der Regierung um Hilfe bei der praktischen Bewältigung des Flüchtlingszustroms und der Koordinierung der nationalen und internationalen Hilfsmaßnahmen nachzukommen. Eine große Stütze waren ihr dabei ihr Netz von Außenstellen in den Präfekturen und ehemaligen Mitarbeitern der Kosovo-Verifizierungsmission (KVM), die vorübergehend nach Albanien entsandt wurden, um die Hilfsmaßnahmen zu unterstützen.

Die Präsenz sorgte auch dafür, dass die laufenden Bemühungen um Demokratisierung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Bürgergesellschaft trotz der Krise weitergingen. Als sich die Krise beruhigte und die Mitarbeiter sich wieder ihren normalen Aufgaben zuwenden konnten, traten diese Aktivitäten wieder in den Vordergrund. Die Mitarbeiter der Präsenz fungierten die ganze Periode hindurch als Sekretariat der örtlichen Freunde Albaniens und überwachten in dieser Eigenschaft die Fortschritte der Regierung bei der Verwirklichung ihrer Reformziele. Die Präsenz betrachtete die Weiterführung ihrer Aktivitäten in den Bereichen Umwelt, Menschenrechte, parlamentarische Beobachtung, NGO-Entwicklung, Dezentralisierung der Verwaltung und Rechtsreform auch während der Krise als wichtigen Bestandteil ihrer Hilfe für Albanien. Genauso wichtig war es, die albanische Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft nach Beendigung der Krise erneut auf einige der größten Probleme Albaniens, insbesondere betreffend Recht und Ordnung und den Kampf gegen die Korruption, aufmerksam zu machen.

Die Präsenz in Albanien beschäftigt derzeit 120 Personen, davon 55 internationale und 65 örtliche Mitarbeiter. Rund zwei Drittel von ihnen sind in den neuen Außenstellen der Präsenz außerhalb Tiranas im Einsatz. Es wurde vorgeschlagen, dass die Präsenz 1999 durch Neuzuteilung und Verlegung von Ressourcen aus der Grenzüberwachung Außenstellen in allen 12 Präfekturen einrichtet. Damit würde die Präsenz dieselbe Flächendeckung erreichen, die sie während der Flüchtlingskrise durch den Einsatz zusätzlichen Personals aus der ehemaligen KVM für kurze Zeit hatte.

Politische Vermittlung. Neben ihrer viel beachteten politischen Vermittlertätigkeit während der Ereignisse im September 1998 warb die Präsenz in den letzten Monaten des Jahres 1998 auch für eine möglichst hohe Beteiligung am Verfassungsreferendum, womit sie dem Boykottaufruf der Demokratischen Partei entgegenwirken wollte. Nach dem Referendum verbesserte sich im Dezember 1998 das politische Klima: Der neue Premierminister setzte Gesten der Versöhnung und die Präsenz ermutigte gleichzeitig energisch zur Wiederaufnahme des Dialogs. Ein Studentenstreik bot Gelegenheit zu einem persönlichen Zusammentreffen zwischen Premierminister Pandeli Majko und dem Führer der Demokratischen Partei, Sali Berisha. Die Präsenz half, den Streik zu beenden, und es wurde positiv vermerkt, dass sie es war, die die erste Begegnung zwischen der Sozialistischen und der Demokratischen Partei herbeigeführt hatte. Es folgten weitere vertrauensbildende Maßnahmen, darunter ein Fußballspiel zwischen der Regierung und der Opposition, bei dem auf Ersuchen beider Parteien der Leiter der Präsenz als Schiedsrichter fungierte; das Spiel wurde sowohl vom staatlichen als auch vom privaten Fernsehen übertragen.

Im Januar schwächte sich dieser positive Trend wieder ab und die politischen Kräfte gingen verstärkt auf Konfrontation. Obwohl sechs ehemalige Funktionäre der Demokratischen Partei, die 1997 während der Ausschreitungen festgenommen worden waren, freigelassen und unter Hausarrest gestellt wurden, wie die Präsenz immer wieder gefordert hatte, und im Mordfall Hajdari dank der Unterstützung und Beratung durch einen von der OSZE gestellten norwegischen Staatsanwalt professioneller ermittelt wurde, schien die Führung der Demokratischen Partei trotz entsprechender Willensbekundungen aus der eigenen Partei nicht geneigt, wieder ins Parlament einzuziehen.

Im März 1999 wurden innenpolitische Fragen durch die Kosovo-Krise mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt, aber nicht einmal ein Ereignis dieser Größenordnung konnte die beiden wichtigsten Parteien dazu bewegen, sich zu einer gemeinsamen Plattform zusammenzufinden. Doch die Kosovo-Krise machte deutlich, wie sehr sich die Demokratische Partei mit ihrer Obstruktionspolitik selbst isoliert und ausgegrenzt hatte, gerade in einer

Zeit, in der die ganze Welt nach Albanien blickte und die Regierung zahlreiche führende Politiker aus aller Herren Länder empfing. Als sich die Krise Ende Juni 1999 zu beruhigen begann, beschloss die Führung der Demokratischen Partei auf Druck aus den eigenen Reihen, aus verschiedenen Ländern, internationalen parlamentarischen Gremien und der OSZE-Präsenz, den Boykott zu beenden, und zog schließlich am 21. Juli wieder ins Parlament ein.

Parlamentarische Beobachtung. Als Teil der Maßnahmen im Anschluss an die 1998 abgegebene Erklärung der ersten parlamentarischen Dreiermission in Albanien - der Vertreter der parlamentarischen Versammlungen der OSZE und des Europarats sowie des Europäischen Parlaments angehörten - veranlasste und organisierte die OSZE-Präsenz eine systematische Studie der parlamentarischen Gepflogenheiten und Verfahren. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden in Form von Berichten veröffentlicht, die regelmäßig an die OSZE-Teilnehmerstaaten, die parlamentarischen Versammlungen der OSZE und des Europarats, das Europäische Parlament und das albanische Parlament selbst ergehen. Der für parlamentarische Beobachtung zuständige Mitarbeiter der Präsenz unterstützte den Leiter der Präsenz in allen Fragen, die mit dem Wiedereinzug der Demokratischen Partei in das Parlament zu tun hatten. Dieser Mitarbeiter trägt durch seine regelmäßigen Kontakte mit Abgeordneten aller politischen Parteien auch zur politischen Berichterstattung des Leiters der Präsenz und des politischen Referenten bei. Mehrere Botschaften, der Europarat und die Internationale Stiftung für Wahlsysteme (IFES) haben sich bereit erklärt, an der Beobachtung der parlamentarischen Vorgänge durch die Präsenz mitzuwirken.

Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Menschenrechte. Das 1998 in der Präsenz eingerichtete Rechtsberatungsbüro dient als juristische Denkwerkstatt, die rasch Analysen in Rechtsstreitigkeiten liefert, dem Melde- und Warnprogramm der OSZE für Menschenrechte Anleitungen gibt, Prozesse und Strafverfahren beobachtet und die verfassungsrechtlichen Programme des Verwaltungszentrums zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen und der Mitwirkung der Öffentlichkeit (ACCAPP) durchführt. Das Büro hilft auch bei der Koordination nationaler und internationaler Rechtshilfe und leistet albanischen Institutionen bei verschiedenen anderen Projekten Rechtsbeistand. Das Rechtsberatungsbüro arbeitet eng mit internationalen Partnern zusammen, insbesondere mit dem Europarat.

Im Bereich der Gesetzgebung unterstützt das Rechtsberatungsbüro die albanische Legislative bei der Ausarbeitung und Überprüfung einzelner Punkte von Gesetzesentwürfen. 1999 lieferte die Präsenz schriftliche Analysen und Beiträge unter anderem zum Entwurf des Gesetzes über Staatsgeheimnisse, eines Gesetzes zur Festlegung der Präsidentenbefugnisse in Notstands- und Kriegszeiten und von Dokumenten der Staatspolizei, der Staatsanwaltschaft und des öffentlichen Dienstes. Das Büro leistete außerdem direkte Rechtshilfe unter anderem in Fragen der Menschenrechtsgesetzgebung, der Konkursordnung und des Enteignungsgesetzes.

Das Rechtsberatungsbüro widmete sich auch seiner zweiten Aufgabe und beobachtete Strafverfahren in verschiedenen politisch brisanten Fällen im Anschluss an die Ausschreitungen der Jahre 1997 und 1998. Es verfolgte auch genau die Ermittlungen im Mordfall Hajdari und nahm in Unterstützung der Versöhnungsbemühungen des Leiters der Präsenz gemeinsam mit Vertretern des Europarats Stellung zu einem Gesetzesentwurf, der im Zuge der Ermittlungen im Fall Hajdari von der Demokratischen Partei vorgeschlagen worden war. Der von der OSZE gestellte norwegische Staatsanwalt und dessen norwegischer und schwedischer Nachfolger, die die Aufgabe hatten, den Generalstaatsanwalt bei dessen Ermittlungen im Mordfall Hajdari zu unterstützen und ein technisches und materielles Hilfsprogramm für

die albanische Generalstaatsanwaltschaft zu entwickeln, wurden vom Büro technisch unterstützt.

Als Teil seiner Koordinierungsbemühungen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Rechtswesens sorgte das Büro Anfang 1999 durch Überwachung und technische Hilfe für eine faire und unparteiische Beurteilung von Richtern, die sich laut Gesetz einer fachlichen Befähigungsprüfung unterziehen müssen. Diese wurde im Mai erfolgreich durchgeführt. Das Büro arbeitete ferner ein umfassendes Hilfsprogramm für die Entwicklung der Rechtsfakultät der Universität Tirana aus. Es spielte auch eine zentrale Rolle in den Bemühungen um die Einrichtung einer Ombudsmanninstitution (Volksanwaltschaft) in Albanien und bei der Beratung zu Ermächtigungsgesetzen und Durchführungsverfahren. Was konkret die Entwicklung des Rechtswesens im Bereich der Menschenrechte betrifft, bestellte das Rechtsberatungsbüro gemeinsam mit dem BDIMR einen auf dieses Gebiet spezialisierten Juristen als Lehrbeauftragten für die Rechtsfakultät Shkodër, wo er die Grundbegriffe der Menschenrechte lehrte. Dieses Programm soll im Herbst 1999 wiederholt werden.

Neben seiner Arbeit in Sachen Rechtsstaatlichkeit übernahm das Rechtsberatungsbüro Anfang 1999 die laufenden Projekte des Verwaltungszentrums zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen und der Mitwirkung der Öffentlichkeit (ACCAPP) betreffend die neue albanische Verfassung. Diese Projekte beziehen sich unter anderem auf die Veröffentlichung von Unterrichtsbehelfen und historischem Material über die Verfassung und den Verfassungsprozess, die Information der Öffentlichkeit über den Inhalt der neuen Verfassung und die Unterstützung bei der Anpassung vorhandener und neuer Gesetze an die neue Verfassung.

Melde- und Warnprogramm für Menschenrechte. Dieses Programm wurde Anfang 1999 im Rechtsberatungsbüro mit dem Ziel eingerichtet, einen Beitrag zum Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen in Albanien zu leisten. Im Rahmen des Programms untersucht die Präsenz angebliche Menschenrechtsverletzungen und Beschwerden von Einzelpersonen über Handlungen der staatlichen Verwaltung und berichtet darüber. Vorrang haben dabei Fälle angeblich politisch motivierter Verstöße, Fälle, die mit Polizei und Gefängnissen zu tun haben, sowie Fälle, in denen ein gerichtliches Urteil gegen die öffentliche Verwaltung nicht vollstreckt wurde. Langfristig soll mit diesem Programm eine örtliche Kompetenz für verantwortungsbewusste Menschenrechtsüberwachung geschaffen werden; zu diesem Zweck soll ein Zentrum für Privatbeschwerden und Rechtshilfe eingerichtet werden, das von einer albanischen nichtstaatlichen Organisation geführt und durch das Programm in administrativer, rechtlicher und logistischer Hinsicht unterstützt werden soll.

Koordinierungsrahmen: Freunde Albaniens. Im Sinne ihrer im Mandat festgelegten Funktion einer zentralen Anlaufstelle will die Präsenz gemeinsam mit der albanischen Regierung einen flexiblen Koordinierungsrahmen bieten, in dem die Botschaften der OSZE-Teilnehmerstaaten, bilaterale Hilfsmissionen, Vertreter internationaler Organisationen und andere ihren Beitrag zu einer kohärenten internationalen Hilfsstrategie leisten können. In der Zentrale der OSZE-Präsenz in Tirana finden regelmäßig Koordinierungssitzungen zu den verschiedensten Fragen statt, auf denen die Fortschritte überprüft und Probleme bei der Umsetzung von Programmen und Projekten durch Geber/die Regierung besprochen werden. Die Präsenz unterstützt die Regierung auch bei der Koordinierung der Geber, insbesondere das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel über ihre Verbindungsperson zum Ministerium, deren Posten 1999 geschaffen wurde.

Seit Oktober 1998 findet die Präsenz nachhaltige Unterstützung bei der örtlichen und der internationalen Gruppe der Freunde Albaniens. Diese nach den schweren Unruhen in

Tirana gebildeten Gruppen setzen sich aus Vertretern all derjenigen Teilnehmerstaaten und internationalen Organisationen zusammen, die Albanien finanzielle Unterstützung sowie technische und andere Hilfe leisten, um dem Land dabei zu helfen, sein Potenzial zu verwirklichen. Die örtliche Gruppe, die in Tirana unter dem Vorsitz des Leiters der OSZE-Präsenz zusammentritt, pflegt einen regelmäßigen Informationsaustausch, um die internationalen Bemühungen zu erleichtern und zu koordinieren, und fördert und überwacht gleichzeitig die Bemühungen der Regierung in wesentlichen Fragen der politischen und wirtschaftlichen Reform.

Sowohl die örtliche als auch die internationale Gruppe der Freunde Albaniens bezeichnen Schritte zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und den Kampf gegen die Korruption als eine Grundvoraussetzung für die zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Auf diese Frage wurde erstmals auf dem zweiten internationalen Treffen der Freunde Albaniens im Februar 1999 in Wien hingewiesen und mit größerem Nachdruck auch in den Schlussfolgerungen des dritten internationalen Treffens der Freunde Albaniens im Juli in Brüssel. Diese Schlussfolgerungen wurden in politischen Kreisen des Landes mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen und führten dazu, dass Fragen von Recht und Ordnung sowohl von der Regierung als auch den Parteien für den Rest des Jahres auf der politischen Tagesordnung hoher Vorrang eingeräumt wurde.

Wirtschafts- und Umweltfragen. Ende Januar 1999 schuf die Präsenz eine neue Position, die des Wirtschafts- und Umweltbeauftragten. In enger Zusammenarbeit mit dem für die Verbindung zum albanischen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel verantwortlichen Beamten sowie mit anderen Mitarbeitern der Präsenz und deren Außenstellen liefert dieser Mitarbeiter einen Überblick über Entwicklungen im ökonomischen und ökologischen Bereich; er unterstützt auch nationale und internationale Initiativen auf diesen Gebieten und entwickelt und koordiniert die Unterstützung der Präsenz und ihrer Außenstellen für Umweltprojekte und kleine Vorhaben in Zusammenarbeit mit örtlichen NGOs und Privatinitiativen.

In Sachen Umwelt arbeitet der Wirtschafts- und Umweltbeauftragte eng mit der staatlichen albanischen Umweltagentur (NEA) zusammen, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Umweltfragen zu heben und die Effizienz von Umwelt-NGOs zu verstärken. Im April 1999 organisierte die Präsenz gemeinsam mit der NEA das erste Treffen des albanischen Umweltforums, in dem 40 NGOs aus ganz Albanien zusammengefasst sind. Auf dem Gründungstreffen des Forums wurde die Schaffung einer Umweltplattform vereinbart, die die Aktivitäten der Regierung und der Umwelt-NGOs Albaniens koordinieren und mehr Mittel für die Durchführung von Umweltprogrammen beschaffen soll.

Der für die Verbindung zum albanischen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel zuständige Beamte der Präsenz unterstützt nicht nur das Ministerium bei der Koordinierung der Geber und den Leiter der Präsenz in dessen Funktion als Vorsitzender der örtlichen Gruppe der Freunde Albaniens, sondern vermittelt auch zwischen der Regierung und in- und ausländischen Unternehmern in einer Reihe strittiger Fragen. Auf Empfehlung der Präsenz stimmte die albanische Regierung zu, ein gemeinsames Forum von Regierungsmitgliedern und Mitgliedern des Verbandes albanischer Wirtschaftsorganisationen einzurichten, in dem rechtliche und andere Angelegenheiten, die sich auf das Wirtschaftsklima auswirken, erörtert werden sollen. Dieser Mitarbeiter veranlasste auch, dass die Präsenz als Mitveranstalter einer Handelsmesse im Juni 1999 in Tirana auftrat, diese zum Teil finanzierte und für sie auch warb; diese Messe diente dazu, internationale Hilfsorganisationen

und humanitäre NGOs zu veranlassen, Güter, die für die Versorgung der Flüchtlinge benötigt wurden, vor Ort anzukaufen.

Kommunalverwaltung, Wahlprozess und Wählereintragung. Um die Regierung Albaniens und die Organe der albanischen Kommunalverwaltung im Prozess der Dezentralisierung zu unterstützen, wurde im Februar 1999 der Posten einer Verbindungsperson für Kommunalverwaltung geschaffen. Dieser Mitarbeiter hat eine dreifache Aufgabe: Erstens soll er für die Koordinierung und Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses sorgen und die Kommunalverwaltung stärken, zweitens den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der Kommunalverwaltung und der Zentralregierung fördern und drittens die Aktivitäten internationaler Geber und Experten im Bereich der Kommunalverwaltung erleichtern.

Die Verbindungsperson ist außerdem zuständig für die Unterstützung und Koordination der Hilfsmaßnahmen für die albanische Regierung zur Vorbereitung der Kommunalwahlen im Jahr 2000. Derzeit wird ein Runder Tisch vorbereitet, dessen Teilnehmer eine nationale und internationale Strategie für diese Wahlen ausarbeiten sollen. Die Verbindungsperson der Präsenz leistete in der Endphase des OSZE/BDIMR-Pilotprojekts für Bürger-/Wählereintragung ebenfalls einen Beitrag zum Wahlprozess; der Endbericht darüber wurde im Juli 1999 dem Premierminister und den zuständigen Ministerien vorgelegt. Die Unterstützung der Präsenz für dieses Pilotprojekt bestand in Bemühungen um die Beschaffung von Mitteln für eine mögliche Fortsetzung des Projekts auf landesweiter Ebene zur Vorbereitung der Kommunalwahlen im nächsten Jahr.

Medienentwicklung, Presse und Information. Die OSZE-Präsenz befasst sich gemeinsam mit anderen Organisationen, darunter der Europarat und das albanische Medieninstitut, mit der Überwachung der Medien und der Beratung in Sachen Medienentwicklung. In diesem Zusammenhang hat sie mehrere Tagungen und Seminare gesponsert, vor allem zum Gesetz über die elektronischen Medien, das im September 1998 im Parlament verabschiedet wurde. Die ganze Kosovo-Krise hindurch spielte das Pressebüro eine wichtige Rolle: Es betreute die nationalen und internationalen Medien, versorgte sie mit aktuellen und genauen Informationen über die Lage an der albanischen Grenze zum Kosovo und über den Flüchtlingszustrom. Die OSZE-Präsenz galt in dieser Zeit als eine der verlässlichsten Quellen und wurde regelmäßig in der nationalen und internationalen Presse zitiert.

NGO-Unterstützung. Im Rahmen ihrer Bemühungen um die Stärkung der Bürgergesellschaft in Albanien befasste sich die Präsenz über ihre NGO-Abteilung intensiv mit der Entwicklung von NGO-Netzen in den Schwerpunktbereichen der OSZE - Demokratisierung, Menschenrechte und Medien - und mit der Auswahl, Schulung und Unterstützung von NGOs unter Vorgabe konkreter, klar umrissener Ziele, die denen des Mandats der Präsenz entsprechen. Im Februar 1999 sponserte die Präsenz das NGO-Forum in Tirana, das den Zweck verfolgte, die albanische NGO-Bewegung durch die Förderung des Dialogs und des Geistes der Zusammenarbeit zwischen ihnen zu stärken. Gemeinsam mit der albanischen *Civil Society Foundation* hat die Präsenz seither eine Serie von Schulungsseminaren in verschiedenen Teilen des Landes gestartet, um die NGOs in ihrer Rolle zu schulen und ihnen Wege zu größerer Durchschlagskraft aufzuzeigen. Im Oktober 1999 organisierte die Präsenz erstmals in Albanien eine Konferenz für NGOs über die Probleme von Frauen in der ländlichen Gesellschaft. Die NGO-Abteilung der Präsenz leistete auch einen wichtigen Beitrag zur Koordination der Hilfsmaßnahmen albanischer und internationaler NGOs. Der NGO-Beauftragte der Präsenz befasst sich derzeit mit einem Projekt, dessen Ziel es ist, *NGO Resource Centres* in Tirana und in weiterer Folge an fünf anderen Standorten in Albanien einzurichten,

und mit ähnlichen Projekten zur Förderung von Kontakten mit NGO-Netzen in anderen Ländern des Balkans.

Sicherheit. Der militärische Verbindungs- und Sicherheitsoffizier der Präsenz ist einerseits zuständig für Fragen der Sicherheit der Präsenz und ihrer Mitarbeiter und leitet vorübergehend die Informationsabteilung des Krisenstabs, gleichzeitig beschafft er jedoch auch im Namen des BDIMR und des Melde- und Warnprogramms für Menschenrechte Informationen über die Anzahl der zum Tode verurteilten Gefangenen, die in Polizeizellen für Untersuchungshäftlinge auf ihr Berufungsverfahren warten, und berichtet über ihre Haftbedingungen. Aufgrund einer Intervention der OSZE wurden alle zum Tode verurteilten Gefangenen, die sich in Zellen für Untersuchungshäftlinge befanden, im April 1999 in normale Gefängnisse verlegt. Der Verbindungsoffizier wirkte auch an der vom UNDP veranlassten Waffeneinziehungsinitiative in Gramsh und an den Vorbereitungsarbeiten für die Einrichtung einer Entsorgungsstätte für nicht explodiertes Kriegsgerät in Albanien mit.

Aktivitäten der Präsenz im Zusammenhang mit der Kosovo-Krise. Für rund drei Monate von Ende März bis Mitte Juni dieses Jahres wurde Albanien zum Zufluchtsort für 470 000 Kosovo-Flüchtlinge, was fast 15 Prozent seiner Bevölkerung entspricht. Als sich innerhalb der ersten Tage des Notstandes herausstellte, dass Albanien Schwierigkeiten hatte, die zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms erforderlichen Verfahren und einen Einsatzplan zu erstellen, stellte die OSZE-Präsenz auf Ersuchen der Regierung und in Zusammenarbeit mit UNHCR Hilfe, Rat und Personal für die Einrichtung des Krisenstabs im Büro des Premierministers zur Verfügung, der die nationalen und internationalen Hilfsmaßnahmen leiten und erleichtern sollte. Außerdem wurden rund 70 KVM-Mitarbeiter, die so genannte OSZE/KVM-Arbeitsgruppe für die Flüchtlingskrise (KVM-RTF), mit dem Auftrag zur Präsenz abgestellt, die Flüchtlingshilfe des UNHCR und der albanischen Behörden zu unterstützen.

Als sich der Notstand verschärfte und die internationalen Hilfsmaßnahmen zu seiner Bewältigung an Umfang zunahmen, entwickelte sich auch die Rolle der Präsenz im Rahmen ihres umfassend formulierten Mandats, dem zufolge sie die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den führenden internationalen Akteuren zu erleichtern und zu unterstützen hat. Mitarbeiter der OSZE-Präsenz und der KVM-RTF arbeiteten im Informationsbüro des Krisenstabs in Tirana mit, das sowohl als Sammelstelle für Informationen innerhalb der Gruppe als auch als Informationsquelle über den Stand der Krise für andere albanische und internationale Partner fungierte. Mit Hilfe der mobilen Teams der KVM-RTF und ihres Netzes an Außenstellen konnte die Präsenz auch als Verbindungsglied zwischen dem Krisenstab und den Kommunalverwaltungen und Präfekturen in ganz Albanien agieren, indem sie die örtlichen Hilfsmaßnahmen überwachte und unterstützte, Schwierigkeiten und Bedürfnisse aufzeigte und die entsprechenden Informationen rasch an den Krisenstab weiterleitete. Die OSZE leistete darüber hinaus über ihr Netz an Außenstellen und KVM-Teams wo immer möglich logistische und sonstige Unterstützung, indem sie mit ihren Mitarbeitern und Fahrzeugen die örtlichen Präfekturen und internationalen Agenturen unterstützte, Hilfslieferungen durchführte und die Kommunikation erleichterte.

Bis Anfang Juli, als die KVM-RTF-Teams aus Albanien abgezogen wurden und die letzten zum Krisenstab abgestellten OSZE-Mitarbeiter zur Präsenz zurückkehrten, nachdem Mitarbeiter der albanischen Regierung und von UNHCR an ihre Stelle getreten waren, unterstützte die Präsenz sowohl das Notstandsmanagement als auch die Repatriierungsaktionen.

OSZE-Außenstellen. Die Rolle der in den Außenstellen tätigen Mitarbeiter und der Grenzüberwacher der Präsenz (Höchststand 40 internationale Überwacher, die von 14 OSZE-Ländern gestellt wurden) war während des Notstandes ganz besonders wichtig, und zwar sowohl zur Überwachung der Flüchtlingssituation an den Grenzen und in den Lagern, als auch zur organisatorischen Unterstützung der Hilfsmaßnahmen und der Berichterstattung über das Benötigte.

Die Grenzüberwachungsbüros, deren Aufgabe es war, die albanische Grenze (vor allem zum Kosovo, aber auch zu Montenegro und zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien) zu überwachen, berichteten ausführlich über die sich ständig verschärfende Lage im Kosovo; sie hatten den idealen Standort, um den Flüchtlingszustrom zwischen März und August 1999 und in der Folge die Rückkehrbewegungen zu beobachten und darüber zu berichten. Die oft unter harten, gefährlichen und anstrengenden Bedingungen tätigen Überwacher leisteten großartige Arbeit, die gar nicht genug gewürdigt werden kann. Leider muss auch berichtet werden, dass nach allem, was die Teams durchgemacht hatten, an dem Tag, an dem die Kampfhandlungen im Kosovo eingestellt wurden, ein örtlicher OSZE-Angestellter und ein örtlicher Auftragnehmer der OSZE bei Bajram Curri in einen Hinterhalt gerieten und ums Leben kamen; die Täter entkamen unerkant.

Nach dem Ende der NATO-Luftangriffe im Juni 1999 und im Anschluss an eine Sicherheitsratsresolution, mit der im Kosovo eine internationale Verwaltung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eingerichtet wurde, verlor die Grenzüberwachung an Bedeutung. Die größeren Grenzüberwachungsbüros widmen sich nun wieder in Städten der üblichen Büroarbeit, zwei kleinere Grenzüberwachungsbüros wurden mit nahe gelegenen Stadtbüros zusammengelegt.

1.1.2 Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

Die Aktivitäten der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina konzentrierten sich im abgelaufenen Jahr auf die Ausarbeitung eines Wahlgesetzes für das Land, die Überwachung der Umsetzung der Wahlergebnisse, die Ausweitung der Demokratisierungsarbeit der Mission, die Beobachtung der Menschenrechtslage und die Umsetzung der im Allgemeinen Rahmenübereinkommen für Frieden enthaltenen Übereinkommen für vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle. Ein Entwurf des Wahlgesetzes liegt bereits vor und wurde dem Europarat und dem Lenkungsausschuss des Rates für die Umsetzung des Friedens zur Begutachtung vorgelegt. Es wird erwartet, dass der Gesetzesentwurf in diesem Herbst im Parlament Bosniens und Herzegowinas eingebracht wird und bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen im Oktober 2000 in Kraft tritt.

Die Mission leistete auch einen Beitrag zur Ausarbeitung einer näheren Definition der regionalen Rolle der OSZE im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Diese Arbeit bestand unter anderem in der Ausarbeitung einer Strategie für eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Feldaktivitäten der OSZE in der Region, um der Organisation ihre Arbeit zur Umsetzung des Stabilitätspakts zu erleichtern. In den ersten Monaten des Jahres wurden die Aktivitäten der Mission durch den Konflikt in der benachbarten Bundesrepublik Jugoslawien beeinträchtigt, doch hat sich die Lage seit dem Ende des Konflikts wieder halbwegs normalisiert. Unmittelbar nach der Krise setzte sich die Mission für einen die ganze Region erfassenden Prozess zur Herbeiführung von Frieden, Stabilität und Demokratie in Südosteuropa ein.

Wahlen. Die Provisorische Wahlkommission (PEC) der OSZE sorgte auch 1999 für die ordnungsgemäße Durchführung von Wahlen in Bosnien und Herzegowina. Am 24. Juni 1999 beschloss die PEC, die für November 1999 vorgesehenen Kommunalwahlen aus politischen, verwaltungstechnischen und rechtlichen Gründen auf den 8. April 2000 zu verschieben. Die Mission beschloss außerdem, dass die PEC sich auch mit der Durchführung der nächsten Kommunalwahlen und der Umsetzung der Ergebnisse dieser Wahlen befassen wird.

In der Zeit vor der Ankündigung der Verschiebung der Kommunalwahlen arbeitete die Wahlabteilung der Mission an der Vorbereitung der Kommunalwahlen im November 1999. Da dies die letzten Wahlen sein sollten, die zur Gänze von der OSZE verwaltet und überwacht werden, ging es vor allem darum, das Personal und die Ressourcen für eine effiziente und effektive, auf Dauer angelegte Übergabe aller mit den Wahlen verbundenen Aufgaben an Institutionen Bosniens und Herzegowinas vorzubereiten.

Die Mission befasste sich daher vorwiegend mit der formalen und der praktischen Schulung ausgewählter inländischer Mitarbeiter, um sie auf verantwortungsvollere Aufgaben bei der Abwicklung von Wahlen in Bosnien und Herzegowina vorzubereiten. Zu den für Inländer bestimmten Posten zählen der eines stellvertretenden Generaldirektors für Wahlen, eines Rechtsberaters und der Direktoren für Wählereintragung beziehungsweise Programm-entwicklung. Eine größere Gruppe bosnischer Mitarbeiter nahm an einem Studienprogramm der Universität Essex (Vereinigtes Königreich) teil, das sie mit einem Diplom abschlossen.

Wenn es der Mission gelingt, ihre Übergabestrategie 1999 erfolgreich umzusetzen, könnte sie ihre Rolle bei der Durchführung zukünftiger Wahlen in Bosnien und Herzegowina stark zurücknehmen. Doch hätte sie auch in dieser neuen Rolle die Befugnis, zu intervenieren und nötigenfalls Behörden von Bosnien und Herzegowina zu bestätigen.

Im April 1999 nahmen die OSZE und das Büro des Hohen Repräsentanten ein gemeinsames Projekt in Angriff - die Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes. Die OSZE richtete ein Sekretariat ein, das gemeinsam mit dem bestehenden Sekretariat der Provisorischen Wahlkommission an die Ausarbeitung des Wahlgesetzes ging. Der Gesetzesentwurf wurde am 28. Juli 1999 fertig gestellt und dem Hohen Repräsentanten vorgelegt. Im Herbst soll er in der Parlamentarischen Versammlung Bosniens und Herzegowinas eingebracht werden.

Im Verlauf des Jahres 1999 aktualisierte die PEC ihre Regeln und Vorschriften, um sie in Einklang mit dem Wahlgesetzentwurf zu bringen. Sie wird diese Anpassungsarbeit gegen Jahresende abschließen. Die PEC sorgte auch weiterhin für die Durchsetzung der nationalen Gesetze, die es Militärs im aktiven Dienst, Polizisten und Richtern verbieten, politisch tätig zu werden.

1999 entwickelten die örtlichen Wahlkommissionen erstmals ihre eigenen Pläne für die Umsetzung laufender Wählereintragungsprogramme in Stellen der Kommunalverwaltung.

Ferner suchte die OSZE die Unterstützung von Beamten Bosniens und Herzegowinas, der Teilgebiete und der Kantone im Hinblick auf den Erlass entsprechender Wahlrichtlinien und auf die Bereitstellung der nötigen Ressourcen und Mittel, um die Kommunalverwaltungen in die Lage zu versetzen, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Mission unterstützte außerdem maßgeblich die Gründung des Verbandes der Wahlfunktionäre Bosniens und Herzegowinas.

Die Zentralstelle für die Stimmabgabe im Ausland wurde dieses Jahr von Wien nach Sarajewo verlegt, wo ein ständiges Koordinationszentrum eingerichtet wurde. Die diesbezüglichen Programme in Kroatien und der BRJ, die bis dahin die persönliche Stimmabgabe vorsahen, wurden auf Wählerregistrierung und Stimmabgabe auf dem Postweg umgestellt.

Es wurde auch weiter an der Entwicklung eines endgültigen Wählereintragungs- und Wahlsystems gearbeitet, dessen Herzstück ein landesweites Wählerregister in Form einer zentralisierten Datenbank ist. Dabei handelt es sich um die umfassendste Datenbank über Bürger Bosniens und Herzegowinas im In- und Ausland, die seit dem Krieg eingerichtet wurde.

Das Büro für Implementierung überwachte die Umsetzung der Ergebnisse der Kommunalwahlen 1998 in den zwölf neuen, von der Provisorischen Wahlkommission anerkannten Gemeinden. Bis Mitte März hatte der Leiter der Mission mit einer Ausnahme alle neuen Kommunen offiziell bestätigt, wobei auch die letzte in Kürze dem Nationalen Ausschuss für die Umsetzung von Wahlergebnissen zur endgültigen Bestätigung vorgeschlagen werden wird. Ausschlaggebend für die Gewährung der endgültigen Bestätigung war die Vertretung von Minderheitenparteien, die über Vermittlung der OSZE durch genaue Vereinbarungen über die Machtteilung zustande kam. Der bedeutendste Fortschritt im Bereich der Wahlumsetzung wurde 1999 in der Gemeinde Srebrenica gemacht, wo sich im Juni im Sinne des Wahlergebnisses von 1997 endlich ein multiethnischer Gemeinderat konstituierte.

Demokratisierung. Die Abteilung Demokratisierung ist eine führende Kraft im Aufbau der politischen, staatlichen, rechtlichen und sozialen Werte, Gepflogenheiten und Strukturen der Demokratie durch einen integrierten Ansatz, der sich auf vier Hauptbereiche stützt: Bürgergesellschaft, politische Parteien, Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit.

Im April fand in Bosnien und Herzegowina eine landesweite NGO-Konferenz statt, auf der NGOs eine Strategie entwickelten, um zu wirksameren Trägern des politischen und sozialen Wandels zu werden; diese Strategie hat nun Eingang in alle Bemühungen der Abteilung um eine Bürgergesellschaft gefunden. NGOs waren auch wichtige Partner, als die Öffentlichkeit im Mai und Juni ersucht wurde, sich zum Inhalt des ständigen Wahlgesetzes zu äußern.

Die der Abteilung unterstehenden sieben örtlich verwalteten Demokratiezentren und eine Stelle „Jugend und Medien“ wurden in einer Dach-NGO vereinigt, die weitgehend von unabhängiger Seite finanziert wird. Die OSZE sorgt weiterhin für die Schulung und Beratung der Zentren, mit denen sie bei der Verbreitung richtiger Informationen und der Entwicklung mündiger Bürgergemeinschaften einschließlich anderer NGOs partnerschaftlich zusammenarbeitet.

Gezielte Schulungs- und Unterstützungsmaßnahmen konzentrierten sich auf die aussichtsreichsten politischen Parteien, die für multiethische Demokratie eintreten. Zehn politische *Resource Centres* unterstützen weiterhin vor Ort die Schulung politischer Parteien und Veranstaltungen zur Kontaktaufnahme mit Wählern und unterstützen verstärkt Initiativen zur Förderung von Parteibündnissen, zu politischer Forschung und staatsbürgerlicher Erziehung und zur Unterstützung politisch aktiver NGOs.

Das Programm „Frauen in der Politik“ arbeitete erfolgreich mit vielen Frauen, die 1998 in die Parlamente der Teilgebiete und des Staates gewählt wurde, an der Entwicklung von Netzen über Parteigrenzen hinweg und an der Verbesserung des Zugangs zu den Medien. In Kombination mit dem Staatsführungsprogramm machte es Parlamentarierinnen mit den

Mechanismen für die Machtgleichstellung der Frau, die in internationalen Dokumenten wie der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing gefordert wird, sowie mit den Umsetzungsbeispielen im nahen Slowenien vertraut.

Das Projekt für kommunale Infrastruktur, Finanzen und Implementierung schulte Kommunalpolitiker das ganze Jahr hindurch in der Auswahl, Finanzierung und Durchführung bestandfähiger Infrastrukturprojekte anhand transparenter und professioneller Methoden, die auch eine Mitsprache der Bevölkerung vorsehen.

Das Programm für Rechtsstaatlichkeit leistete einen maßgeblichen Beitrag zur interinstitutionellen Strategie für eine Justizreform und unterstützte auch deren Umsetzung, indem es bei der Ausarbeitung von Entwürfen für Gesetze der Teilgebiete über den Justizdienst mit half und dazu beitrug, die Richtervereinigungen der Teilgebiete zur Annahme eines gemeinsamen Moralkodex zu bewegen. 120 Vertreter der Rechtsberufe erhielten eine Einführung zu Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention, und es wurde ein Handbuch für die Ausbildung von Polizeibeamten in grundlegenden Rechtsfragen herausgegeben. Das Rechtshilfeprogramm der Beihilfenkommission der Abteilung ermöglichte durch finanzielle Unterstützung weiterhin einen verbesserten Zugang zu den Gerichten; Ende Juni waren 7663 Fälle anhängig und 304 rechtskräftig entschieden. Das Programm hat seine Finanzierung diversifiziert und ist im Begriff, eine Außenstelle in der Republika Srpska zu eröffnen, damit es auch den dortigen Bewohnern zugute kommt. Im Juli und August wurden 1200 Exemplare eines von örtlichen Experten verfassten Rechtskommentars verteilt, drei weitere wurden im Herbst 1999 verteilt. Die Abteilung leistete auch einen Beitrag zur interinstitutionellen Antikorruptionsstrategie und beabsichtigt, in allen Programmbereichen Antikorruptionsprojekte durchzuführen.

Menschenrechte. Die Überwachung der Umsetzung der novellierten Eigentumsgesetze nahm die vor Ort tätigen Menschenrechtsbeauftragten das ganze Jahr hindurch stark in Anspruch. 1998 waren in beiden Teilgebieten Gesetze verabschiedet worden, die es Personen ermöglichen, ihr Eigentum aus der Zeit vor dem Krieg zurückzufordern, doch verhinderten die Wohnraumbeschaffungs- und andere Behörden das ganze Jahr 1999 hindurch ihre Umsetzung. Die Menschenrechtsbeauftragten bemühten sich, diese Hindernisse zu beseitigen, indem sie dafür sorgten, dass Personen ihre Anträge stellen konnten, und indem sie im ganzen Land so genannte „Doppelbelegungskommissionen“ einrichteten, die feststellten, welche Räumlichkeiten illegal in Besitz genommen wurden, und Räumungslisten mit Prioritätsreihung zusammenstellten. Die Beauftragten sorgten auch maßgeblich dafür, dass örtliche Polizeikräfte durch entsprechende Schulung auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht wurden, Räumungsbefehle auch tatsächlich durchzusetzen.

Die Abteilung war federführend an einer Informationskampagne beteiligt und setzte diese gemeinsam mit der Arbeitsgruppe für Eigentumsfragen (OSZE, OHR, UNHCR, Kommission zur Regelung von Ansprüchen auf Liegenschaften, Internationale Organisation für Migration, Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina) um. Die Kampagne richtete sich an Personen, die von den neuen Eigentumsgesetzen betroffen waren.

Die Abteilung war sich über die Notwendigkeit im Klaren, dass Maßnahmen erforderlich sind, damit die Rückkehr von Dauer ist, sobald die Rückkehrer ihr Eigentum aus der Zeit vor dem Krieg wieder in Besitz genommen haben, und konzentrierte sich in ihrer Arbeit daher auf die Verfügbarmachung von Personalausweisen, Versorgungsdiensten, Pensionen und Arbeitsplätzen. Abgesehen von dieser fallbezogenen Arbeit wurden in der ersten Jahreshälfte 1999 zwei umfassende Berichte veröffentlicht: „Das bosnische Pensionssystem und

seine derzeitigen Schwachstellen" bietet eine Übersicht über diese Frage, und die internationale Gemeinschaft schloss sich den im Bericht enthaltenen Empfehlungen an. Der zweite Bericht enthielt die erste systematische Analyse der Art und des Ausmaßes der Diskriminierung am Arbeitsmarkt in Bosnien und Herzegowina. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen betreffend „faire Beschäftigungsgrundsätze“, das Modell einer Prüfliste, die vor einer Darlehensgewährung durchzugehen ist, die Schulung von Rechtsanwälten und Richtern und Informationskampagnen wurden im zweiten Halbjahr 1999 behandelt.

Als Teil einer neuen Strategie zur Kompetenzsteigerung, durch die eine nachhaltige Präsenz in Sachen Menschenrechte in Bosnien und Herzegowina gefördert werden soll, führte die Mission gezielte Interventions-Schulungskurse ein. Diese Art des Trainings wurde eingesetzt, wenn über Fälle gerichtlicher Obstruktion berichtet wurde, jeweils mit Menschenrechtsbeauftragten und gelegentlich in einer Sitzung mit zuständigen Staatsanwälten, Richtern und Rechtsanwälten, um auf die Verstöße hinzuweisen und Abhilfemaßnahmen zu empfehlen.

Die Mission setzte ihre Unterstützung für die Menschenrechtskammer, den Ombudsmann von Bosnien und Herzegowina und die Ombudsleute der Teilgebiete fort und setzte sich für die Annahme und Umsetzung ihrer Entscheidungen ein, die eine Voraussetzung für eine wirksame Rückzugsstrategie sind. Die Abteilung wirkte auch an der Ausarbeitung von Gesetzen zur Stärkung der Staatsanwaltschaft der Föderation und eines unabhängigen Systems der Bestellung von richterlichem Personal mit.

Schließlich überwachte die Abteilung mit ihrer ausgedehnten Feldpräsenz das ganze Jahr 1999 hindurch die Menschenrechtslage in Bosnien und Herzegowina und berichtete darüber. Die wöchentlich zusammengetragenen Informationen wurden analysiert und von der Abteilung und dem interinstitutionellen Gremium - dem Menschenrechtskoordinierungszentrum - als Grundlage ihrer Politik und von Richtlinien betreffend die aktuellen Bedürfnisse in dem Land verwendet. Die Abteilung intervenierte im ganzen Land in tausenden von Fällen, um Menschenrechtsverletzungen zu beheben.

Regionale Stabilisierung. 1999 waren weitere Fortschritte im Hinblick auf die Umsetzung der Übereinkommen über vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle zu verzeichnen, die gemäß Anhang 1-B des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina (Artikel II und IV; siehe auch Abschnitt 1.2.3 und 1.2.4) ausgehandelt worden waren. Im März fand in Wien die zweite Konferenz zur Überprüfung der Durchführung des Übereinkommens über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) in Bosnien und Herzegowina statt. Die Parteien stellten mit Befriedigung fest, dass im jährlichen Informationsaustausch Verbesserungen stattgefunden haben, und es wurde das Protokoll über Besuche in Waffenproduktionseinrichtungen genehmigt.

Mitte Juni trat die Gemeinsame Beratungskommission (JCC) zu Artikel II in Wien zu ihrer 20. Sitzung zusammen. Dabei kam es zu einem außerordentlichen Datenaustausch der Parteien, und es wurde vereinbart, eine Arbeitsgruppe über den Informationsaustausch einzurichten, um bestehende Unklarheiten auszuräumen. Im darauf folgenden Monat lieferten die Parteien ausführliche Informationen über ihre jeweiligen Militärhaushalte und über erhaltene ausländische Militärhilfe. Es war dies das erste Mal, dass solche Informationen in einem öffentlichen Forum ausgetauscht wurden.

Im Sinne der Richtlinien, die vom Madrider Rat für die Umsetzung des Friedens (PIC) vorgegeben worden waren, veranstaltete die Abteilung Regionale Stabilisierung in Zu-

sammenarbeit mit anderen Organisationen mehrere Seminare für die politische und militärische Führung Bosniens und Herzegowinas. Die Seminare und Workshops fanden auf Ministerbene statt und hatten Fragen wie etwa die demokratische Kontrolle der Streitkräfte der Teilgebiete, die Sicherheitsinteressen, die Beziehungen zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich, die Intensivierung des Dialogs zwischen Parlamentariern sowie zwischen militärischen und parlamentarischen Gremien über Verteidigungsausgaben und regionale Zusammenarbeit zum Thema.

Ebenfalls als Folge des Madrider PIC koordinierten die OSZE, das OHR, die SFOR und andere internationale Organisationen ihre Bemühungen zur Stärkung des Ständigen Ausschusses für militärische Angelegenheiten (SCMM). Auf der Grundlage dieser Bemühungen stimmte das Staatspräsidium Bosniens und Herzegowinas im Juli der Schaffung eines ständigen SCMM-Sekretariats zu. Die Abteilung stellte einen internationalen Beobachter/Verbindungsoffizier, das OHR sorgte für die Bereitstellung eines eigenen Assistenten.

Auch mehrere Arbeitsgruppen auf niedrigerer Ebene setzten ihre Arbeit fort, darunter die Arbeitsgruppen über a) Informationsaustausch, b) Beobachtung aus der Luft, c) Verteidigungsfragen, d) Begriffsbestimmungen, e) Kommunikation und f) Zeitplan für Artikel II, Maßnahme XI, freiwillige Aktivitäten und Programme. In Bezug auf Inspektionen ist zu melden, dass insgesamt neun Inspektionen nach Artikel II und Artikel IV stattgefunden haben. Die Arbeiten nach Artikel IV wurden durch den Beschluss der BRJ behindert, ihre Mitwirkung mit 31. März 1999 wegen der Bombenangriffe der NATO auf ihr Hoheitsgebiet auszusetzen. Inzwischen hat die BRJ ihre Absicht bekannt gegeben, ihre Teilnahme an den Aktivitäten nach Artikel IV im September 1999 wieder aufzunehmen. Im Berichtszeitraum verbesserte sich das Klima der Zusammenarbeit zwischen den Mitwirkenden an diesen Aktivitäten spürbar.

Auch die militärischen Verbindungsmissionen (MLMs) entwickelten sich während des Berichtszeitraums weiter. Im Dezember tauschten sie ihre Standard-Operationsverfahren aus, und sie machten spürbare Fortschritte in ihrem gemeinsamen Arbeitsbericht. In Zeiten erhöhter Spannungen wie anlässlich des Brčko-Beschlusses und der Entlassung von Poplašen bemühten sich die MLMs um Entspannung, obwohl andere politische Gremien ihre bilateralen Aktivitäten eingestellt hatten. Die Abteilung prüfte auch die Möglichkeit, verschiedene Aufgaben und Pflichten von der SFOR zu übernehmen, wie etwa die Professionalisierung der Streitkräfte der Teilgebiete, da die SFOR in den kommenden Jahren weiter Personal abbauen wird.

Medienangelegenheiten. Die Abteilung für Medienangelegenheiten setzte sich weiter für die Entwicklung unabhängiger, pluralistischer und professionell agierender Medien ein. 1999 hat sie bisher über 40 unabhängige Medienunternehmen in Bosnien und Herzegowina mit kleinen Zuschüssen und Sachleistungen unterstützt, um ihnen die Möglichkeit zu geben, professionelle Programme von hoher Qualität zu produzieren und auf längere Sicht wirtschaftlich unabhängig zu werden. Die Abteilung für Medienangelegenheiten widmete sich auch intensiv der weiteren Entwicklung des *Free Exchange Radio Network* (FERN), der einzigen unabhängigen Radiostation, die landesweit empfangen werden kann, und der Gründung des *Independent Radio Network* (NERA), einer freiwilligen Kooperation der entwicklungsfähigsten unabhängigen Radiostationen in Bosnien und Herzegowina.

1999 wurde auch der Anstoß für ein Mediengesetz gegeben: Es sollen Rechtsvorschriften entwickelt und eine Gruppe von Rechtsanwälten gebildet werden, die die Rechte von Journalisten fördern und schützen, für freie Meinungsäußerung sorgen und die Schaffung

und den Betrieb transparenter und unabhängiger Medienunternehmen ermöglichen. In Zusammenarbeit mit dem Büro des Hohen Repräsentanten und der Menschenrechtsabteilung der Mission überwacht die Abteilung für Medienangelegenheiten die Ausarbeitung eines Gesetzes über Informationsfreiheit und eines Gesetzes, das üble Nachrede und Verleumdung entkriminalisiert, wodurch der Zugang zu Informationen und der Schutz journalistischer Ermittlungsarbeit gewährleistet werden soll. Die Abteilung beschäftigte sich auch weiter mit der Überwachung und Aufdeckung von Verstößen gegen die Medienfreiheit. Außerdem schuf sie gemeinsam mit der Abteilung Menschenrechte den Posten eines Medien-Ombudsmanns, durch den eine inländische Struktur geschaffen werden soll, die über die nötigen rechtlichen Mittel verfügt, um in Zukunft die Medienfreiheit betreffende Fälle zu behandeln.

Ebenso wichtig ist die Arbeit dieser Abteilung für die Förderung der Kommunikation zwischen Medienunternehmen über die Grenzen der Teilgebiete hinweg. Konkret bestand diese Arbeit 1999 nicht nur in landesweiten Journalistenseminaren, sondern auch in der Unterstützung für die Entwicklung von Journalistenverbänden.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Eine der wichtigsten Aktivitäten der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit war 1999 die Organisation und Durchführung der Informationskampagne für das ständige Wahlgesetz, mit der die OSZE Ende 1998 vom Madrider Rat für die Umsetzung des Friedens beauftragt worden war. Die Kampagne, die parallel zur Ausarbeitung des ständigen Wahlgesetzes lief, war dazu bestimmt, in der Öffentlichkeit um Unterstützung für ein reformiertes und offenes Wahlsystem in Bosnien und Herzegowina zu werben und die Öffentlichkeit zur Mitsprache bei der Entwicklung eines neuen Wahlgesetzes zu motivieren. Phase zwei der Kampagne, die bis zum Herbst 1999 dauern soll, wird darin bestehen, Aktionen von Bürgern zu erleichtern und zu unterstützen, denen daran gelegen ist, das ständige Wahlgesetz im Parlament durchzubringen.

Die Abteilung beteiligte sich aktiv am Stabilitätspaktgipfel in Sarajewo Ende Juli, einem der wichtigsten politischen Ereignisse in Bosnien und Herzegowina seit der Unterzeichnung des Friedensübereinkommens von Dayton.

Im September veranstaltete die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Sarajewo ein Treffen von Sprechern und Informationsbeamten aus der gesamten OSZE-Familie. Mit dieser Veranstaltung sollte ein Beitrag zur Schaffung einer Gemeinschaft von Medienprofis geleistet und die Leistungsfähigkeit der Mission in Öffentlichkeitsarbeit und öffentlichen Angelegenheiten erhöht werden.

Schließlich ist zu berichten, dass die Website der Mission das ganze Jahr 1999 hindurch aktualisiert und ergänzt wurde; sie ist eine wichtige Quelle für aktuelle und umfassende Informationen über die Strukturen, Ziele und laufenden Aktivitäten der Mission.

1.1.3 Die OSZE-Mission in Kroatien

Die OSZE-Mission in Kroatien, die 1996 ins Leben gerufen wurde, verfügt derzeit über 250 internationale Mitarbeiter, die im Hauptquartier in Zagreb, in den drei Koordinationszentren in Vukovar, Knin und Sisak sowie in den 15 Außenstellen tätig sind. Mit Beschluss Nr. 112 des Ständigen Rates (18. April 1996) wurde die Mission beauftragt, den kroatischen Behörden, Einzelpersonen und Gruppen im Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte Hilfestellung zu leisten, ihnen ihr Fachwissen zur Verfügung zu stellen und die volle Durchsetzung der Rechtsvorschriften mit Rat und Tat zu unterstützen. Außerdem soll die Mission die ordnungsgemäße Funktion und die Entwicklung demokratischer Institutionen, Prozesse und Mechanismen überwachen. Mit Beschluss Nr. 176 (26. Juni 1997)

wurde die Mission in Abänderung ihres Mandats ermächtigt, bei der Umsetzung kroatischer Gesetze und Vereinbarungen sowie der von der kroatischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in beide Richtungen und des Schutzes aller Angehörigen nationaler Minderheiten behilflich zu sein und diese zu überwachen. Gemäß Beschluss Nr. 239 (25. Juni 1998) übernahm die OSZE nach dem Abzug der Polizeiunterstützungsgruppe der Vereinten Nationen aus dem bis dahin von den Vereinten Nationen verwalteten östlichen Teil Kroatiens die Aufgaben der Vereinten Nationen und stationierte 120 zivile Polizeibeobachter.

Im Sinne des erweiterten Mandats der Mission bezogen sich deren Hauptaktivitäten im abgelaufenen Jahr auf den Prozess der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen und auf die Stärkung und Förderung der Bürgergesellschaft. Da spätestens im Januar 2000 Wahlen zum Unterhaus des Parlaments stattfinden sollen, befasste sich die Mission auch mit Fragen des Wahlgesetzes und der Unabhängigkeit der Medien. Damit unterstreicht die Mission, dass nur einschneidende Reformen in beiden Bereichen freie und faire Wahlen ermöglichen werden.

Zur Förderung der weiteren Integration der kroatischen Donauregion setzte die OSZE-Polizeiüberwachungsgruppe (PMG) die Überwachung der Tätigkeit der ethnisch gemischten örtlichen Polizeikräfte fort und half bei der Vermittlung des erforderlichen Fachwissens.

Die Sicherheitslage in der Donauregion war laut Bericht der PMG im Berichtszeitraum insgesamt stabil. Es kam jedoch zu schweren kriminellen und zum Teil ethnisch motivierten Zwischenfällen, insbesondere in Vukovar und Umgebung. Die meisten dieser Fälle standen im Zusammenhang mit laufenden Demonstrationen ethnischer Kroaten in einigen Dörfern, die von den ethnisch-serbischen Bewohnern verlangten, bei der Aufklärung des Verbleibs vermisster Personen beziehungsweise bei der Auffindung ihrer Gräber mitzuhelfen. Die Mission und die PMG waren bemüht, die betroffenen Gruppen zum Dialog zu bewegen, und appellierten an die kroatische Regierung, gemäß den Vereinbarungen mit der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien (UNTAES) endlich den Unterausschuss für vermisste Personen in der Donauregion einzurichten. Das schließt auch die Bestellung von Mitgliedern der serbischen Gemeinde in den Unterausschuss für vermisste Personen sowie die Reaktivierung örtlicher Komitees ein, um eine Vertrauensbasis zu schaffen. Mitverantwortlich für das wachsende Gefühl der Unsicherheit unter der ethnisch-serbischen Bevölkerung in der Donauregion ist der Mangel an Transparenz in der Anwendung des Amnestiegesetzes von 1996 beziehungsweise die Anklageerhebung wegen Kriegsverbrechen in mehreren neuen Fällen.

Fehlverhalten der örtlichen Polizeikräfte wird gegebenenfalls von der PMG registriert und mit den übergeordneten kroatischen Polizeibehörden besprochen. Zwischen dem PMG-Polizeikommissär und dem kroatischen Innenministerium wurden regelmäßige Kontakte hergestellt.

Im Juni 1999 organisierte die Mission in Zusammenarbeit mit der italienischen Polizeiakademie ein Seminar für die örtlichen Polizeikräfte und PMG-Beamte in Rom. Außerdem nahmen der Polizeiberater der Mission und der Polizeikommissär im Juli 1999 an einer Konferenz im Hauptquartier der Vereinten Nationen teil, auf der die Aufgaben der Polizei der Vereinten Nationen im Kosovo erörtert wurden.

Ein Schwerpunkt der Missionsarbeit besteht darin, zu überwachen, wie und in welchem Maße die kroatische Regierung ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Rückkehr und Reintegration der Flüchtlinge und Vertriebenen nachkommt. Die Mission hat die Regierung in Rückkehrfragen massiv unterstützt und eingehend beraten; in diesem Zusammenhang hat sie auch bei der Identifizierung und Novellierung diskriminierender Gesetze mit den zuständigen Behörden eng zusammengearbeitet und ausführliche Stellungnahmen über die Umsetzung des Rückkehrprogramms abgegeben. Die Mission berät und unterstützt die kroatischen Behörden auf gesamtstaatlicher und lokaler Ebene in Fragen der Rückkehr in enger Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissärs der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR).

Zur Unterstützung des Rückkehr-, Wiederaufbau- und Reintegrationsprozesses, insbesondere in den vom Krieg betroffenen Gebieten Kroatiens, sorgte die Mission aktiv für die Koordination der internationalen Beteiligung an einer Konferenz über Entwicklung und Wiederaufbau, die von der kroatischen Regierung am 4. und 5. Dezember 1998 in Zagreb abgehalten wurde. Da die Konferenz eindeutig aufzeigte, dass weitere internationale Hilfe notwendig ist, rief die Mission in ihrem Lagebericht vom 26. Januar 1999 zu verstärkter Unterstützung für die Normalisierung und Demokratisierung auf. Die Mission unterstrich dabei, dass diese direkte Hilfe in Form von materiellen Beiträgen und/oder Expertenwissen nicht von politischen Erörterungen über die weitere Integration Kroatiens in die euro-atlantischen Strukturen abhängig gemacht werden sollte.

Bis September 1999 kehrten laut UNHCR 33 666 Personen aus anderen Ländern nach Kroatien zurück. Die Rückkehr der Flüchtlinge scheint nun gut organisiert zu sein, doch bestehen immer noch große Bedenken in Bezug auf die Wiederinbesitznahme von besetztem Eigentum, den nichtdiskriminierenden Wiederaufbau von beschädigtem Eigentum und den Zugang zu Leistungen für Rückkehrer, insbesondere für diejenigen, die „auf eigene Faust“ zurückkehrten. Die Tätigkeit der mit der Umsetzung des Rückkehrprogramms beauftragten Wohnraumbeschaffungskommissionen, die von der Mission in Zusammenarbeit mit der Überwachungsmission der Europäischen Gemeinschaft (ECMM) verfolgt wird, bleibt uneinheitlich. Im Sommer 1999 nahm die Regierung Kroatiens eine Reorganisation des Ministeriums für Entwicklung, Immigration und Wiederaufbau (MDIR) vor und übertrug die Aufgabe der Umsetzung des Rückkehrprogramms dem Büro für Vertriebene und Flüchtlinge. Dank dieser Reorganisation wird die Regierung Kroatiens möglicherweise besser in der Lage sein, ihre Pflichten gegenüber den Rückkehrern zu erfüllen. Im Spätsommer 1999 verabschiedete die Regierung die Abgeänderten Dienstinstruktionen zum Wiederaufbauprogramm, und das MDIR erließ Durchführungsverordnungen, um den regionalen Wiederaufbaubüros die Bearbeitung von Anträgen zu ermöglichen. Diese beiden Dokumente werden als Zwischenlösung angesehen, die es anspruchsberechtigten Privatpersonen ermöglicht, ein Ansuchen um Wiederaufbau zu stellen, bis das Wiederaufbaugesetz so abgeändert ist, dass die derzeit darin enthaltenen diskriminierenden Bestimmungen beseitigt sind.

Die Mission führt wie bisher gemeinsam mit UNHCR den Vorsitz in drei Gebietsgruppen zur Erleichterung der Rückkehr (in Knin, Sisak und Vukovar), die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Zusammenarbeit internationaler Organisationen in Rückkehrfragen auf lokaler Ebene zu verstärken. An den zweimal monatlich stattfindenden Sitzungen sind auch internationale Partner über die Grenzen hinweg beteiligt. Die Gruppe zur Erleichterung der Rückkehr, ein regionales Gremium für die Koordination von Rückkehrfragen, trat im Dezember 1998 sowie im Januar, April und September 1999 zusammen.

Die OSZE-Missionen in Kroatien und in Bosnien und Herzegowina veranstalteten im März und April 1999 auch zwei grenzüberschreitende Seminare über die Wiederinbesitznahme von Eigentum und die Ausstellung von Personaldokumenten sowie über Information und Motivation für die grenzüberschreitende Rückkehr.

Da Ende 1999 oder Anfang 2000 Parlamentswahlen stattfinden sollen, bemüht sich die Mission in ihrer Arbeit darum, dass diese frei und fair sind, angesichts der Tatsache, dass frühere Wahlen in Kroatien zwar als frei, aber nicht als fair angesehen wurden. Ein Hauptgrund für diese Beurteilung waren Bestimmungen im kroatischen Wahlgesetz, die eindeutig die regierende Partei begünstigten, sowie der Einfluss, den diese Partei vor allem auf die elektronischen Medien ausübte.

In hochrangigen Kontakten mit der Regierung Kroatiens trat die Mission gemeinsam mit anderen internationalen Partnern in Zagreb (EU, USA) weiter für die Reform der Wahlordnung und der Medien ein. 1998 legte die internationale Gemeinschaft der Regierung zwei inoffizielle Dokumente zu diesen Themen vor. Da diese Fragen zu den Verpflichtungen gehören, die Kroatien bei seinem Beitritt zum Europarat 1996 eingegangen ist, koordiniert die Mission ihre Bemühungen eng mit dem Europarat. In einem von der Mission angebahnten Besuch kamen im Januar und Juni 1999 Experten des Europarats nach Kroatien zu Gesprächen mit der Regierung über Teile des Entwurfs zum Telekommunikationsgesetz, die Rundfunk und Fernsehen betreffen.

Im Mai 1999 stimmte der Vorsitzende des Kroatischen Rundfunks und Fernsehens (HRT) regelmäßigen Treffen mit Vertretern der internationalen Gemeinschaft in Zagreb zu, um die Programmgestaltung des HRT im Vorfeld der Wahlen zu besprechen. Diese Treffen finden alle zwei Wochen statt und betreffen hauptsächlich die Aufbereitung politischer Fragen in Bezug auf Handlungen der Regierung und Aktivitäten der Regierungspartei und der Opposition.

Die Mission befürwortet nach wie vor die Umwandlung des HRT in eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt und tritt für die Förderung des privaten Rundfunks in der Form ein, dass der dritte HRT-Kanal unter fairen und transparenten Bedingungen privatisiert wird.

In Unterstützung der Bemühungen der Mission in Sachen Rückkehr, Reform des Wahlgesetzes, Unabhängigkeit der Medien, Demokratisierung und Menschenrechte waren diese Themen auch Gegenstand von Gesprächen anlässlich mehrerer hochrangiger Besuche in Kroatien. Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die Abgeordnete Helle Degn, hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1999 in Kroatien auf.

Am 8. und 9. Februar 1999 organisierte die Mission einen gemeinsamen Besuch offizieller Vertreter der OSZE, des Europarats und der Vereinten Nationen unter der Leitung von Are Jostein Nordheim, dem Stellvertretendem Generaldirektor des Königlich-norwegischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden. Der Delegation gehörten ferner an: Hans Peter Furrer, Direktor für politische Angelegenheiten des Europarats; Jiří Dienstbier, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das ehemalige Jugoslawien; Freimut Duve, OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit; Botschafter Gérard Stoudmann, Direktor des BDIMR; und Max van der Stoel, Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten. Die Delegation traf mit dem Präsidenten der Republik Kroatien, Dr. Franjo Tudjman, und mit Mitgliedern der Regierung zusammen.

Am 4. Juni 1999 besuchte der Amtierende Vorsitzende, der norwegische Außenminister Knut Vollebæk, Kroatien, wo er getrennte Gespräche mit Premierminister Zlatko

Mateša und Außenminister Dr. Mate Granić führte. Der Amtierende Vorsitzende wurde auch vom Präsidenten der Republik Kroatien, Dr. Franjo Tudjman, empfangen.

Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten besuchte Kroatien erneut am 3. und 6. Juni 1999, um an einem Seminar über die Oslo-Empfehlungen über die sprachlichen Rechte nationaler Minderheiten und die Haager Empfehlungen über die Bildungsrechte nationaler Minderheiten teilzunehmen.

Mitglieder der Mission nahmen an Treffen der Europäischen Kommission für Demokratie durch Gesetz des Europarats (Venedig-Kommission) im Dezember 1998 teil und moderierten einen gemeinsamen Trainings-Workshop über Menschenrechte, der von der EU, der OSZE, den Vereinten Nationen und dem Europarat im Juli 1999 in Venedig veranstaltet wurde.

Der stellvertretende Leiter der Mission wohnte im März 1999 in Amsterdam einer internationalen Konferenz über vermisste Personen im ehemaligen Jugoslawien und im Juni 1999 in Zagreb einer regionalen Konferenz über Landminen bei, die auf Einladung der Regierung Kroatiens als Folgeveranstaltung des Ottawa-Prozesses stattfand.

Im Rahmen seiner Bemühungen, die internationalen Partner über laufende Aktivitäten zu informieren, und im Interesse eines breit angelegten internationalen Dialogs besuchte der Leiter der Mission auf Einladung der EU beziehungsweise der NATO am 11. Januar 1999 Brüssel und am 12. Januar 1999 Bonn (unter deutschem EU-Vorsitz).

1.1.4 OSZE-Langzeitmissionen im Kosovo, im Sandschak und in der Vojvodina

1992 wurden Langzeitmissionen im Kosovo, im Sandschak und in der Vojvodina eingerichtet. Die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) erneuerte das Mandat jedoch nicht, worauf die Missionen 1993 abgezogen wurden. Nach dem Ausbruch der Kosovo-Krise im Februar 1998 forderte der Ständige Rat die Behörden der BRJ in seinem Beschluss Nr. 218 vom 11. März auf,

„ohne Vorbedingung die sofortige Rückkehr der Langzeitmissionen im Kosovo, im Sandschak und in der Vojvodina zu akzeptieren, wobei anzumerken ist, dass die Rückkehr dieser Missionen für die zukünftige Teilnahme der BRJ an der OSZE von Bedeutung sein wird“.

Die Missionen konnten ihrem Auftrag 1999 nicht nachkommen, da die Bundesrepublik Jugoslawien die Wiedereinsetzung dieser Missionen nach wie vor von der Teilnahme der BRJ an den Aktivitäten der OSZE abhängig macht. Den beiden OSZE-Missionen im Kosovo in den Jahren 1998 und 1999 ist ein eigener Absatz gewidmet (siehe Absatz 1.1.5).

Die 1993 ins Leben gerufene Ad-hoc-Arbeitsgruppe setzte ihre regelmäßigen Tagungen in Wien fort, um die Lage im Kosovo, im Sandschak und in der Vojvodina zu beurteilen, und leitete dem Ständigen Rat wöchentlich Informationen zu.

1.1.5 Die OSZE-Mission im Kosovo (einschließlich der früheren Kosovo-Verifizierungsmission)

1.1.5.1 Die Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE (KVM)

Die Kosovo-Verifizierungsmission (KVM) wurde am 25. Oktober 1998 mit Beschluss Nr. 263 des Ständigen Rates eingerichtet. Sie sollte dafür sorgen, dass die Grundsätze der Resolution Nr. 1199 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 23. September 1998 eingehalten werden, und unter anderem sicherstellen, dass

„alle Parteien sofort die Feindseligkeiten einstellen und eine Waffenruhe im Kosovo einhalten“;

„die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien und die Führung der Kosovo-Albaner sofortige Schritte zur Verbesserung der humanitären Lage ... unternehmen“;

„die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien und die Führung der Kosovo-Albaner ... sofort in einen sinnvollen Dialog ... eintreten, der ... zu einer politischen Verhandlungslösung der Kosovofrage führt“.

Weitere Aufgaben wurden in dem Abkommen zwischen der OSZE und der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) festgelegt, das am 16. Oktober 1998 in Belgrad zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Bronisław Geremek, und dem Außenminister der BRJ, Živadin Jovanović, unterzeichnet wurde.

Die Mission richtete im Oktober 1998 ihr Hauptquartier in Priština und in der Folge fünf Regionalzentren ein und begann, den geplanten Stab von rund 2000 internationalen Mitarbeitern aufzubauen. Angesichts der drastischen Verschlechterung der Sicherheitslage und der damit einhergehenden Erschwernisse für die Arbeit der Mission wurde die KVM am 20. März 1999 aus dem Kosovo abgezogen. Am 24. März 1999 startete die NATO ihre Bombenangriffe gegen die BRJ. Der Großteil des KVM-Personals wurde im April 1999 abberufen. Rund 250 Mitarbeiter wurden in Skopje stationiert. Diese Gruppe wurde später in zwei Einsatzgruppen aufgeteilt, die UNHCR in Albanien und in Skopje bei der Bewältigung der durch den Zustrom kosovo-albanischer Flüchtlinge verursachten Krise unterstützten.

1.1.5.2 Die OSZE-Einsatzgruppe im Kosovo

Die KVM wurde mit Beschluss Nr. 296 des Ständigen Rates vom 8. Juni 1999 aufgelöst und durch die Einsatzgruppe für die Übergangszeit im Kosovo ersetzt. Deren Aufgaben wurden wie folgt festgelegt:

„Sie trifft Vorkehrungen, damit die verfügbaren und für den Zweck benötigten OSZE-Ressourcen in das Kosovo gebracht werden können, sobald dies erforderlich ist“;

„sie hilft bei der Planung und Vorbereitung neuer Aufgaben, mit denen die OSZE im Rahmen einer neuen internationalen Präsenz im Kosovo gegebenenfalls betraut wird“;

„sie führt vorbereitende Besuche und Aktivitäten im Kosovo durch, damit sich eine zukünftige OSZE-Mission in das Kosovo begeben kann, sobald es die Umstände erlauben“;

„sie arbeitet nach Bedarf mit den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen im Zuge bereits angelaufener Aktivitäten zusammen, die für mögliche zukünftige Aufgaben der OSZE im Kosovo maßgeblich sind, insbesondere bei der Registrierung der Flüchtlinge und deren Ausstattung mit amtlichen Papieren“;

„sie setzt die Beurteilung der Menschenrechtssituation im Kosovo fort“.

Am 10. Juni 1999 wurde zwischen der internationalen Sicherheitstruppe (KFOR) und den Regierungen der BRJ/Serbiens ein militärisch-technisches Abkommen unterzeichnet, in dem die Verpflichtungen der BRJ/Serbiens aus dem Friedensplan bekräftigt wurden, der von Präsident Martti Ahtisaari und Viktor Tschernomyrdin vorgelegt und am 3. Juni 1999 vom serbischen Parlament und der Bundesregierung genehmigt worden war. Dieser Plan sah die Stationierung effektiver internationaler Zivil- und Sicherheitspräsenzen im Kosovo unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vor und enthielt Pläne für den Abzug der BRJ-Sicherheitskräfte aus dem Kosovo in drei Phasen.

Der KFOR-Einsatz im Kosovo begann am 12. Juni 1999. Am 14. Juni reiste ein Beurteilungsteam der OSZE-Einsatzgruppe für den Kosovo in die Provinz ein und bezog erneut das ehemalige KVM-Hauptquartier in Priština.

Am 1. Juli 1999 setzte der Ständige Rat mit Beschluss Nr. 305 die OSZE-Mission im Kosovo (OSZE-MIK) vorläufig bis 10. Juni 2000 offiziell ein, mit der Möglichkeit weiterer Verlängerungen auf Beschluss des Ständigen Rates. Zum Leiter der OSZE-MIK wurde am selben Tag Botschafter Daan Everts aus den Niederlanden bestellt.

1.1.5.3 Die OSZE-Mission im Kosovo

Am 10. Juni 1999 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution Nr. 1244, in der der Generalsekretär der Vereinten Nationen offiziell ermächtigt wurde, eine internationale zivile Präsenz im Kosovo einzurichten, um eine Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für das Kosovo (UNMIK) bereitzustellen, unter der die Bevölkerung des Kosovo substanzielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen kann.

Der Ständige Rat beauftragte die OSZE-MIK in seinem Beschluss Nr. 305, sich bei ihrer Arbeit in erster Linie mit folgenden miteinander zusammenhängenden Bereichen zu befassen:

- Ausbildung von Fähigkeiten im Bereich der Humanressourcen unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Europarat, einschließlich der Heranbildung eines neuen Polizeidienstes im Kosovo an einer zu gründenden und zu betreibenden Polizeischule für den Kosovo, der Ausbildung von Gerichtspersonal und der Ausbildung von Personal für eine Zivilverwaltung auf verschiedenen Ebenen;
- Demokratisierung und Verwaltungsstruktur, einschließlich der Entwicklung einer Bürgergesellschaft, nichtstaatlicher Organisationen, politischer Parteien sowie lokaler Medien;
- Organisation und Beaufsichtigung von Wahlen;
- Überwachung, Schutz und Förderung der Menschenrechte unter anderem in Zusammenarbeit mit UNHCHR, einschließlich unter anderem der Schaffung einer Ombudsmann-Institution;
- Aufgaben, die ihr vom Generalsekretär der Vereinten Nationen oder seinem Sonderbeauftragten übertragen werden, mit der Sicherheitsratsresolution Nr. 1244 in Einklang stehen und vom Ständigen Rat genehmigt wurden.

Am 2. Juli bestellte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, Daan Everts zu seinem stellvertretenden Sonderbeauftragten für Institutionsaufbau. Neben der OSZE wurden drei weitere Komponenten als Teil der UNMIK-Gesamtstruktur eingerichtet (Vereinte Nationen - Zivile Angelegenheiten [Zivilverwaltung], UNHCR [Humanitäres] und die EU [Wiederaufbau]).

Die Aufgaben jeder der vier UNMIK-Komponenten wurden im Bericht des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs vom 12. Juli 1999 über die UNMIK im Kosovo definiert. Die Arbeitsteilung zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE im Rahmen der UNMIK wurde in einem Schriftwechsel vom 19. Juli 1999 zwischen Botschafter Kim Traavik, dem Leiter der OSZE-Koordinierungsstelle des Vorsitzes, und Bernard Miyet, dem Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für friedenserhaltende Einsätze, präzisiert. In diesen Schreiben wurde der OSZE-Komponente außerdem die Zuständigkeit für Medienangelegenheiten übertragen, womit der OSZE-Mission im Kosovo eine weitere Abteilung hinzugefügt wurde.

Das Hauptquartier der OSZE-MIK wurde in Priština eingerichtet. In Gnjilane, Kosovska Mitrovica, Peć, Priština und Prizren befinden sich die fünf Regionalzentren. Bisher wurden von der Mission in drei Etappen, nach Dringlichkeit gereiht, 14 Außenstellen installiert.

Nun wird die Mission schrittweise aufgebaut. Bis Ende 1999 soll sie einen Stand von rund 550 internationalen Mitarbeitern erreichen, von denen 125 bereits bei der Einsatzgruppe für das Kosovo tätig waren. Vor Beginn ihres eigentlichen Einsatzes absolvieren die Mitarbeiter eine zweitägige Einschulung in Wien und ein dreitägiges Training in Priština.

Abteilung für Polizeischulung und -entwicklung. Als Standort der Kosovo-Polizeischule wurde eine frühere Polizeiakademie in Vucitrn gewählt. Die Umbau- und Renovierungsarbeiten sind bereits im Gange. Am 6. September 1999 begannen die Kurse für neue Rekruten. In einem Jahr soll eine Truppe von 3000 Polizeibeamten ausgebildet werden. Der erste Lehrgang für rund 180 Teilnehmer umfasst folgende Lehrfächer: kriminalpolizeiliche Ermittlungen, demokratische Polizeiarbeit, rechtliche Angelegenheiten, Streifendienst, Schießübungen und Verkehrskontrollen. Danach übernimmt die internationale Polizei der Vereinten Nationen (UNIP) das praktische Training, das 19 Wochen dauern und von internationalen Polizeibeamten überwacht wird.

Abteilung für Medienangelegenheiten. Die Schaffung eines neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunkdienstes im Kosovo wird als wichtige Komponente der UNMIK-Strategie in der Provinz angesehen. Radio Priština sendet nun acht Stunden täglich in albanischer, serbischer und türkischer Sprache. Seit 19. September werden von einem Team der Europäischen Rundfunkunion mit Unterstützung von Mitarbeitern der OSZE-MIK wieder Fernsehprogramme gestaltet. Die Abteilung wird schrittweise die Verantwortung für die Medienordnung, die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes, die Überwachung der Medien und die Einführung eines Schulungs- und Unterstützungsplans übernehmen.

Demokratisierung. Gemeinsam mit dem Europarat wurde in der Provinz eine Erhebung zur Feststellung des Bedarfs in Sachen Zivilverwaltung durchgeführt. Der Bericht enthält eine Reihe wichtiger Empfehlungen über die zukünftige Struktur der Zivilverwaltung in der Provinz und über das mögliche Management der Regionalverwaltung. Außerdem wird die Gründung einer Schule für Zivilverwaltung im Kosovo vorbereitet, die, so hofft man, im Herbst den Lehrbetrieb aufnehmen wird. In jedem der fünf politischen Bezirke werden Service-Zentren für politische Parteien eröffnet, in denen politische Parteien Büroräumlichkeiten

vorfunden und Zugang zu gemeinsam genutzten technischen Büroeinrichtungen haben, wodurch sie in ihrer Entwicklung gefördert werden sollen.

Abteilung für Menschenrechte/Rechtsstaatlichkeit. OSZE-Menschenrechtsteams führten gemeinsam mit UNHCR eine vorläufige Beurteilung der Lage der Minderheiten-Gruppen im Kosovo durch; eine zweite derartige Studie wurde im September abgeschlossen. Der Europarat und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) stellten eine gemeinsame Untersuchung über die Lage der Roma und Sinti an. Die praktische Arbeit konzentriert sich nun auf die Einrichtung einer vollen OSZE-Menschenrechtspräsenz in der gesamten Provinz. Die Abteilung Rechtsstaatlichkeit befasst sich intensiv mit der Empfehlung geeigneter Richter für die Notstandsgerichtsbarkeit, auch derjenigen, die in den vorläufigen mobilen Rechtsteams zum Einsatz kommen. In der Folge geht es um die Auswahl von Personal für die Bezirksgerichte und die Schaffung eines Kosovo-Rechtszentrums, das als Beratungsstelle und als Forum für Rechtsfragen in der Provinz dienen soll. Darüber hinaus wird derzeit der Schulungsbedarf für Richter untersucht, bevor eine entsprechende Schulungsstätte eingerichtet wird.

Abteilung Wahlen. Es liegen bereits zwei Studien vor, in denen die internationale Stiftung für Wahlsysteme (IFES) und das BDIMR in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen Fragen im Zusammenhang mit der Registrierung und der Ausstellung von Personaldokumenten untersucht haben. In Priština wird ein Kern-Wahlteam gebildet werden, das einen Wahlplan erstellen soll. Bei der Abfassung von Empfehlungen wurde von den OSZE-Erfahrungen in Bosnien und Kroatien ausgiebig Gebrauch gemacht. Zu den wichtigsten Voraussetzungen, die vor den Wahlen erfüllt werden müssen, zählt die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für das zivile Meldewesen, die Feststellung der Personalien, eine damit einhergehende öffentliche Aufklärungskampagne und die Registrierung.

1.1.6 Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Im Berichtsjahr bestimmte die Kosovo-Krise in all ihren Phasen die Überwachungs- und anderen Aktivitäten der Mission im Rahmen ihres Mandats, das unverändert blieb. Die Mission verstärkte ihre Beobachtungs- und Berichtstätigkeit über alle Aspekte der Krise, sofern sie das Einsatzgebiet der Mission betrafen, einschließlich der physischen, politischen und psychischen Elemente eines tatsächlichen und potenziellen Übergreifens, unter anderem die Sicherheit an der Grenze, Flüchtlingsströme, die Reaktionen der Öffentlichkeit, die Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Volksgruppen, die Beziehungen zu den Nachbarländern und sozio-ökonomische Konsequenzen. Das ganze Jahr über nahm die Mission ihre traditionelle Rolle als zentrales Bindeglied innerhalb der internationalen Gemeinschaft im Lande wahr; sie veranstaltete und leitete wöchentliche Koordinationssitzungen für internationale Organisationen und Staatengruppen, einschließlich der EU und der Länder der Kontaktgruppe. Besonders eng gestaltete sich ihre Zusammenarbeit mit den für Flüchtlingsfragen maßgeblichen Organisationen - UNHCR, Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) -, wobei die Mission in politischer Hinsicht einen Beitrag leistete, informierte und Anleitungen gab und wo immer möglich praktische Hilfe leistete, etwa durch den Transport von Flüchtlingen aus entlegenen Grenzgebieten in den kritischen Zeiten des beginnenden Flüchtlingszustroms unter eisigen Winterbedingungen.

Im abgelaufenen Jahr setzte die Mission ihren Dialog mit der Regierung und mit Minderheiten fort, um die Spannungen abzubauen. Sie unternahm konkrete Anstrengungen in der wirtschaftlichen Dimension und stellte zu diesem Zweck ein Missionsmitglied für diese

Aufgabe ab, um das Wirtschaftswachstum zu fördern, das so wichtig für die allgemeine Stabilität und Sicherheit ist. Die Mission bemühte sich auch, Geldgeber auf Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten aufmerksam zu machen, den Umfang und die Qualität der Berichterstattung der Mission in Wirtschafts- und Umweltfragen zu verbessern sowie Hand in Hand mit Hilfs- und anderen internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen Entwicklungsbereiche aufzuzeigen und dabei als Katalysator zu wirken. Die Mission arbeitete auch eng mit den Vereinten Nationen, insbesondere mit der Präventiveinsatztruppe der Vereinten Nationen (UNPREDEP) bis zum Ablauf ihres Mandats Ende Februar 1999, sowie mit nichtstaatlichen Organisationen zusammen, um dem Gaststaat bei der Entwicklung demokratischer Institutionen zu helfen. Die Mission startete eine Initiative im Bereich der örtlichen Selbstverwaltung und ermöglichte es, dass zehn Kommunalvertreter im September 1999 unter der Schirmherrschaft der bayrischen Regierung eine Studienreise nach Deutschland antreten konnten.

Gemeinsam mit dem BDIMR und der Regierung beteiligte sich die Mission an der Ausarbeitung einer neuen Wahlordnung noch vor den Parlamentswahlen Ende 1998. Durch die Unterstützung, die sie dem BDIMR bot, spielte die Mission bei der internationalen Beobachtung der Wahlen selbst eine Schlüsselrolle; nach der Abreise des BDIMR-Teams setzte sie den Beobachtungsprozess als eigenständiges Gremium fort. Die Mission beobachtete vier weitere Wahlgänge, die auf Grund wiederholter Unregelmäßigkeiten in gewissen Gebieten ausgeschrieben werden mussten. Sie verfolgte den Prozess bis zu seinem endgültigen Abschluss Ende Dezember.

Die Mission sorgte weiter für örtliche Unterstützung der Arbeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) im Lande und war bemüht, das Profil der OSZE zu heben. Die Kompetenz der Mission in Minderheitenfragen wurde durch die Ernennung eines Minderheitenexperten im Juli 1999 verstärkt.

1.1.7 Die OSZE-Mission in Estland

Die Mission in Estland überwachte auch 1999 die Politik und die Gesetzgebung der estnischen Regierung betreffend die Förderung des Dialogs und des Verständnisses zwischen dem estnisch- und dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung. Das bedeutete insbesondere verstärkte Zusammenarbeit mit der Regierung und anderen Institutionen einschließlich von Schlüsselministerien und Parlamentsausschüssen.

Im Berichtsjahr beschäftigte sich die Mission schwerpunktmäßig unter anderem mit der Überwachung der Gesetzgebung betreffend Fragen der Staatsbürgerschaft, der Migration und des Aufenthaltsrechts im Land. Die Mission prüfte eine Reihe von Fragen in Bezug auf die Ausstellung befristeter und ständiger Aufenthaltsgenehmigungen, vor allem in Fällen der Familienzusammenführung. Sie überwachte auch wie bisher den Einbürgerungsprozess und die gesetzgeberische Tätigkeit in Bezug auf die Beherrschung der Staatssprache im öffentlichen und im privaten Sektor, sowie die Wahlprozesse.

Die Mission verfolgt und unterstützt die Integrationsstrategie der estnischen Regierung, die seit Herbst 1997 umgesetzt wird. Sie zielt auf die Änderung der Einstellung gegenüber Nichtesten ab und will die Anzahl der Personen mit ungeklärter Staatsbürgerschaft spürbar reduzieren, die estnischen Sprachkenntnisse von Nichtesten verbessern, Nichtesten bei der Anpassung an die estnische Kultur behilflich sein und deren aktive Teilhabe an der estnischen Gesellschaft fördern. Die Regierung will mit ihrer Politik außerdem die regionale

Isolierung von Nichtesten verringern, insbesondere in Ida-Virumaa, und die politische Integration aller estnischen Bürger erreichen.

Darüber hinaus verstärkte die Mission ihre Bemühungen zur Förderung des Integrationsprozesses in Estland durch den praktischen Einfluss von Aufklärungsprogrammen und verschiedene konkrete Projekte, von denen viele von nichtstaatlichen Organisationen, nationalen und internationalen Regierungsorganisationen und ausländischen Geldgebern unterstützt werden.

Gemeinsam mit ihren Büros in Narva und Jõhvi im Nordosten Estlands verfolgt die Mission die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage in diesem Landesteil mit vorwiegend russischsprachiger Bevölkerung.

Besonders aufmerksam verfolgte die Mission die Entwicklung des Bildungssystems, in dem sie einen Hauptfaktor der Integration sieht. Diesbezüglich organisierte sie gemeinsam mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM), Max van der Stoel, und der Stiftung für interethnische Beziehungen ein Seminar mit dem Titel „Integration, Bildung und Sprache: An der Schwelle zum neuen Jahrtausend“. Das Seminar wurde vom Hohen Kommissar und der estnischen Ministerin für Bevölkerungsangelegenheiten, Katrin Saks, eröffnet.

Die Mission regte zur Gründung von NGOs an und unterstützte deren Arbeit, indem sie ihnen bei der Informationsbeschaffung und beim Informationsaustausch zur Seite stand, um auf das praktische Potenzial der NGOs in einer Bürgergesellschaft aufmerksam zu machen.

Die Mission unterstützte wie bisher die Arbeit des Hohen Kommissars und des BDIMR in Estland und die Wahlüberwachungsmission des BDIMR anlässlich der Parlamentswahlen im März 1999.

1.1.8 Die OSZE-Mission in Lettland

Die allgemeine Stoßrichtung in der Arbeit der Mission in Lettland war 1999 wie bisher die Integration der Mehrheits- und der Minderheitengruppen in die Gesellschaft. Die Mission begrüßt vor allem zwei Entwicklungen in diesem Bereich. Erstens gab es spürbare Fortschritte bei der Einbürgerung durch die Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes vom Juni 1998, die in einem Referendum bestätigt wurde. Auf die Abschaffung des Fenstersystems folgte eine Vervierfachung der Einbürgerungsanträge, sie war daher ein wichtiger Schritt zu einer integrierten Gesellschaft in Lettland. Die Anzahl der Anträge überstieg jedoch vorübergehend die Leistungsfähigkeit der Einbürgerungsbehörde, weshalb es in der Hauptstadt Riga zu langen Wartezeiten bei der Einreichung kam. Die Mission verfolgte die Entwicklungen im Bereich der Einbürgerung mit großer Aufmerksamkeit und würdigte die aktiven Bemühungen der Einbürgerungsbehörde, der verstärkten Nachfrage nachzukommen.

Zweitens wurden erste Bemühungen um die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Staatsintegrationsprogramm unternommen. Das 1998 entstandene Rahmendokument des Staatsintegrationsprogramms durchlief im Frühjahr 1999 eine zehnwöchige Anhörungsphase. Auf Einladung des Außenministers Valdis Birkavs wirkte die Mission aktiv an den öffentlichen Anhörungen mit und organisierte im Mai ein Seminar über die Rolle der Sprache und der Bildung für die Förderung der Integration, das von der Stiftung für interethnische Beziehungen finanziell unterstützt wurde. Die Mission befürwortet den Gedanken eines Staatsintegrationsprogramms und ist ständiges Mitglied der Arbeitsgruppe des Programms; sie beteiligte sich auch an der Überarbeitung des Rahmendokuments, in das Vorschläge ein-

fließen sollten, die während der öffentlichen Anhörungen gemacht wurden. Die Mission wird noch in diesem Jahr Hilfestellung bei der Durchführung eines Seminars für die Verfasser des Konzeptpapiers leisten, um den Entwurf des Staatsintegrationsprogramms in seine Endfassung zu bringen.

Die Mission verfolgte auch aufmerksam andere Fragen der menschlichen Dimension, etwa die Entwicklungen im Bereich der Bildung und der Sprache. Sie verstärkte ihre Kontakte mit den für die einschlägigen Rechtsvorschriften zuständigen Institutionen, da diese Gesetze einen unmittelbaren Einfluss auf die Förderung der Integration in Lettland haben. Am 8. Juli verabschiedete die Saeima nach einem langwierigen Redaktionsprozess ein umstrittenes Sprachengesetz. Die Präsidentin Lettlands, Vaire Vike-Freiberga, verwies das Staatssprachengesetz jedoch an das Parlament zur neuerlichen Prüfung zurück. Derzeit befindet sich das Gesetz im entsprechenden Ständigen Ausschuss, die letzte Lesung soll Anfang Dezember 1999 stattfinden.

Der Leiter der Mission setzte in seiner Eigenschaft als OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige seine Arbeit mit den lettischen und russischen Behörden im Rahmen der Gemeinsamen Kommission fort, die sich mit Problemen im Zusammenhang mit in den Ruhestand getretenen russischen Militärangehörigen befasst, die nach dem Abzug des Großteils der russischen Streitkräfte 1994 in Lettland geblieben sind.

1.1.9 Die OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus

Die OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe (AMG) führte ihren Dialog mit der Regierung und Vertretern verschiedener Segmente der belarussischen Gesellschaft über eine Reihe von Fragen betreffend die Schaffung demokratischer Institutionen und einer Bürgergesellschaft fort. Die Gruppe beriet bei der Ausarbeitung des Wahlgesetzes und der Einrichtung eines Ombudsmannbüros, in Sachen Strafrecht und Strafprozessordnung und in Bezug auf Projekte, die für den gesamten Demokratisierungsprozess als wichtig angesehen werden, wie etwa das Gesetzgebungsprojekt über die elektronischen Medien.

Angesichts der festgefahrenen Situation im Land hinsichtlich der Verfassung - die Opposition (13. Oberster Sowjet) verlangt die Rückkehr zur Verfassung von 1994 - nutzte die AMG alle Kommunikationskanäle, einschließlich gelegentlicher Gespräche mit dem Präsidenten, zur Förderung des Dialogs im Interesse einer neuen Verständigung über die Verfassung.

Nachdem die Opposition im Frühsommer 1999 ihren Konfrontationskurs aufgegeben hatte, bemühte sich die AMG erneut um eine Verständigung auf die Strategie des Dialogs und freier und fairer Wahlen für ein verantwortungsvoll agierendes Parlament im Jahr 2000.

Diese Strategie des Dialogs mit oppositionellen Kräften in Belarus und zwischen der Regierung und der Opposition im Land, für die die AMG seit dem Beginn ihrer Arbeit eintritt, wird auch von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und dem Europarat unterstützt. Der Vorsitzende der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Belarus der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Adrian Severin, ergriff nach seinem Besuch in Minsk vom 14. bis 18. Mai 1999 die Initiative und bemühte sich, beide Seiten zu einem Dialog über die Frage freier und fairer Parlamentswahlen im Jahr 2000 zu bewegen. Auf seine Einladung erörterten Vertreter von Oppositionsparteien, des 13. Obersten Sowjets sowie des dritten Sektors einschließlich Gewerkschaften, NGOs, Medien und wissenschaftlicher Einrichtungen vom

11. bis 14. Juni 1999 auf einem informellen Treffen in Bukarest die Bedingungen für derartige Wahlen. Die Regierung sagte ihre Teilnahme ursprünglich zu, zog diese aber in der damaligen Phase des Konsultationsprozesses zwischen den verschiedenen Kräften der belarussischen Gesellschaft wieder zurück. Die Konferenz gab jedoch den Anstoß zu Konsultationen zwischen Adrian Severin und dem Leiter der AMG, Botschafter Wieck, und Präsident Lukaschenko am 15. Juli 1999. Dabei akzeptierte der belarussische Präsident das Prinzip, dass mit der Opposition Gespräche unter der Schirmherrschaft der OSZE über freie und faire Parlamentswahlen im Jahr 2000 und eine Regelung der damit verbundenen Fragen geführt werden sollen. Am 3. Juli 1999 kündigte der Präsident in seiner Ansprache an das diplomatische Corps die Neuorientierung der Politik in Richtung Westen an.

Angesichts dieser Entwicklungen vereinbarten die sieben wichtigsten Oppositionsparteien (die Belarussische Volksfront, die Vereinigte Bürgerpartei, zwei sozialdemokratische Parteien, die Belarussische Kommunistische Partei, die Arbeiterpartei und die Frauenpartei), im formellen Rahmen des 13. Obersten Sowjets die Opposition zu bilden; zwei Parteien (Liberaldemokratische Partei und Demokratische Partei Jabloko) blieben außerhalb dieses Rahmens.

Am 6. August 1999 ernannte Präsident Lukaschenko sechs offizielle Vertreter, die die Delegation zu diesen Verhandlungen unter dem Vorsitz eines engen Beraters des Präsidenten, Sassonow, und mit dem Stellvertretenden Außenminister Gerassimow als dessen Stellvertreter bilden sollten. Jede Seite kann zwei NGOs benennen.

Die erste Konsultation zwischen Vertretern der Regierung und der Opposition über den Zugang der Opposition zu den staatlichen Medien fand am 3. September 1999 in den Räumlichkeiten der AMG unter deren Schirmherrschaft statt, gefolgt von einem weiteren Treffen am 8. September 1999.

Trotz Vorkommnissen wie dem Verschwinden von Viktor Gontschar am 17. September und der Schließung von neun unabhängigen Zeitungen, zu der der Amtierende Vorsitzende am 12. Oktober eine Erklärung abgab, wurden die Konsultationen zwischen der Regierung von Belarus und dem Beirat der Oppositionsparteien über den Zugang der Opposition zu den staatlichen Medien am 15. Oktober fortgesetzt. Diskussionsleiter war die AMG.

Die AMG bemüht sich weiter, die Öffentlichkeit mit demokratischen Werten, den Grundsätzen der Bürgergesellschaft und mit pluralistischen demokratischen Rahmenbedingungen vertraut zu machen, indem sie unter anderem regelmäßig Berichte über wichtige Fragen wie etwa die Rolle des dritten Sektors in der modernen Gesellschaft oder die Rolle und Funktion politischer Parteien in pluralistischen demokratischen Staaten in der unabhängigen Presse veröffentlicht. Diese Artikel werden gut aufgenommen und finden große Verbreitung. Sie können im Internet auf der AMG-Website abgerufen werden.

Gemeinsam mit internationalen Experten und Organisationen sowie Vertretern der offiziellen belarussischen Seite, der Opposition und des dritten Sektors organisiert die AMG wie schon in der Vergangenheit themenspezifische Seminare in Minsk und in den Provinzhauptstädten. Themen sind etwa die „Informationsgesellschaft“, „lokale Selbstverwaltung, Rechtsstaatlichkeit, regionale wirtschaftliche Entwicklung“ und „Menschenrechte“. Die AMG tritt auch als Mitveranstalter von Seminaren zu derartigen Themen auf, die von anderen Institutionen veranstaltet werden, und stellt finanzielle Mittel für Publikationen zu diesen Themen bereit.

Ihrem Mandat entsprechend überwacht die Gruppe auch die Einhaltung internationaler Verpflichtungen betreffend den Schutz der Menschenrechte, das Eintreten für Rechtsstaatlichkeit und den Demokratieaufbau, und fördert demokratische Werte sowie Projekte zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen in Belarus.

Die AMG verfügt über eine kleine Abteilung bestehend aus einem dienstzugehörigen Mitarbeiter, einem Rechtsanwalt und einem Verwaltungsassistenten (beide ortsansässig), bei der sich Bürger Rat holen können, vor allem diejenigen, die aus politischen Gründen verfolgt werden. Dieser Dienst wurde bisher von 472 Bürgern in Anspruch genommen, deren Anliegen und Beschwerden mit den Behörden besprochen wurden. Die AMG weist schriftlich und auf direktem Wege auf Fälle mangelnder Einhaltung nationaler und internationaler Standards durch belarussische Behörden und Gerichte und andere Stellen der Justiz hin. Sie besucht Häftlinge und Gefangene und berät und unterstützt die Angehörigen dieser Bürger. Die Interparlamentarische Union (IPU) wird Belarus auf Initiative der AMG in naher Zukunft besuchen, um die Lage von Mitgliedern des 13. Obersten Sowjets zu erörtern, die auf Grund von Gerichtsbeschlüssen in Haft oder im Gefängnis sind.

Die Aktivitäten der AGM sind im Land weithin bekannt. Ob sie bei Gerichtsverfahren anwesend ist oder nicht, kann einen großen Unterschied bedeuten. Gefangene und Häftlinge fassen wieder Mut. Die Richter wissen, dass Gesetzesübertretungen registriert werden.

Auch in Zukunft wird die fortgesetzte Unterstützung der OSZE-Strategie in Belarus durch die Teilnehmerstaaten der OSZE unverzichtbar sein. Die Initiative für Verhandlungen und den Dialog zwischen Opposition und Staat sowie - in beratender Rolle - dem dritten Sektor wird durch den im Juni 1999 eingeleiteten „Bukarest-Prozess“ gestärkt. Man einigte sich schließlich auf die Verfahrensweise auf der Grundlage des OSZE-Konzepts für eine friedliche Lösung der politischen Krise durch Verhandlungen am runden Tisch über den Inhalt eines Gesetzes über freie und faire Parlamentswahlen im Jahr 2000, eine zufriedenstellende Regelung der Frage des freien Zugangs zu den Medien und die Rolle des zukünftigen Parlaments. Diese Gespräche hätten bedeutend bessere Erfolgsaussichten, wenn die Regierung vertrauensbildende Maßnahmen ergriffe, etwa die Freilassung politischer Gegner, gegen die Gerichtsverfahren wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen eingeleitet wurden.

1.1.10 Die OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien (Russische Föderation)

Die Arbeitsmodalitäten der OSZE-Unterstützungsgruppe waren 1999 weitgehend durch das Sicherheitsumfeld bestimmt. 1998 hatte sich die Sicherheitslage in Tschetschenien derart verschlechtert, dass es für die Unterstützungsgruppe immer schwieriger wurde, ihren Aufgaben sinnvoll nachzukommen und gleichzeitig akzeptable Sicherheitsstandards für ihre eigenen Mitarbeiter zu gewährleisten. Die bisherigen Entwicklungen im Jahr 1999 haben die Sicherheitslage nur noch verschärft. Vor dem Hintergrund immer schwierigerer sozioökonomischer Bedingungen haben Kriminalität, Unruhen und Terrorakte endemische Ausmaße angenommen, was zur Instabilität der politischen Lage und zu einem allgemeinen Zusammenbruch von Recht und Ordnung weiter beitrug. Vor allem Geiselnahmen und Entführungen zur Erpressung von Lösegeld nehmen in beängstigendem Ausmaß zu. Ausländer, von denen man annimmt, dass sie hohes Lösegeld bezahlen können, sind zur Hauptzielscheibe von Kidnappern geworden. Deshalb haben praktisch alle internationalen Institutionen die Region verlassen und ihre Aktivitäten eingestellt oder diese bestenfalls ihren örtlichen Bevollmächtigten oder Partnern übertragen. Als Einzige verbliebene internationale Stelle mit einer Vertretung in Tschetschenien wird die OSZE-Unterstützungsgruppe in zunehmendem

Maße als äußerst gefährdet und als wahrscheinliche Zielscheibe feindlich gesinnter Kräfte angesehen.

Trotz umfangreicher Sicherheitsmaßnahmen war die Unterstützungsgruppe 1998 viermal gezwungen, ihre ausländischen Mitarbeiter von Grosny nach Moskau zu verlegen, zuletzt am 16. Dezember 1998. Im Gegensatz zu den früheren Evakuierungen, deren längste drei Wochen dauerte, wurde die letzte Verlegung auf Beschluss des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE angesichts der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage mehrmals verlängert. In der Zeit von Januar bis März 1999 begaben sich Mitglieder der Unterstützungsgruppe dreimal zu Arbeitsbesuchen nach Grosny, um Kontinuität und Regelmäßigkeit der Vor-Ort-Operationen der Unterstützungsgruppe zu gewährleisten. Nach einer weiteren Verschlechterung der allgemeinen Sicherheitslage wurden die Evakuierungsmaßnahmen im März insofern verschärft, als nun auch keine weiteren Reisen von Mitarbeitern der Unterstützungsgruppe nach Tschetschenien gestattet werden; dennoch wird die Verlegung nur als vorübergehend betrachtet. Seither ist die Gruppe von Moskau aus tätig, wo in den Räumlichkeiten der Botschaft Norwegens provisorische Büros eingerichtet wurden. Die Unterstützungsgruppe wird nach Grosny zurückkehren, wenn der Amtierende Vorsitzende zur Ansicht gelangt, dass in der Sicherheitslage positive und spürbare Verbesserungen eingetreten sind.

Aufgrund des neuerlichen Ausbruchs von Feindseligkeiten, einschließlich intensiver militärischer Operationen im September, wurde Ende September beschlossen, die örtlichen Mitarbeiter der Unterstützungsgruppe und die OSZE-Ausrüstung ins benachbarte Inguschetien zu verlegen. Diese Evakuierung war am 12. Oktober abgeschlossen. Somit verfügt die OSZE in Tschetschenien über keine Mitarbeiter mehr.

Seither überwacht die Unterstützungsgruppe von ihrem Moskauer Büro aus die politische Situation und die Sicherheitslage in Tschetschenien und in der angrenzenden Region. Gleichzeitig leitet sie die praktischen Aktivitäten der örtlichen Mitarbeiter im Büro der Unterstützungsgruppe in Grosny, das bis zu seiner Verlegung am 12. Oktober voll einsatzbereit und mit kompletter Infrastruktur ausgestattet war.

Bis zu dieser Evakuierung hatte die Unterstützungsgruppe alle ihre laufenden langfristigen humanitären Hilfsprojekte in Tschetschenien fortgesetzt und einige neue begonnen. Für die Leitung der Vor-Ort-Operationen der Gruppe wurden entsprechende Routineverfahren festgelegt. Zusätzlich zu ihren eigenen Mitteln für ihre humanitären Aktivitäten (für die im Haushalt 1999 100 000 USD vorgesehen waren) gelang es der Unterstützungsgruppe, freiwillige Beiträge von OSZE-Teilnehmerstaaten zu erhalten; sie sorgte für die Verteilung und Überwachung der Hilfe. Von den Hauptprojekten ist insbesondere das vom US-Außenministerium gesponserte „Weizenmehlprogramm“ zu nennen, das im Dezember 1998 begann. Dank entsprechender Planung und Vereinbarungen konnte das Projekt wie vorgesehen durchgeführt werden. Es fanden regelmäßige Treffen mit ortsansässigen Mitarbeitern der Unterstützungsgruppe und den Durchführungspartnern - der tschetschenischen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaft und dem Komitee der Soldatenmütter - außerhalb des Anwendungsgebiets statt. Das Ziel des Projekts, den Bedürftigsten lebenswichtige Hilfe zukommen zu lassen, wurde vollständig erfüllt. Ein weiteres Großprojekt für die psychisch-medizinische Rehabilitation wird von der Schwedischen Internationalen Agentur für Entwicklungskooperation (Sida) finanziert und befasst sich mit einem besonders gravierenden Thema im Rahmen der gesamten Rehabilitation nach dem Konflikt.

Bis zur vollständigen Evakuierung ihrer internationalen und lokalen Mitarbeiter erfüllte die Unterstützungsgruppe als die einzige verbliebene internationale Organisation mit vollständigen Einrichtungen in Grosny gewissermaßen die Funktion eines „Wachpostens“ für die Menschenrechte: Sie beriet die tschetschenischen Behörden und drängte auf die Einhaltung der international anerkannten Standards im Bereich der Menschenrechte. Manche Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte und des Demokratieaufbaus in Tschetschenien waren jedoch wenig ermutigend. Insbesondere wurde eine Häufung der Verfolgung und Schikanie von nichtmuslimischer religiöser Gruppen (d. h. der russisch-orthodoxen Kirche) und nichtkonfessioneller NGOs wie die tschetschenische Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaft festgestellt. Die Einführung (im Februar 1999) der Scharia schwächte die Position der rechtmäßigen (demokratisch gewählten) politischen Institutionen (d. h. des Präsidenten und des Parlaments) und steht im Widerspruch zur Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten, unter anderem wegen der Diskriminierung von Nichtmuslimen in Bezug auf ihre politischen Rechte.

1.1.11 Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst

Die Umsetzung des Mandats des Büros des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden hängt eng mit den Aufgaben zusammen, mit denen sich die Minsk-Gruppe, ihre Kovorsitzenden und die zukünftige Minsk-Konferenz „Fortschritte in den Verhandlungen über die Beendigung des bewaffneten Konflikts in der Region Berg-Karabach und über die Unterzeichnung des Friedensabkommens“ befassen. 1999 waren in diesen Bereichen gewissen Fortschritte zu verzeichnen. Auf der Suche nach einem gemeinsamen Lösungsansatz für den Konflikt gab es mehrere Treffen zwischen den Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans, sowohl im privaten Rahmen als auch bei internationalen Anlässen. Die Treffen der Präsidenten führten zu einigen konkreten Ergebnissen, die einen vorsichtigen Optimismus im Hinblick auf eine mögliche Lösung zulassen. Zu vermerken ist ferner, dass das Büro des Persönlichen Vertreters im Berichtszeitraum sichtbar und mit großem Engagement zur Förderung des Friedensprozesses beitrug.

Das Büro des Persönlichen Vertreters wirkte auch weiter auf die Parteien ein und setzte seine Kontakte auf allen Ebenen der politischen und militärischen Hierarchie fort. Die bei diesen Kontakten gesammelten Informationen werden an den Amtierenden Vorsitzenden weitergeleitet, damit dieser stets über alle Entwicklungen in Bezug auf den Konflikt auf dem Laufenden ist. Das Büro fungierte als „Bote“ zwischen den Parteien sowie als Koordinator von Veranstaltungen, die auf niedrigerer Ebene organisiert wurden. Darüber hinaus leistete das Büro auch Hilfestellung bei der Schaffung und Umsetzung wichtiger vertrauensbildender Maßnahmen.

Die Überwachung findet monatlich statt und trägt zur Stabilität an den Frontlinien bei. 1999 gab es insofern eine positive Entwicklung, als die Parteien selbst um die Durchführung einer Überwachung ersuchten, um die Lage an verschiedenen Stellen des Frontverlaufs zu überprüfen, was beweist, dass sie den Erkenntnissen und Empfehlungen des Büros Vertrauen entgegenbringen und sie beachten wollen. Durch dieses „Monitoring“ erhalten der Amtierende Vorsitzende und die Mitglieder der Minsk-Gruppe wertvolle Informationen über die Lage vor Ort. Es ist gleichzeitig eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme, da die örtlichen Kommandanten der gegnerischen Seiten die Funkausrüstung der OSZE benutzen und dadurch gegebenenfalls Missverständnisse ausräumen können. Als Ergebnis der Treffen zwischen den Präsidenten beschlossen die Parteien, die Waffenruhe-Regelung zu verstärken

und mehrere Maßnahmen umzusetzen, die vom Büro zu eben diesem Zweck zuvor vorgeschlagen worden waren.

Was die humanitären Fragen angeht, befasste sich das Büro besonders eingehend mit dem Schicksal und der Lage von Personen, die als Folge der Kampfhandlungen in und um Berg-Karabach bis 1994 vermisst werden. Weite Teile der betroffenen Bevölkerungen und Nationen sind davon schwer belastet. Um der Aussöhnung den Weg zu bereiten, bemühte sich das Büro des Persönlichen Vertreters des Vorsitzenden intensiv um die Schaffung eines Mechanismus, der zur Aufklärung des Verbleibs der Vermissten beitragen soll. Im August traf eine gemischte Gruppe, die sich mit dieser Frage beschäftigt, zum ersten Mal in Eriwan zusammen. Die Zweite Sitzung war für September 1999 in Baku geplant, wobei die aserbaid-schanischen Behörden den Vertretern aus Berg-Karabach und Armenien sicheres Geleit gewährten. Die gemischte Gruppe wird sich auch für den Austausch und die Freilassung von Kriegsgefangenen einsetzen, die bei Grenzverletzungen an den Frontlinien gefangen genommen werden, sollte dies weiterhin notwendig sein. Im Anschluss an den Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in der Region im September dieses Jahres wurden insgesamt sechs Kriegsgefangene, drei Aserbaid-schaner und drei Armenier, freigelassen. Gleichzeitig wurde ein armenischer Zivilist auf freien Fuß gesetzt, der mit dem Konflikt in Berg-Karabach nichts zu tun hatte. Das Büro organisierte die Heimreise der Gefangenen in ihre Länder und führte diese auch durch.

Der Besuch des Amtierenden Vorsitzenden gibt Anlass zur berechtigten Hoffnung, dass bis Ende 1999 alle Kriegsgefangenen freigelassen werden. Das Büro wird sich in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz weiterhin mit diesem wichtigen humanitären Aspekt des Konflikts beschäftigen.

1.1.12 Das OSZE-Büro in Eriwan

Das OSZE-Büro in Eriwan wurde vom Ständigen Rat auf seiner 241. Plenarsitzung vom 22. Juli 1999 mit Beschluss Nr. 314 eingerichtet. Das Büro wird seine Arbeit im November 1999 aufnehmen. Das diesbezügliche Memorandum of Understanding wurde am 15. September 1999 vom Amtierenden Vorsitzenden und dem Außenminister der Republik Armenien in Eriwan unterzeichnet.

Gemäß Beschluss Nr. 314 umfasst das Mandat des Büros folgende Aufgaben:

- Aufnahme und Pflege von Kontakten zu lokalen Behörden, Universitäten, Forschungseinrichtungen und NGOs und Hilfe bei der Durchführung von Veranstaltungen mit OSZE-Beteiligung;
- Förderung der Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie der Zusammenarbeit mit der Republik Armenien im Rahmen der OSZE in allen OSZE-Dimensionen, einschließlich der menschlichen, politischen, ökonomischen und ökologischen Aspekte der Sicherheit und Stabilität;
- Erleichterung von Kontakten, Koordinierung von Aktivitäten und Förderung des Informationsaustauschs mit dem Amtierenden Vorsitzenden und anderen OSZE-Institutionen sowie Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Institutionen;

- Wahrnehmung anderer Aufgaben, die dem Amtierenden Vorsitzenden oder anderen OSZE-Institutionen geeignet erscheinen und zwischen der Republik Armenien und der OSZE vereinbart werden.

Das Büro wird vorerst bis 31. Dezember 1999 tätig sein; eine Verlängerung um jeweils 12 Monate ist im gegenseitigen Einvernehmen zwischen der OSZE und der Republik Armenien möglich.

Das Büro wird einschließlich des Büroleiters bis zu sechs internationale Mitarbeiter haben. Am 14. September 1999 bestellte der Amtierende Vorsitzende Botschafter Roy Reeve aus dem Vereinigten Königreich zum Leiter des Büros.

1.1.13 Die OSZE-Mission in Georgien

Nach einem langen Stillstand im georgisch-ossetischen Konfliktlösungsprozess kamen die Mechanismen zur Beilegung des Konflikts 1999 wieder in Gang. Mit aktiver Unterstützung und Beteiligung der Mission kam wieder Bewegung sowohl in die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC) als auch in den politischen Verhandlungsapparat. Angesichts der Beschlüsse des Ministerrats in Oslo vom Dezember 1998 unterstrich die Mission die Notwendigkeit, den Prozess in Gang zu halten, zu vermeiden, dass er wie im vergangenen Jahr in eine Sackgasse gerät, und sich für weitere Fortschritte auf die stabile militärische Lage und die Annäherung an der Basis zu stützen. Der Prozess kam zwar gegen Ende des Berichtszeitraums ins Stocken und brachte weniger konkrete Ergebnisse als erhofft, doch sprachen sich die Seiten für die Einhaltung der geplanten Treffen und Fristen aus.

Der erste Besuch des georgischen Staatsministers in Zchinwali im Februar gab den Anstoß zu einer Reihe von Treffen auf hochrangiger Exekutivebene. Der seit 1997 eingefrorene politische Prozess wurde auf Expertenebene wieder aufgenommen.

Die JCC, die sich mit Sicherheit, wirtschaftlichem Wiederaufbau und der Rückkehr der Flüchtlinge befasst, trat im März und Juli nach 18-monatiger Pause wieder zusammen.

Die Mission verstärkte im Berichtszeitraum ihre Beziehungen zur georgischen und zur südossetischen Seite sowie zu den Vermittlern aus der Russischen Föderation und Nordossetien-Alania. Damit trug die Mission wesentlich zur Aufrechterhaltung von Transparenz und Vertrauen in die Tätigkeit der Gemeinsamen Friedenstruppen bei. Die Präsenz der Mission war nach dem Wechsel in den Friedenstruppen im Sommer besonders wichtig. Bei ihr liefen auch die Fäden der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Friedenstruppen und den Vollzugsbehörden zusammen, die sich um die Eindämmung der steigenden Kriminalität und um den Schutz für internationale Organisationen bemühten. Die militärische Situation in der Konfliktzone blieb hingegen während des gesamten Berichtszeitraums ruhig und stabil.

Auf Initiative der Mission erhielt die Europäische Kommission Beobachterstatus in der JCC bezüglich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und damit zusammenhängender Fragen. Der Beobachterstatus wurde vom Präsidenten der Europäischen Kommission beantragt. Die Mission unterstrich auch aktiv die Notwendigkeit, dieses Unternehmen durch privatwirtschaftliche Dynamik anzukurbeln. Das noch zu unterzeichnende neue georgisch-russische Abkommen über wirtschaftlichen Wiederaufbau ist nach wie vor ein Schlüsselfaktor für die Absicherung des politischen Prozesses.

Als Folgemaßnahme im Anschluss an eine gemeinsame Initiative von BDIMR, UNHCR und Europarat setzte sich die Mission für die Einrichtung einer georgischen

Arbeitsgruppe ein, die sich mit Fragen der Rückgabe von Eigentum und der Eigentumsrechte von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen befassen soll. Für die erste Sitzung im Juni stellte die Mission die erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung. Die OSZE und UNHCR nahmen als Beobachter an der Sitzung teil. Da der Schwerpunkt der Arbeitsgruppe auf der Rückgabe liegt, ist diese Initiative ein wesentliches Element für die umfassende Regelung des Konflikts. Die Mission spricht sich auch für die möglichst baldige Unterzeichnung des georgisch-russischen Programms zur Erleichterung der Rückkehr der Flüchtlinge, insbesondere nach Georgien selbst, aus.

Der Prozess zur Lösung des Konflikts in Südossetien ist Teil der gesamten Konfliktregelung im Land und des Aufbaus eines neuen Georgien. Auch die allgemeine Sicherheitslage im Kaukasus kann bestimmend dafür sein, ob Fortschritte bei der Konfliktlösung erzielt werden können.

Zur Lage in der anderen Konfliktzone Georgiens kann von keinen nennenswerten Fortschritten bei der Konfliktregelung in Abchasien berichtet werden; allerdings treffen die beiden Seiten auch weiterhin im Koordinierungsrat unter der Führung der Vereinten Nationen zusammen. Bisher kam es zu keiner Einigung über die Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in den Bezirk Gali.

Der Leiter der Mission hat als Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE im Koordinierungsrat immer wieder auf die Wichtigkeit einer bedingungslosen und sicheren Rückkehr der Flüchtlinge in den Bezirk Gali als Vorbedingung für eine umfassende Konfliktregelung hingewiesen. Eine derartige Vereinbarung ist auch eine Voraussetzung für die Umsetzung des Beschlusses des Ministerrats der OSZE in Oslo vom Dezember 1998 über die Einrichtung eines OSZE-Menschenrechtsbüros im Bezirk Gali.

Trotz fehlender Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft begann die abchasische Seite im März mit der einseitigen Rückführung georgischer Binnenvertriebener in den Bezirk Gali. Wie viele bisher zurückgekehrt sind, ist ungewiss, da viele nur für kurze Zeit zurückkehren, um ihre Felder zu bestellen.

Bisher ist es den beiden Seiten nicht gelungen, eine der strittigsten Fragen zu regeln, nämlich die Rolle und das Stationierungsgebiet der friedenserhaltenden Truppen der Gemeinschaft unabhängiger Staaten. Die abchasische Seite lehnt kategorisch jede Initiative ab, die eine Einschränkung dessen bedeuten würde, was sie als ihre Souveränität über abchasisches Hoheitsgebiet betrachtet. Da auf beiden Seiten Wahlen bevorstehen, kamen die Verhandlungen mehr oder weniger zum Stillstand.

Die Lage vor Ort ist insgesamt ruhig, im Bezirk Gali jedoch instabil. Gegen Ende 1998 nahmen die Spannungen zu, sie konnten jedoch durch ein Treffen des Koordinierungsrates unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vor Weihnachten in Genf wieder abgebaut werden. Seither hat sich die Lage entlang der Trennungslinie zwischen den Streitkräften etwas gebessert. Die Aktivitäten irregulärer bewaffneter Kräfte könnten allerdings das labile Gleichgewicht ins Wanken bringen und weiterhin Sorgen bereiten.

Die Mission hat ihre Aktivitäten in Abchasien schrittweise ausgebaut und in enger Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, mehrere Besuche durchgeführt. Sie dienten der Vorbereitung von Missionsprojekten, hauptsächlich in Sachen Menschenrechte und Medien.

An den Ergebnissen eines Treffens georgischer, abchasischer und südossetischer Journalisten im August in Warschau, das gemeinsam vom BDIMR und der Mission organisiert wurde, lässt sich das erhöhte Profil der Missionsaktivitäten in Abchasien ablesen. Eines der wichtigsten Ergebnisse waren erste Schritte der Teilnehmer für die Gründung einer gesamtkaucasischen Journalistenunion, die unter anderem für die Rechte der Journalisten eintreten soll. Die Medien berichteten ausführlich und positiv über das Treffen, sogar diejenigen, die sich in der Regel kritisch über solche Treffen äußern.

Einer der Höhepunkte hinsichtlich der Menschenrechte war der Beitritt Georgiens zum Europarat im April. Mit diesem Schritt verpflichtete sich Georgien unter anderem, die Rechtsstaatlichkeit weiter zu fördern und die Justizreform voranzutreiben. Georgien hat eine Kommission für die Bearbeitung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften geschaffen, die sie mit internationalen Standards in Einklang bringen soll. Die Mission überwacht in enger Zusammenarbeit mit dem Europarat die mit dem Beitritt eingegangenen Verpflichtungen Georgiens.

Der Meschetenfrage wird zunehmend Aufmerksamkeit zuteil. Nach einer Konferenz über deportierte Völker im Frühjahr in Wien begab sich im Juli eine gemeinsame Bedarfserhebungsgruppe des Europarats, der OSZE und von UNHCR nach Georgien, um festzustellen, in welchem Maße Georgien seinen Verpflichtungen in Bezug auf die Repatriierung der in den vierziger Jahren deportierten Mescheten nachkommt. Der Besuch wurde von der Mission organisiert, die ebenfalls in der Gruppe vertreten war.

Als Ergebnis ihrer verstärkten Menschenrechtsarbeit stellte die Mission einen weiteren Mitarbeiter zum Menschenrechtsbüro in Suchumi ab.

Im Zuge der Vorbereitungen für die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Georgien wurde ein Mitarbeiter der Mission vorübergehend der BDIMR-Gruppe für technische Hilfe zugeteilt, die unter anderem Schulungen für Staatsbeamte, darunter auch Polizeibeamte, durchführt und seit Juni 1999 Handbücher für Wahlfunktionäre ausarbeitet. Ende September wurde ein weiteres Missionsmitglied zur Unterstützung der BDIMR-Wahlmission abgestellt, die die Parlamentswahlen am 31. Oktober vorbereitete. Je näher die Wahlen kamen, umso mehr arbeitete die Mission in Unterstützung des BDIMR, und Missionsmitglieder fungierten während der Wahlen als Kurzzeitbeobachter.

Auch für die im April 2000 stattfindenden Präsidentschaftswahlen werden Ressourcen der Mission zur Unterstützung der diesbezüglichen Arbeit des BDIMR eingesetzt werden.

1.1.14 Die OSZE-Mission in Moldau

1999 betätigte sich die OSZE-Mission in Moldau aktiv als Vermittler im Dialog zwischen der Republik Moldau und Transnistrien, durch den eine politische Beilegung ihres Konflikts herbeigeführt werden soll. Die Mission nahm an einer Reihe hochrangiger Treffen teil, darunter auch die Treffen zwischen Präsident Luschinski und dem transnistrischen Führer Smirnow im Januar und Juli. Der Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden und Missionsmitglieder nahmen auch an dem Gipfeltreffen vom 16. Juli teil, das auf Einladung des ukrainischen Präsidenten Kutschmar mit dem russischen Premierminister Stepaschin, Präsident Luschinski und dem transnistrischen Führer I. Smirnow stattfand.

Gemeinsam mit den russischen und ukrainischen Vermittlern waren auch Missionsmitglieder bei den Verhandlungen auf Expertenebene zwischen den beiden Seiten vertreten;

auf Ersuchen der Parteien beteiligten sie sich auch aktiv an der Analyse und Ausarbeitung von Verhandlungsdokumenten. Die Mission erarbeitete gemeinsam mit den anderen Vermittlern einen Abkommensentwurf über die „schrittweise Regelung der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und Transnistrien“, der als Grundlage für die anschließenden politischen Verhandlungen zwischen den beiden Seiten diente. Ebenfalls auf Ersuchen der Parteien lud die Mission im März einen namhaften schweizerischen Verfassungsexperten ein, der beiden Seiten einen Besuch abstattete. Im Herbst organisierte die Mission eine Konferenz mit Vertretern beider Seiten, den Mediatoren und westlichen Verfassungsexperten über mögliche Lösungsmodelle für die Frage eines Sonderstatus für Transnistrien.

Mitglieder der Mission arbeiteten aktiv in der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) mit, die für die Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens vom Juli 1992 und die Überwachung der gemeinsamen Friedenstruppen in der Sicherheitszone zuständig ist. Die Mission half auch bei der Umsetzung verschiedener vertrauensbildender Maßnahmen aus dem Abkommen von Odessa vom März 1998. Missionsmitglieder beobachteten den Abzug von Truppen und Ausrüstung aus der Sicherheitszone und von Eigentum der Einsatzgruppe der russischen Streitkräfte aus Moldau. Sie nahmen an Inspektionen der gemeinsamen Friedenstruppen und zweimal an Beobachtungen der Sicherheitszone aus der Luft teil. Im März/April 1999 vermittelten Missionsmitglieder auch erfolgreich bei heftigen Auseinandersetzungen bezüglich der Auswirkungen der Verwaltungsreform in einigen Gemeinden in der Sicherheitszone. Im Spätsommer unterbreitete die Mission der JCC auf Ersuchen der Parteien einen umfassenden Vorschlag für vertrauensbildende Maßnahmen zur militärischen Transparenz in der Sicherheitszone.

Missionsmitglieder verfolgten aufmerksam die Frage des Abzugs russischer Waffen und Ausrüstungen aus Moldau und standen in ständigem Kontakt mit dem Kommandanten der Einsatzgruppe der russischen Streitkräfte in Tiraspol. Im Juli 1999 berichtete die Mission auf einem Treffen in Wien über militärische Transparenz in Moldau und bemühte sich aktiv um die Zustimmung aller Parteien zum Besuch einer Expertengruppe in den Lagerungsdepots für russische Waffen und Ausrüstungen in Colbasna und Tiraspol, die sich ein Bild von der aktuellen Lage machen sollte.

Die Mission stellte den Kontakt zwischen den Seiten und EU/TACIS-Vertretern her, der zu einer Einigung über ein aus EU-Mitteln finanziertes Projekt für die Instandsetzung und Wiedereröffnung der Gura-Bicului-Brücke führte, wodurch die wichtigste Straßenverbindung zwischen Chişinău und Odessa wieder durchgehend befahrbar werden soll. Das Projekt wurde im April 1999 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von OSZE und EU angekündigt.

Die Mission überwachte die Kontakte zwischen Parlamentariern beider Seiten und ermutigte sie zu Vertiefung ihrer Beziehungen. Im Februar 1999 stattete die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Helle Degn, Moldau einen Besuch ab und bewirkte die Wiederaufnahme des parlamentarischen Dialogs zwischen den Parteien. Parlamentarier beider Seiten erörterten in der Folge auf einer multilateralen Konferenz in Odessa die transnistrische Frage und nahmen am Treffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Juli in St. Petersburg teil.

Die Mission setzte ihre Kontakte mit geeigneten offiziellen Vertretern Moldaus fort und befasste sich mit einer ganzen Reihe anderer Fragen, insbesondere mit Aspekten der menschlichen Dimension. Missionsmitglieder verfolgten die Kommunalwahlen in Moldau vom 23. Mai und waren Vertretern des Europarats und der Internationalen Stiftung für Wahl-

systeme bei deren Besuch im Land behilflich. Auf Ersuchen des moldauischen Außenministeriums beurteilte die Mission, mit Verstärkung durch Experten des BDIMR, die Wahlen vom 22. August zum Amt des Baschkan und zur Volksversammlung in der autonomen Region Gagausien.

Die Mission schlug den Seiten vor, die Schaffung einer gemeinsamen Historikerkommission in Angriff zu nehmen, die Geschichtsbücher zur Verwendung in den Schulen beider Seiten verfassen könnte, in denen die jüngste Geschichte des Landes, einschließlich des Konflikts, in einer von beiden Seiten akzeptierten Form dargestellt wird. Als Anstoß dazu organisierte die Mission eine Konferenz mit Historikern beider Seiten und Experten aus der deutsch-polnischen Historikerkommission.

Die Mission überwachte auch Fragen der Pressefreiheit, vor allem die fortgesetzte Unterdrückung der unabhängigen Tageszeitung *Nowaja Gaseta* durch die transnistrischen Behörden. Im Juni betreute die Mission den Besuch eines Vertreters des Büros des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, der diese und andere Fragen mit den Behörden in Tiraspol erörterte.

Die Mission beobachtete auch aufmerksam die Entwicklungen zum Gerichtsfall der Ilascu-Gruppe: Einige ihrer Mitglieder waren des Mordes und Terrorismus für schuldig befunden worden und verbüßen nun in Tiraspol Gefängnisstrafen. Es gelang Missionsmitgliedern, das Besuchsrecht für ein Mitglied der Gruppe im Gefängnis zu erwirken, und sie machten mehrfach Eingaben bei den transnistrischen Behörden aus humanitären Gründen, in denen sie diese aufforderten, humanitären NGOs regelmäßig Zugang zu den Gefangenen zu gewähren.

Die Mission erhielt zahlreiche Petitionen und Beschwerden moldauischer Bürger von beiden Seiten des Dnjestr zu den verschiedensten Themen, auf die sie auch reagierte. Im Januar 1999 übersiedelte die Außenstelle der Mission in Tiraspol in neue Räumlichkeiten in der Nähe des Stadtzentrums, wodurch die Kontakte der Mission mit der Bevölkerung der transnistrischen Region Moldaus erleichtert werden.

1.1.15 Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine

Das Jahr 1999 brachte grundlegende Veränderungen der OSZE-Aktivitäten in der Ukraine. Nach Verhandlungen in Wien wurde die OSZE-Mission am 30. April aufgelöst und die Außenstelle in Simferopol geschlossen; an ihre Stelle trat eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Regierung der Ukraine.

Für den Monat Mai wurde eine OSZE-Expertengruppe in der Ukraine eingerichtet, die mit 1. Juni durch einen OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine mit Standort Kiew ersetzt wurde, in dessen Büro sowohl internationale als auch ortsansässige Mitarbeiter tätig sind.

Diese neue Einrichtung ist vorläufig mit 31. Dezember 1999 befristet, kann aber um jeweils sechs Monate verlängert werden. Die neue Form der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Ukraine und der OSZE und deren Institutionen besteht in der Planung, Durchführung und Überwachung von Projekten, die alle Aspekte der OSZE-Aktivitäten betreffen können.

Wichtige laufende und zukünftige Projekte sind unter anderem:

Reform der Beschwerde- und Einspruchsverfahren bei Wahlen. Nach einem Workshop im Juni 1999 in Kiew legte das BDIMR einen Bericht mit über 20 Empfehlungen zur Reform der Rechtsvorschriften, zur Verbesserung der geltenden Wahlgesetze sowie der gerichtlichen und administrativen Praxis vor, in dem auch Richtlinien für internationale Wahlbeobachtung enthalten waren.

Technische und praktische Unterstützung für den ukrainischen Ombudsmann. Das Büro des Ombudsmanns ist ein Schlüsselinstrument für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in der Ukraine. Das BDIMR unterstützt das Büro durch Ausbildung in Büromanagement und in der Behandlung von Beschwerden, durch Menschenrechtsschulung für Mitarbeiter und die Bereitstellung von Computern und Bibliotheksmaterial.

Kampf gegen den Menschenhandel. Das BDIMR nimmt soeben in enger Zusammenarbeit mit der internationalen Organisation für Migration ein Projekt zur Bekämpfung des Menschenhandels in Angriff. Mit diesem Projekt soll das Büro des ukrainischen Ombudsmanns technische Unterstützung bei der Gründung eines nationalen Rates gegen Menschenhandel erhalten, der als zentrale Anlaufstelle für eine nationale Strategie und für die internationale Zusammenarbeit dienen soll.

Umfassende Überprüfung der Menschenrechtsgesetze. Das Justizministerium hat vorgeschlagen, dass das BDIMR die ukrainischen Rechtsvorschriften über Menschenrechte einer umfassenden Überprüfung unterziehen soll, um diese zu vereinheitlichen und mit anerkannten internationalen Standards in Einklang zu bringen. Dieses umfangreiche Projekt könnte gemeinsam mit dem Europarat durchgeführt werden. Außerdem soll das Justizministerium durch vielfältige technische und verwaltungstechnische Hilfe bei der Heranführung seiner Kompetenz an internationale Standards unterstützt werden. Die OSZE beabsichtigt, dieses Großprojekt Ende 1999 in Angriff zu nehmen.

Managementhilfe für den Obersten Gerichtshof. Auf Vorschlag des Obersten Gerichtshofs soll das BDIMR dem Gerichtshof umfangreiche Managementhilfe leisten, damit er leistungsfähiger wird. Der Schwerpunkt soll vorerst auf seinem Schulungszentrum liegen. Auch dieses Projekt soll Ende 1999 beginnen.

1.1.16 OSZE-Mission in Tadschikistan

Wie im Allgemeinen Abkommen über die Herbeiführung von Frieden und nationaler Eintracht sowie in den Beschlüssen des Ständigen Rates vorgesehen, verstärkte die OSZE-Mission 1999 ihre Bemühungen zur Unterstützung der Parteien bei der Umsetzung des Allgemeinen Abkommens sowie beim Demokratieaufbau, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte.

1999 kam es zu spürbaren Fortschritten bei der Umsetzung des Friedensprozesses. Die OSZE-Mission spielte in enger Zusammenarbeit mit der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Tadschikistan (UNMOT) eine aktive Rolle bei diesen Fortschritten, indem sie Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien beseitigen half und um externe Unterstützung für den Prozess warb. Das gelang ihr zum Teil durch engagierte Mitarbeit in der Kontaktgruppe der Garantiestaaten und -organisationen, durch die Entwicklung engerer Beziehungen mit den politischen Kräften, der Vereinigten Tadschikischen Opposition (UTO) und der Machtstruktur sowie durch ihre verstärkte Zusammenarbeit mit der tadschikischen Bürgergesellschaft.

Sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kontaktgruppe unterstützte die OSZE durch öffentliche und stille Diplomatie in enger Zusammenarbeit mit UNMOT und anderen Partnern die Parteien bei der Bewältigung vieler Schwierigkeiten, vor allem in Bezug auf Verfassungsänderungen, die weitere Aufstellung von UTO-Kandidaten für Machtstrukturen, die Auflösung bewaffneter UTO-Kräfte, die Legalisierung der politischen Parteien der UTO und die laufenden Verhandlungen über eine Amnestie für inhaftierte UTO-Anhänger. Die Zusammenarbeit mit der Kommission für nationale Aussöhnung (CNR) sowie deren Unterstützung trugen maßgeblich zur Lösung vieler dieser Fragen bei.

Nun kann die OSZE Tadschikistan bei der Umsetzung der verbliebenen Maßnahmen des Allgemeinen Abkommens unterstützen. Gemeinsam mit UNMOT ist die Mission zentrale Anlaufstelle für Fragen im Zusammenhang mit Wahlen; dazu veranstalten die beiden Missionen abwechselnd Tagungen mit Vertretern aller internationalen Organisationen, die sich mit Wahlfragen im Land auseinandersetzen. Um die Mission besser auf ihre Rolle in den bevorstehenden Wahlen vorzubereiten (Überwachung und Umsetzung von wahlbezogenen Projekten), nahm im August 1999 ein für Wahlfragen zuständiger Mitarbeiter seine Arbeit in Duschanbe auf. Dank der finanziellen Beiträge von Teilnehmerstaaten kann die Mission mehrere wahlbezogene Projekte wie etwa eine Informationskampagne im Vorfeld der Referendums durchführen.

Zur Förderung politischer Prozesse sowie im Zusammenhang mit dem September-Referendum und den bevorstehenden Wahlen organisierte die Mission 1999 mehrere Konferenzen und Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen. Zum Thema Wahlen gab es ein Seminar über das Wahlgesetz und eine Konferenz über die Rolle der politischen Parteien in demokratischen Gesellschaften. Letztere war Teil der unablässigen Bemühungen der Mission, zwischen entstehenden politischen Kräften einen Dialog herbeizuführen und den politischen Parteien beim Kompetenzerwerb zu helfen. Im Rahmen der Bemühungen um die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsmann-Institution in Tadschikistan fand eine Konferenz über die Rolle der Ombudsmann-Institutionen in verschiedenen Ländern statt.

In Verfolgung ihrer auf die Stärkung der Bürgergesellschaft in Tadschikistan abzielenden Strategie und in Unterstützung der Einführung der Demokratie bemühte sich die Mission das ganze Jahr hindurch um verstärkte Partnerschaft mit NGOs und den Medien. Sie bot sich als zentrale Anlaufstelle für politische Kräfte und die Bürgergesellschaft nicht nur in der Hauptstadt sondern auch außerhalb an, wo die vier Außenstellen die Einführung der Rechtsstaatlichkeit und das Vertrauen in die Justiz, die Exekutivorgane und andere örtliche Institutionen fördern.

Um diese Ziele zu erreichen, konzentrierte sich die Mission auf einige wesentliche Aktivitäten, die dann auch 1999 ihre Tagesordnung beherrschten. Sie verstärkte ihre Partnerschaft mit den tadschikischen Medien in jeder Hinsicht, unter anderem auch durch die Einrichtung eines regelmäßigen *Journal fixe* in ihrer Zentrale in Duschanbe und durch verstärkte Beziehungen mit vielen NGOs, sowohl in der Hauptstadt als auch außerhalb, wodurch es zur Zusammenarbeit bei der Durchführung konkreter Projekte kam.

Die Mission baute in diesem Jahr ihre Aktivitäten rund um die Aufnahme von drei neuen Projekten zur Sanierung von Lokalzeitungen in Chatlon aus, die auf zwei Zeitungsprojekte 1998 folgten. Dank der finanziellen Unterstützung von Teilnehmerstaaten sollten bis Ende des Jahres beziehungsweise im Jahr 2000 zehn weitere Medien (Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen) im ganzen Land saniert werden. Parallel dazu befasste sich die Mission auch intensiv mit der Ausbildung von Journalisten. Dazu gab es im Verlauf des

Jahres mehrere Seminare, eines davon gemeinsam mit der BBC zum Thema Wahlen und Wahlberichterstattung.

Die Bemühungen der Mission im Hinblick auf die Gründung eines Lokalradio-senders im südlichen Chatlon waren bisher nicht erfolgreich, da die notwendige Rundfunk-lizenz bisher nicht erteilt wurde. Die Mission gibt jedoch in dieser Frage nicht auf und hofft, dass die nötige Lizenz bis Ende 1999 vorliegen wird.

Das ganze Jahr 1999 hindurch setzte sich die Mission besonders für Fragen der Chancengleichheit ein. Im abgelaufenen Jahr wurde das Frauenunterstützungsprogramm von zwei auf zwanzig Gruppen in vier Bezirken ausgebaut, und es wurde eine Reihe landesweiter Seminare über Frauenrechte, Familienrecht, Rechte der Frauen im Islam und reproduktive Gesundheit in Angriff genommen, die bis Anfang des Jahres 2000 fortgesetzt werden soll. Bisher wurden insgesamt 35 Seminar in 23 Bezirken für insgesamt rund 700 erwerbstätige Frauen veranstaltet. In einigen Fällen erstellten diese Frauen mit Hilfe der Außenstellen Programme für Folgeseminare, in denen Frauen das von ihnen erworbene Wissen an Land-frauen in kollektiv bewirtschafteten Betrieben und Dörfern weitergeben. Die Mission unterstützte ferner eine NGO, die sich auf die Rechtsberatung von Frauen spezialisiert hat und ihnen in Fragen des Schutzes der Menschenrechte hilft. Voraussichtlich werden in naher Zukunft verschiedene andere Programme zur Geschlechterproblematik Gestalt annehmen, wie etwa die Gründung eines Frauenzentrums in Chatlon und einer Frauenzeitung sowie die Ausweitung des Programms für die Unterstützung von Frauengruppen auf 20 Bezirke.

Im Bereich des Schutzes und der Förderung der Menschenrechte befasst sich die Mission weiter mit Beschwerden von Privatpersonen. Dank der Intervention der Mission wurden 1999 rechtswidrig inhaftierte Personen freigelassen und mehrere Fälle unter anderem von Schikanen gelöst. Die Außenstellen bieten weiter Rechtsberatung für die örtliche Bevöl-kerung, und zwar sowohl für Rückkehrer als auch alle anderen Einwohner. Aus Anlass des von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Tages zur Unterstützung von Folteropfern schaltete die Mission in den Medien in Duschanbe und Chatlon eine Informa-tionskampagne mit Informationen im Ausmaß einer Druckseite. Außerdem kam ein auf dieses Thema spezialisierter Psychologe nach Tadschikistan und hielt eine Reihe von Veran-staltungen und Workshops über die psychischen Auswirkungen der Folter ab, einen davon in der Polizeiakademie vor ungefähr 200 Polizeischülern. Darüber hinaus führt die Mission wie bisher den Vorsitz in einer wöchentlichen Koordinationssitzung für Menschenrechte, auf der NGOs und andere an Menschenrechtsfragen interessierte Organisationen Informationen aus-tauschen.

1999 nahm die Mission auch Umwelt- und Wirtschaftsfragen in ihre Tagesordnung auf. Das ganze Jahr hindurch berichtete sie über Schlüsselprobleme wie etwa den Sarez-See, die Verschlechterung der Wasserversorgung in Tadschikistan und die Zerteilung des zentral-asiatischen Energienetzes und deren Konsequenzen für Tadschikistan.

In diesem Jahr kam es auch zu einer neuen Dynamik zwischen der OSZE und Tad-schikistan; als Beispiel dafür seien die Besuche des Amtierenden Vorsitzenden, des Vor-sitzenden des Ständigen Rates, des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien, des Beraters des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und zweier BDIMR-Delegationen angeführt.

Anlässlich des fünften Jahrestags ihrer Gründung organisierte die Mission eine inter-nationale Konferenz, auf der der Vorsitzende des Ständigen Rates, der Führer der Opposition

und der Minister für auswärtige Angelegenheiten Tadschikistans zu Wort kamen. Präsident Rachmonow hielt auf der Konferenz eine Rede, in der er zu einer neuen Ära der Zusammenarbeit zwischen Tadschikistan und der OSZE aufrief.

1.1.17 Das OSZE-Verbindungsbüro in Zentralasien

1999 setzte das Verbindungsbüro in Zentralasien seine mandatgemäße Tätigkeit fort, indem es Kontakte zu Universitäten, Forschungseinrichtungen und nichtstaatlichen Organisationen herstellte und pflegte und sich für die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen einsetzte.

Mit der Eröffnung der neuen OSZE-Zentren in Zentralasien begann das Verbindungsbüro, seine Aktivitäten schrittweise umzustrukturieren. Es konzentrierte sich 1999 stärker auf Usbekistan und erweiterte seine nationalen Programme. Es dehnte seine Kontakte und Projekte auf die Regionen des Landes aus und leitete eine engere Kooperation mit der Zentralregierung und zentralen Institutionen sowie mit Regionalbehörden und NGOs ein. Dadurch gelang es dem Verbindungsbüro, seine Tätigkeit zu dezentralisieren und sich verstärkt lokalen Fragen und Problemen zu widmen.

Im Frühjahr verfasste das Verbindungsbüro einen Strategieplan, der für 1999 folgende Schwerpunkte enthielt: Programme im Vorfeld von Wahlen; Programme zur Stärkung lokaler NGOs; Programme zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit; Überwachung der Menschenrechte und diesbezügliche Berichterstattung; ökonomische und ökologische Unterstützungsprojekte und Unterstützung bei der Festigung der nationalen und regionalen Sicherheit.

Im Laufe des Jahres half das Verbindungsbüro bei der Organisation einiger hochrangiger Treffen und Arbeitsbesuche von OSZE-Amtsträgern in Usbekistan. Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Helle Degn, besuchte Usbekistan vom 16. bis 18. Februar. Im März führte der Vorsitzende des Ständigen Rates der OSZE, Botschafter Kai Eide, in Taschkent Gespräche, in denen es in erster Linie um Probleme der regionalen Sicherheit ging. Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Freimut Duve, kam im April, um die Voraussetzungen für freie Medien zu erkunden. Gemeinsam mit einer großen Delegation, der Vertreter verschiedener internationaler Organisationen angehörten, traf der Direktor des BDIMR, Botschafter Gérard Stoudmann, mit Präsident Islam A. Karimow und anderen hochrangigen staatlichen Vertretern zusammen, um die Zusammenarbeit mit der OSZE bei Wahlen und im Bereich der Menschenrechte zu erörtern. Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien, Botschafter Wilhelm Höynck, traf während eines Besuchs vom 24. bis 26. Juni ebenfalls mit Präsident Karimow und anderen hochrangigen staatlichen Vertretern zusammen, um die Aussichten für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten zu erörtern. Der Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE, Thomas Price, führte in Taschkent Gespräche, die eine Stärkung der Zusammenarbeit mit lokalen Beamten und anderen internationalen Gremien, die mit ökonomischen und ökologischen Fragen befasst sind, bewirken sollen. Im September machte der Amtierende Vorsitzende der OSZE, S.E. Minister Knut Vollebæk, im Rahmen seiner Besuchsreise durch die Region auch in Usbekistan Station.

1999 bemühte sich das Verbindungsbüro, selbst aktiver in Erscheinung zu treten und sich unmittelbar an der Konzept- und Durchführungsphase von Projekten zu beteiligen. Zu diesem Zweck arbeitete es eng mit dem BDIMR und anderen OSZE-Institutionen zusammen.

Es unterstützte das BDIMR organisatorisch bei der Abhaltung eines zweiten Schulungskurses für usbekische Grenz- und Zollwachebeamte. In enger Zusammenarbeit mit dem Nationalen Menschenrechtszentrum veranstaltete es drei Treffen zwischen NGOs und der Regierung, noch vor Ablauf des Jahres soll ein viertes derartiges Treffen folgen. Das Verbindungsbüro und das OSZE-Zentrum in Bischkek bemühten sich gemeinsam darum, eine Gruppe von sechs NGO-Vertretern aus Nukus (Karakalpakien) zwecks Erfahrungsaustausch und Networking nach Bischkek zu bringen. Im Gegenzug wird demnächst eine Gruppe aus Bischkek Nukus bereisen.

Das Bildungsprogramm „Staatsbürger- und Rechtskunde“ für Frauen, das mit nahezu allen usbekischen Frauenorganisationen und in Zusammenarbeit mit maßgeblichen internationalen Organisationen, die mit Fragen der Gleichberechtigung befasst sind, ausgearbeitet wurde, war das umfangreichste Großprojekt, das vom Verbindungsbüro 1999 konzipiert und durchgeführt wurde. Das Programm, das in drei Phasen abläuft, soll unter weiblichen Führungskräften, weiblichen NGO-Vertretern sowie unter der weiblichen Landbevölkerung den Wissensstand bezüglich ihrer Rechte und ihrer Möglichkeiten im politischen Leben verbessern. Im August nahmen 30 Frauen aus 11 Organisationen und 13 Regionen an der ersten Phase des Programms teil, die der Ausbildung von Ausbilderinnen diente. Im Herbst werden sich die ausgebildeten Frauen vor Ort begeben und dort mindestens je fünf Schulungskurse veranstalten. Ende November wird es einen eigenen Schulungskurs für weibliche Führungskräfte geben. Das Programm wird über das BDIMR von der norwegischen Regierung und dem Vereinigten Königreich finanziert.

Das Verbindungsbüro setzte auch die Überwachung der Menschenrechtsslage und ihre Berichterstattung darüber fort. Es wurde ein inländischer Rechtsexperte zur Unterstützung beigezogen; er ist auch Ansprechstelle für Beschwerden von Privatpersonen, die immer wieder an das Büro herangetragen werden. Im Verlauf des Jahres 1999 hat sich die Menschenrechtsslage verschlechtert, vor allem nach den Bombenanschlägen in Taschkent am 16. Februar, die nach offiziellen Angaben 16 Menschenleben gefordert haben. Mindestens 77 Personen wurden festgenommen und wegen vermuteter Mittäterschaft an den Bombenanschlägen vor Gericht gestellt, wobei in den Gerichtsverfahren die Rechtsstaatlichkeit und die OSZE-Verpflichtungen nicht immer eingehalten wurden. Das Verbindungsbüro konzentrierte seine Beobachtertätigkeit auf Verfahren gegen die demokratische Opposition, gegen Menschenrechtsaktivisten und Personen, die sich wegen ihrer religiösen Überzeugung vor Gericht verantworten mussten. Es arbeitete auch eng mit nationalen Einrichtungen zum Schutz der Menschenrechte, etwa dem Ombudsmannbüro und dem Nationalen Menschenrechtszentrum, zusammen.

Wahlen waren im Jahr 1999 für das Verbindungsbüro eine der Hauptprioritäten. Die Parlamentswahlen sind nun für 5. Dezember 1999 und die Präsidentschaftswahlen für 9. Januar 2000 angesetzt. Es wurde jedoch beschlossen, mit der technischen Wahlhilfe noch zuzuwarten, bis eine Beurteilungsmision festgestellt hat, ob in Usbekistan die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen gegeben sind. In enger Zusammenarbeit mit dem BDIMR hielt das Verbindungsbüro Kontakt mit dem Zentralen Wahlausschuss, um ihm beider Anpassung des Wahlrechts an die OSZE-Verpflichtungen und -Standards zu helfen.

Das Büro trug auch dazu bei, dass eine regionale Zusammenarbeit im ökonomischen und ökologischen Bereich zustande kam. Um diesen Prozess in Gang zu setzen, arbeitet es seit Anfang 1999 eng mit dem staatlichen usbekischen Naturschutz-Ausschuss zusammen. Damit soll der Dialog mit den Nachbarländern über die Lösung akuter Probleme in der Wasser- und Energieversorgung aufgenommen und die Stabilität in der Region gefördert

werden. Der staatliche usbekische Naturschutz-Ausschuss hat einen Vorschlag ausgearbeitet, der die Nachbarstaaten zur Aufnahme von Verhandlungen und zur Entwicklung gemeinsamer Lösungsansätze für diese Fragen auffordert. Der usbekische Vorschlag folgt in Inhalt und Zielsetzung sinngemäß den Vereinbarungen, die auf dem OSZE-Seminar „Regionale Umweltfragen und kooperative Ansätze zu ihrer Lösung“ im September 1998 in Taschkent getroffen wurden.

Das Verbindungsbüro hat den usbekischen Vorschlag den OSZE-Zentren in der Region zur Weiterleitung an die Regierung ihres jeweiligen Gastlandes in den anderen zentralasiatischen Staaten übermittelt. Noch werden Reaktionen auf den Vorschlag eingeholt.

Das Verbindungsbüro war maßgeblich an der Zusammenstellung der größten Teilnehmergruppe zum Siebenten Wirtschaftsforum in Prag beteiligt, die aus Usbekistan kam. Die sechsköpfige Gruppe umfasste Vertreter von NGOs, der Wirtschaft, des Olijy Madzlis (Parlament) sowie offizielle Regierungsvertreter. Dem Büro gelang es, die Soros-Stiftung Usbekistan dafür zu gewinnen, die Reisekosten von zwei NGO-Vertretern nach Prag zu übernehmen.

Das Büro hat auch Schulungskurse und Workshops zur Kompetenzsteigerung inländischer NGOs in Umweltfragen und zu Fragen der unternehmerischen Entwicklung in Usbekistan ausgearbeitet.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Verbindungsbüro, Botschaften und internationalen Organisationen wurde 1999 in allen Dimensionen der Tätigkeit des Büros verstärkt. Die Koordinierungssitzungen des Verbindungsbüros für Menschenrechtsfragen, an denen alle drei Wochen zwölf Vertreter diplomatischer Missionen und internationaler Organisationen teilnehmen, wurden zu einer regelmäßigen Einrichtung. Auch in Wirtschafts- und Umweltfragen wurde die Zusammenarbeit ausgeweitet. Die häufig stattfindenden Sitzungen dienen der Weitergabe von Informationen zur Verbesserung der Koordination der Entwicklungshilfe durch Geberorganisationen; weiters wurde erörtert, wie das Verbindungsbüro dazu beitragen kann, dass Rechtsvorschriften zur Lösung ökonomischer und ökologischer Fragen angenommen werden und es fand ein Meinungsaustausch über die Förderung der Zusammenarbeit in der Region insgesamt statt. Die Räumlichkeiten des Verbindungsbüros dienen auch als Tagungsort für mehrere Sitzungen der Arbeitsgruppe „Wahlen“.

1.1.18 Das OSZE-Zentrum in Almaty

Das OSZE-Zentrum in Almaty (Kasachstan) wurde gemäß PC-Beschluss Nr. 243 im Januar 1999 eröffnet.

Das Zentrum wurde zu einem Zeitpunkt eröffnet, als sich aus Anlass der Präsidentschaftswahlen vom 10. Januar 1999 eine BDIMR-Wahlbeurteilungsmission im Land aufhielt. Der Bericht der BDIMR-Mission fiel sehr kritisch aus. In den darauf folgenden Monaten kam es jedoch zu Erörterungen und zur Zusammenarbeit mit der kasachischen Regierung über die Wahlgesetze und die OSZE-Standards, wie sie im Kopenhagener Dokument der OSZE von 1990 enthalten sind. Mit Unterstützung des BDIMR beriet das Zentrum die Regierung in Wahlrechtsfragen. Nach ersten Fortschritten beschloss das BDIMR, eine Wahlbeobachtungsmission zu den Parlamentswahlen am 10. Oktober 1999 nach Kasachstan zu entsenden.

Im ersten Jahr seines Bestehens erhielt das Zentrum in Almaty einige hochrangige OSZE-Besuche, unter anderem der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten, des Beauftragten für Medien-

freiheit, des Direktors des BDIMR samt Vertretern internationaler, staatlicher und privater Organisationen, des norwegischen Vizeministers für auswärtige Angelegenheiten und des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE, der an einem internationalen Seminar über die Århus-Konvention (Mitsprache nichtstaatlicher Organisationen an Umweltentscheidungen) teilnahm und schließlich auch des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, der im Rahmen seiner Besuchsreise durch die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten Gespräche mit Präsident Nasarbajew, dem Premierminister und dem Außenminister führte.

Alle diese hochrangigen Besucher führten eingehende Gespräche mit der kasachischen Regierung über Sicherheitsaspekte in den Beziehungen zwischen der OSZE und Kasachstan.

Den Großteil seiner Zeit widmete das Zentrum der Durchführung mehrerer Projekte, die zwischen der Regierung Kasachstans und dem BDIMR in einem Ende 1998 unterzeichneten Memorandum of Understanding vereinbart worden waren. Diese Projekte betreffen wichtige Themen der menschlichen Dimension wie internationale Wahlstandards, Hilfe bei der Rechtsreform (Menschenrechte), die Schaffung eines Ombudsmannbüros, Frauen in der Politik und Hilfe für die Bürgergesellschaft.

Der Bericht des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien über eine engere Zusammenarbeit mit Zentralasien, der im Juli 1999 im Ständigen Rat vorgelegt wurde, bildet die Grundlage für die derzeit laufenden intensiven Erörterungen über engere Beziehungen zwischen der OSZE und dem Teilnehmerstaat Kasachstan. Die Diskussion des Berichts führte dazu, dass das Zentrum in Almaty seine Rolle in der ökonomischen und ökologischen Dimension der OSZE voraussichtlich verstärken wird. Fragen wie die grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung und andere drängende Wirtschafts- und Umweltfragen, die die Stabilität und Sicherheit in der Region bedrohen können, werden daher einen wichtigen Platz in der Arbeit des Zentrums einnehmen.

1.1.19 Das OSZE-Zentrum in Aschgabad

Das Zentrum in Aschgabad nahm seine Arbeit gemäß PC-Beschluss Nr. 244 im Januar 1999 auf. Der Leiter des Zentrums traf am 14. Januar in Aschgabad ein. Er wurde von Außenminister Boris Schichmuradow und Präsident Saparmurad Nijasow empfangen, die ihm die volle Unterstützung der Regierung Turkmenistans bei der Umsetzung der Aufgaben des Zentrums zusicherten. Die übrigen internationalen Mitarbeiter des Zentrums trafen am 25. Januar in Aschgabad ein.

Das Zentrum nahm Kontakt mit den Zentral- und Lokalbehörden sowie anderen in Turkmenistan tätigen internationalen Organisationen auf. Es prüft Möglichkeiten für gemeinsame Projekte, wovon das erste im Juni in Form eines Kurses über humanitäres Völkerrecht realisiert wurde, der gemeinsam vom Zentrum, UNHCHR und dem Nationalen Institut für Demokratie und Menschenrechte veranstaltet wurde. Zielgruppe des Kurses waren Beamte der öffentlichen Verwaltung, die in ihrer Arbeit regelmäßig mit Menschenrechtsfragen zu tun haben. Ein Memorandum of Understanding zwischen dem BDIMR und der Regierung Turkmenistans über die Durchführung eines Pakets von Projekten in der menschlichen Dimension soll während des OSZE-Gipfeltreffens in Istanbul im November 1999 unterzeichnet werden. Das Fehlen eines solchen Memorandum of Understanding über BDIMR-Projekte hat dem Aufgabenbereich des Zentrums in der menschlichen Dimension bisher enge Grenzen gesetzt.

Das Zentrum war bei verschiedenen Konferenzen und Seminaren vertreten, die von anderen internationalen Organisationen und Agenturen organisiert wurden, die sich mit

Fragen und Problemen befassen, die für das Mandat des Zentrums von Interesse sind. Darunter ist eine Tagung von NGO-Vertretern, Regierungsbeamten und Abgeordneten zu nennen, die unter der Schirmherrschaft des *Counterpart Consortium* und des *International Center for Not-for-Profit Law* stand und auf der die notwendige Überarbeitung jener Rechtsvorschriften erörtert wurde, die die Aktivitäten nichtstaatlicher und nichtkommerzieller Organisationen regeln.

Das Zentrum hat mögliche Partner-NGOs ermittelt und intensive Kontakte zu USAID und dem *Counterpart Consortium* geknüpft. Enge Beziehungen wurden auch zu NGOs hergestellt, die im Umweltbereich aktiv sind. Es ist dies einer der wenigen Bereiche, in denen wirklich nichtstaatliche Organisationen etwas ausrichten können.

Im April organisierte das Zentrum eine Sitzung für Vertreter interessierter Botschaften von OSZE-Teilnehmerstaaten und internationaler Organisationen, auf der das turkmenische Wahlgesetz einer Beurteilung unterzogen werden sollte. Dafür wurden zwei britische Experten eingeladen, die Empfehlungen für Gesetzesänderungen ausgearbeitet hatten, die die Rechtsvorschriften an internationale und OSZE-Standards angleichen würden.

Praktisch seit dem Tag seiner Eröffnung suchen Bürger beim Zentrum Hilfe in Menschenrechtsfragen. In solchen Fällen vergewissert sich das Zentrum, dass es sich tatsächlich um eine Menschenrechtsfrage handelt, und bringt den Fall dann bei den zuständigen turkmenischen Behörden zur Sprache.

Seit Beginn seiner Tätigkeit betreute das Zentrum folgende hochrangige OSZE-Besuche, wodurch auch die Öffentlichkeit verstärkt auf seine Bemühungen aufmerksam wurde: die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung im Februar, der Berater des Beauftragten für Medienfreiheit im April, gefolgt von einer BDIMR-Delegation im Mai. Der Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten besuchte Turkmenistan im Juni, und im selben Monat fand auch ein Besuch des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien statt. Ende September folgte schließlich der Besuch des Amtierenden Vorsitzenden.

1.1.20 Das OSZE-Zentrum in Bischkek

Das OSZE-Zentrum in Bischkek wurde mit PC-Beschluss Nr. 245 vom 23. Juli 1998 ins Leben gerufen und nahm ebenfalls im Januar 1999 seine Tätigkeit auf. Seither ist es im Sinne seines Mandats tätig, das darin besteht, die notwendigen Voraussetzungen für eine weiter gehende Einbindung Kirgisistans in die OSZE-Gemeinschaft zu schaffen. Das gilt für alle drei OSZE-Dimensionen: die politische, militärische und sicherheitsbezogene Dimension, die menschliche Dimension und ökonomische und ökologische Fragen.

Die politische Dimension. Das Zentrum hat einen intensiven Dialog mit allen Ebenen der kirgisischen Gesellschaft aufgenommen. Es gibt regelmäßige Kontakte mit dem Präsidenten des Landes, dem Staatssekretär, dem Außenminister und seinen Stellvertretern, dem Parlament, dem Kabinett des Präsidenten, mit wissenschaftlichen Kreisen und Forschungseinrichtungen sowie mit zahlreichen NGOs.

Die Besuche von Mitarbeitern des Zentrums im kirgisischen Teil des Fergana-Tales und in der Provinz Issyk-Kul gaben Gelegenheit zu Begegnungen mit Vertretern der örtlichen Behörden. Die Gespräche mit den Gouverneuren der Provinzen Osch, Jalal-Abad und Issyk-Kul sowie mit dem Vizegouverneur der Provinz Jalal-Abad und anderen örtlichen Amtsträgern führten zu einem nützlichen Gedankenaustausch über die aktuelle Lage in diesen Pro-

vinzen und erleichterten überdies den Dialog zwischen den Behörden und Vertretern der Bürgergesellschaft. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt das Zentrum die Lage in Südkirgisistan, wo es in der zweiten Jahreshälfte zu Gewalttätigkeiten und Geiselnahmen gekommen war.

Seit der Eröffnung des Zentrums im Januar 1999 fanden mehrere hochrangige Kontakte und gegenseitige Besuchen zwischen Kirgisistan und der OSZE statt. Anfang des Jahres hielt Präsident Askar A. Akajew als erster Staatschef eines OSZE-Landes vor dem Ständigen Rat eine Ansprache. Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten, der Beauftragte für Medienfreiheit, der Direktor des BDIMR, der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien und der Amtierende Vorsitzende des OSZE statteten dem Land Besuche ab und alle trafen mit führenden Persönlichkeiten Kirgisistans zusammen.

Zur Förderung des Informationsaustauschs zwischen der Regierung Kirgisistans und der OSZE, die Bestandteil seines Mandats ist, übermittelte das Zentrum in Bischkek dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Kabinett des Präsidenten sowie anderen Regierungsstellen Unterlagen über die Beratungen leitender OSZE-Gremien und die Beschlüsse des Ständigen Rates.

Das Zentrum in Bischkek hat zahlreiche Kontakte zu Universitäten, wissenschaftlichen Kreisen und Forschungszentren sowie mit Bibliotheken hergestellt. Mitglieder des Zentrums hielten auf zahlreichen Konferenzen Vorträge und Referate.

Die menschliche Dimension. Im Spätfrühling wurde die neue Wahlordnung verabschiedet, die die Voraussetzungen für transparentere und fairere Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 schaffen soll. Sie soll auch die Entwicklung politischer Parteien fördern. Die OSZE hatte an der Ausarbeitung der Wahlordnung mitgewirkt und wurde ersucht, die bevorstehenden Wahlen zu beobachten. Die Vorbereitung der Wahlen und ihre Überwachung wird den Schwerpunkt der Arbeit des Zentrums in den kommenden Monaten bilden.

Das Zentrum arbeitet aktiv mit der Regierung Kirgisistans sowie mit NGOs und internationalen Organisationen bei der Durchführung der Projekte zusammen, die im Memorandum of Understanding zwischen der Regierung Kirgisistans und dem BDIMR vereinbart wurden. Außerdem startete das Zentrum in Bischkek gemeinsam mit anderen Partnern eine Reihe von wahlbezogenen Projekten („Wählererziehung durch Fernsehspots“).

Das Zentrum ist in alle Aspekte der Gründung einer neuen nationalen unabhängigen Institution zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte (Ombudsmann) eingebunden. Zu dieser Frage werden im Herbst zwei NGO-Tagungen veranstaltet. Parallel dazu beschäftigt sich das Zentrum auch mit konkreten Einzelfällen, in denen die Verpflichtungen in der menschlichen Dimension verletzt wurden.

Im NGO-Bereich wurden in Bischkek in Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro in Zentralasien gemeinsame Schulungskurse für NGOs aus der Autonomen Republik Karakalpakien (Usbekistan) abgehalten. Auf Treffen zwischen NGOs und der Regierung in Bischkek und Osch über Wahlfragen, die das Zentrum in Bischkek für das BDIMR veranstaltete, hatten NGOs Gelegenheit, ihre Anliegen zur Sprache zu bringen.

Im Anschluss an die Erörterungen des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, der sich im April in Bischkek aufhielt, organisierte das Zentrum gemeinsam mit dem kirgisischen

Journalistenverband im Oktober eine Regionalkonferenz über den Zustand der Medien in Zentralasien. Auf dieser Veranstaltung, an der neben Journalisten und staatlichen Vertretern aus den zentralasiatischen Staaten auch die OSZE und andere internationale Fachorganisationen teilnahmen, wurden wichtige Probleme sowie Möglichkeiten erörtert, wie die regionale Zusammenarbeit in Medienfragen verbessert werden kann.

Die ökonomische und ökologische Dimension. In dem Bemühen, Kirgisistan in die ökonomischen und ökologischen Aktivitäten einzubeziehen, bot das Zentrum in Bischkek viel Zeit und Mühe auf, damit kirgisische Regierungsvertreter und NGOs auf dem Siebenten Wirtschaftsforum in Prag teilnahmen. Diese und ähnliche Bemühungen waren auch insofern erfolgreich, als dadurch Kontakte zu Vertretern der Regierung, von NGOs und dem zwischenstaatlichen zentralasiatischen Rat hergestellt und verstärkt wurden.

Größeres Verständnis dieser Partner für die besonderen Merkmale der OSZE im Bereich der ökonomischen und ökologischen Sicherheit führte zu einer Reihe konkreter Vorschläge in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der OSZE und insbesondere mit dem Zentrum in Bischkek.

Mit großem Engagement widmete sich das Zentrum der Hebung des Umweltbewusstseins im Gastland. Es nahm an mehreren Workshops für Schüler höherer Jahrgänge und Studenten teil.

Angesichts der Wichtigkeit von Fragen der Wasserbewirtschaftung im Gastland und in ganz Zentralasien bemühte sich das Zentrum in Bischkek, Beziehungen zum zwischenstaatlichen zentralasiatischen Rat und zu wichtigen Akteuren, d. h. Finanziers, in diesem Bereich herzustellen, um mögliche Synergien zwischen deren Bemühungen und denen der OSZE zu erzielen.

Als Folgemaßnahme im Anschluss an das regionale Seminar über die Århus-Konvention vom Juni in Almaty plant das Zentrum Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich, etwa auch in Form der Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Stellen zur Schaffung eines Mechanismus, durch den der Öffentlichkeit Umweltfragen näher gebracht werden sollen.

Regionaler Kontext und regionale Zusammenarbeit. In ihrem Beschluss über die Einrichtung des Zentrums in Bischkek betonten die Teilnehmerstaaten ganz besonders den regionalen Kontext. Seinem Auftrag entsprechend berücksichtigt das Zentrum bei der Ausarbeitung von Vorschlägen, Projekten und in seinen Einschätzungen so weit wie möglich die regionalen Aspekte. Neben dem Verbindungsbüro in Zentralasien arbeitet das Zentrum in Bischkek vor allem mit dem Zentrum in Almaty zusammen, sowie mit der Mission in Tadschikistan, was ganz besonders für Wirtschafts- und Umweltfragen gilt. Von Beginn an war das Zentrum in Bischkek bemüht, die Öffentlichkeit durch Pressekonferenzen, Interviews für elektronische und Printmedien, Presseaussendungen, Vorträge und andere öffentliche Veranstaltungen zu informieren.

- 1.2. OSZE-Unterstützung bei der Durchführung bilateraler und multilateraler Übereinkommen
- 1.2.1 Der OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige

Die estnische Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige befasste sich weiter mit der Prüfung der Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung ehemaliger russischer Militärangehöriger und deren Familien.

Seit ihrer Einrichtung vor fünf Jahren hat die Kommission eine erste Prüfung sämtlicher Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung vorgenommen. Auch Anträge auf Verlängerung früher ausgestellter befristeter Genehmigungen gingen bei ihr ein. Derzeit gibt es 14 893 Militärangehörige im Ruhestand samt Familienmitgliedern, die im Besitz gültiger - meist für die Dauer von fünf Jahren - befristeter Aufenthaltsgenehmigungen sind. Von der großen Anzahl der rund 20 000 Anträge wurden bisher nur 96 abgelehnt, 68 davon im Jahr 1999.

Abgesehen von problemlosen Routinefällen war die Kommission auch mit einer beträchtlichen Anzahl von Sonderfällen konfrontiert, die die Arbeit der Kommission verzögerten. Dabei handelt es sich um eine Reihe ehemaliger KGB-Offiziere, deren Anträge aufgrund unvollständiger Angaben zurückgewiesen werden und innerhalb einer bestimmten Frist neu gestellt werden mussten. Es gab auch immer mehr Anträge auf Aufenthaltsgenehmigungen von Personen, die im Rahmen des Wohnraumprogramms der Vereinigten Staaten für die Neuansiedlung ehemaliger Offiziere in Russland bezugsberechtigt waren; dieser Personenkreis hätte eigentlich Estland endgültig verlassen und bereits zugewiesene Wohnungen beziehen sollen.

Die meisten dieser Antragsteller erhielten befristete Genehmigungen mit einer Geltungsdauer von einigen Monaten bis zu einem Jahr, über die nach dem 1. Oktober 1999 endgültig entschieden wird, sobald für die Tätigkeit der Kommission relevante Rechtsvorschriften in Kraft treten, die eine Erledigung ermöglichen.

Der Vertreter hat vorgeschlagen, die Registrierungskampagne durch Garantien zu ergänzen, die einer größeren Gruppe illegal im Land lebender Personen die Aufenthaltsgenehmigung zusichern. Die FremdenGesetzNovelle, die am 1. Oktober 1999 in Kraft trat, wird einer begrenzten Anzahl dieses Personenkreises zu einer Aufenthaltsgenehmigung verhelfen, das Problem bleibt jedoch bestehen.

Die Aktivitäten des Büros des OSZE-Vertreters im Interesse der Integration geschiedener und verwitweter ehemaliger Angehörigen, die nach dem Abzug der russischen Truppen zurückgeblieben sind, wurden in größerem Umfang und mit ermutigenden Ergebnissen fortgesetzt. Die Repatriierung von rund 25 Witwen und geschiedenen Ehepartnern wurde bereits erfolgreich abgeschlossen.

1.2.2. Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skrunda

Das Abkommen zwischen der Republik Lettland und der Russischen Föderation über den Rechtsstatus der Radarstation Skrunda für die Zeit ihres befristeten Betriebs und der Demontage wurde 1999 ohne nennenswerte Probleme umgesetzt. Wie vereinbart endete die Zeit des befristeten Betriebs am 31. August 1998. In dieser Zeit wurden sieben Inspektionen durchgeführt, und am 3. September bestätigte ein OSZE-Inspektionsteam im Zuge der achten Inspektion, dass das Radar abgeschaltet wurde und nicht mehr in Betrieb ist. Die Demontagephase begann am 1. September 1998; seit diesem Zeitpunkt fanden vier weitere Inspektionen durch Expertenteams aus OSZE-Teilnehmerstaaten statt, die letzte davon am 19. Oktober 1999. Bei der Schlussinspektion wurde bestätigt, dass die Demontage vier Monate früher als vorgesehen abgeschlossen wurde. Die Gemeinsame lettisch-russische Durchführungskommission beschloss daher, dass das Abkommen auslaufen kann.

1.2.3 Artikel II des Friedensübereinkommens von Dayton

Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina (siehe auch Abschnitt 1.1.2)

Das Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina wurde im abgelaufenen Jahr in vollem Umfang umgesetzt, trotz der Turbulenzen im Zusammenhang mit der Kosovokrise und der Verhaftung des bosnisch-serbischen Verteidigungsstabschefs, General Momir Talić, auf einem vom Persönlichen Vertreter und der österreichischen Landesverteidigungsakademie veranstalteten Seminar in Wien.

Alle verpflichtenden Maßnahmen wurden angemessen durchgeführt und die Parteien haben erstmals Informationen über die Verteidigungshaushalte (Ausgaben 1998 und Ausgabeermächtigung für 1999) ausgetauscht, in denen auch die ausländische Militärhilfe enthalten war. Auf Ersuchen der Parteien wird die OSZE Haushaltsexperten zur Verfügung stellen, die die einzelnen Verteidigungshaushalte entsprechend prüfen.

Die Inspektionen wurden planmäßig durchgeführt, und es wurden keine wesentlichen Abweichungen festgestellt. Qualität und Transparenz des Informationsaustauschs haben sich seit letztem Jahr spürbar verbessert. OSZE-Länder boten wie schon in der Vergangenheit Kurse zu so genannten Verdachtsinspektionen und Schulungen über Besuche in Waffenproduktionseinrichtungen an, und werden dies auch weiterhin tun. Die Inspektionen werden wie bisher von 26 OSZE-Ländern aktiv unterstützt und geleitet.

Im Zusammenhang mit den freiwilligen Maßnahmen gemäß den Bestimmungen über „Militärische Kontakte und Zusammenarbeit“ wurden vom Persönlichen Vertreter mehrere Seminare und Workshops veranstaltet, von denen vor allem die Seminare über die demokratische Kontrolle der Sicherheitspolizei und der Streitkräfte, über den Verhaltenskodex, Militärdoktrinen und die Verringerung/Transparenz von Haushalten zu nennen sind. Ferner entstand zwischen den Universitäten Bosnien und Herzegowinas ein Netzwerk von Experten für Sicherheitsstudien, für das Vertreter wichtiger europäischer NGOs und nationaler Institute für Sicherheitsstudien finanzielle Unterstützung angeboten haben. Ferner bestehen Pläne, im Anschluss an das Seminar über die militärische Unterstützung von Zivilbehörden bei Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachter Katastrophen eine Übung in Italien zu veranstalten, an der Angehörige beider Armeen in einer multinationalen Truppe zusammengefasst werden.

Die Gemeinsame Beratungskommission setzt in ihren Sitzungen ihr effizientes Management der Umsetzung von Artikel II fort. Unter der Ägide dieses Gremiums wurden militärische Verbindungsmissionen eingerichtet, die nun ihren Aufgaben nachkommen; es wurden die Aktivitäten für das Jahr 2000 beschlossen und Fragen der Notifikation ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten geklärt; und es fand eine zweite Überprüfungskonferenz statt, auf der die Parteien einen weiteren Satz freiwilliger Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz und Zusammenarbeit vereinbart haben. Ein weiterer wichtiger Schritt bestand darin, dass sich die Parteien auf ein Protokoll zur Regelung von Besuchen in Waffenproduktionseinrichtungen und auf die Anzahl der jährlichen Besuche einigten. Mit diesen Besuchen wurde dieses Jahr begonnen, und es wurden keine nennenswerten Abweichungen festgestellt.

Die Kommission hat mehrere Arbeitsgruppen eingesetzt, die folgende Punkte klären oder näher erläutern sollen: Durchführungsfragen wie die Verbesserung des jährlichen

Informationsaustauschs, Einvernehmen über die Auslegung verschiedener Begriffe im Übereinkommen, Einigung über das Format für die Vorlage der verpflichtend vorgeschriebenen Verteidigungsinformationen; Mitteilungen und Fristen nach Maßnahme XI (freiwillige militärische Kontakte und Kooperationsinitiativen).

Auf der letzten Sitzung der Kommission im Jahr 1999 wird der Persönliche Vertreter gemeinsam mit den Parteien die Ziele für das Jahr 2000 festlegen. Diese Ziele wurden sorgfältig mit dem Büro des Hohen Repräsentanten, der Stabilisierungstruppe und dem Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina abgestimmt.

1.2.4 Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton: Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle

Die Kosovokrise bewirkte eine vorübergehende Aussetzung der Durchführung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle: Die Delegation der Bundesrepublik Jugoslawien setzte die Durchführung am 31. März aus und gab in der Folge ihre Absicht bekannt, die Durchführung am 28. August wieder aufzunehmen. In dieser Zeit trat die Kommission zweimal zu informellen Sitzungen zusammen, fasste jedoch keine Beschlüsse. Nach der Kommissionssitzung im September erklärten sich alle Parteien bereit, die Durchführung wieder aufzunehmen.

Der Vorsitz in der Subregionalen Beratungskommission wurde den Parteien des Übereinkommens übertragen. Diese verabschiedeten ein Protokoll, in dem die Verfahren und ein Turnus für die Vorsitzführung festgelegt wurden.

In der ersten offiziellen Sitzung der Kommission nach dem vorübergehenden Rückzug der BRJ legte die Delegation der BRJ einen neuen und vollständigen Zeitplan für den Informationsaustausch vor. Außerdem einigten sich die Parteien auf einen neuen Zeitplan für die Inspektionen, der im Dezember abgeschlossen sein wird.

Im Dezember soll die letzte Kommissionssitzung des Jahres zum Zwecke des jährlichen Informationsaustauschs stattfinden. Die nächste offizielle Sitzung ist für Februar 2000 geplant und wird sich mit der Vorbereitung der zweiten Überprüfungskonferenz im Juni 2000 befassen.

1.2.5 Artikel V des Friedensübereinkommens von Dayton: Verhandlungen über regionale Stabilität in Südosteuropa nach Anhang I-B Artikel V des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina

Die 20 teilnehmenden Staaten¹ verabschiedeten auf dem Ministerratstreffen in Oslo im Dezember 1998 das Mandat für die Verhandlungen nach Artikel V.

Aufgrund der Ereignisse im Kosovo verzögerten sich die im März 1999 begonnenen Verhandlungen bis zum September.

¹ Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Niederlande, Österreich, Rumänien, Russische Föderation, Slowenien, Spanien, Türkei, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika und Bundesrepublik Jugoslawien

Auf Sitzungen im September und Oktober gab es gewisse Fortschritte, insbesondere einigte man sich auf ein vorläufiges Arbeitsprogramm bis zum Abschluss der Verhandlungen; außerdem wurden inhaltliche Fragen für die ersten Phasen festgelegt.

Es ist anzunehmen, dass Artikel V für die Umsetzung des Stabilitätspakts für Südosteuropa eine wichtige Rolle spielen wird.

1.3 Regionale Aktivitäten der OSZE

1.3.1 Die OSZE-Regionalstrategie und der Stabilitätspakt für Südosteuropa

Im Gefolge der Kosovokrise gab die EU mit ihren Partnern den Anstoß zur Ausarbeitung des Stabilitätspakts für Südosteuropa. Diese neue Initiative soll in koordinierterer Weise auf die Bedürfnisse der Länder in Südosteuropa eingehen. Für den Pakt wurde ein integrativer Ansatz gewählt, der auf der Überzeugung beruht, dass nur ein umfassender und kohärenter Lösungsansatz für die gesamte Region den tieferen Ursachen der Instabilität gerecht werden kann.

Im Pakt ist vorgesehen, dass die OSZE als die einzige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation eine Schlüsselrolle spielen soll und die Schirmherrschaft über den Pakt übernimmt.

Mit seiner Forderung nach einer Regionalstrategie für Südosteuropa trat der Amtierende Vorsitzende der OSZE im Juli für eine Entwicklung ein, die in den Stabilitätspakt eingebunden ist und parallel dazu verläuft und die Teil der internationalen Bemühungen ist, an die Probleme in der Region koordinierter und gesamtheitlicher heranzugehen. Botschafter R. Barry, der Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, wurde daher mit der Aufgabe betraut, Mittel und Wege zur Weiterentwicklung der regionalen Dimension unserer eigenen OSZE-Arbeit zu erkunden.

Die Regionalstrategie soll zwei verwandte Ziele verfolgen. Erstens soll sie die Koordination zwischen den einzelnen OSZE-Einsätzen in der Region verbessern, vor allem dort, wo entweder die Erfahrungen einer Mission für andere Missionen nützlich sind, oder wo die Wurzeln der Instabilität in mehreren Ländern zu suchen sind und die OSZE-Missionen durch ein koordiniertes Vorgehen mehr erreichen können. Zweitens soll sie zur Arbeit im Rahmen des Stabilitätspakts beitragen und diese Initiative unterstützen, indem die wechselseitigen Beziehungen zwischen verschiedenen Organisationen besser ausgenutzt werden.

Bisher fand (im Oktober) in Skopje ein Treffen auf Arbeitsebene über die Regionalstrategie statt. Dabei wurde ein Arbeitsprogramm angenommen, das für die praktische Umsetzung der Strategie sorgen und konkrete regionale Initiativen vorschlagen soll. Diese Initiativen fallen in zwei Kategorien: Projekte mit direktem OSZE-Bezug, die bereits Teil der Arbeit der Missionen sind, und Bemühungen, die nach Ansicht der OSZE für die Region notwendig sind und zu deren Umsetzung, unter anderem im Rahmen des Stabilitätspakts, die OSZE unterstützend beitragen kann.

Ein zweites Arbeitstreffen soll unter dem Vorsitz der OSZE-Präsenz in Albanien Anfang November in Wien stattfinden.

Der Stabilitätspakt und die OSZE-Regionalstrategie ergänzen einander insofern, als beide Südosteuropa als einen einzigen politischen und wirtschaftlichen Raum betrachten. Beiden Initiativen liegt der Gedanke zugrunde, dass die Region als Ganzes mit einer Reihe

gemeinsamer Probleme konfrontiert ist und dass viele dieser Probleme nur durch eine ganzheitliche und kohärente Sichtweise der gesamten Region bewältigt werden können.

Chronologie der Aktivitäten des Stabilitätspakts

Erste Entwicklungen. Um einen Dialog zwischen den Feldaktivitäten und den Zentralstellen über die geeignetste Vorgangsweise in regionalen Fragen in Gang zu bringen, wurde mit einem Dialog zwischen den Feldaktivitäten in Südosteuropa begonnen, dessen Höhepunkt im Juli ein Treffen der Leiter der OSZE-Missionen in der Region war. Alle wurden ermutigt, Ideen und Vorschläge einzubringen, und das Konzept nahm Gestalt an. Gleichzeitig begannen die Teilnehmer in der Region im Anschluss an den Stabilitätspaktgipfel in Sarajewo eigene Ideen zu entwickeln; besondere Priorität wurde dabei den Vorschlägen eingeräumt, die von der OSZE unterstützt oder gefördert werden können und die zwei oder mehr regionale Akteure betreffen.

Treffen in Rom. Zur Klärung der Beziehung zwischen Stabilitätspakt und OSZE kam es am 9. Juli in Rom zu einem Treffen zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden Vollebæk und Botschafter Barry mit dem Koordinator der EU für den Stabilitätspakt, Bodo Hombach. Sie erörterten insbesondere, auf welche Weise die OSZE-Feldaktivitäten und -Zentralinstitutionen die Ziele des Stabilitätspakts konkret unterstützen können, vor allem im Zusammenhang mit den Arbeitstischen des Paktes für Demokratisierung und Menschenrechte beziehungsweise für Sicherheitsfragen.

Treffen in Wien. Auf Einladung des Generalsekretärs diskutierten am 20. Juli in Wien die Leiter der OSZE-Missionen und Vertreter der zentralen Institutionen der Organisation über die Weiterentwicklung der Regionalstrategie. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, wie die OSZE sowohl innerhalb als auch außerhalb des Stabilitätspakts zur Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Bürgern der Region beitragen und ihre interne Koordination in der Region verbessern kann. Wie schon in Rom wurde die Notwendigkeit betont, sich über die regionalen Aktivitäten anderer Organisationen auf dem Laufenden zu halten, um Doppelgleisigkeiten und Überschneidungen zu vermeiden.

Ferner wurde die Frage erörtert, wer im Grunde für den Prozess des Stabilitätspakts verantwortlich ist. Bisher verfolgte die OSZE die Strategie, von den Ländern der Region ausgehende Initiativen zu unterstützen und Akteure der Bürgergesellschaft als aktive Teilnehmer in den Prozess einzubeziehen, um die fortlaufende Unterstützung und Mitwirkung lokaler Akteure zu gewährleisten.

Treffen in Salzburg. Eine Woche nach dem Wiener Treffen und unmittelbar vor dem Stabilitätspaktgipfel in Sarajewo fand in Salzburg ein Treffen mit anderen multilateralen Organisationen statt, die sich schwerpunktmäßig mit Südosteuropa beschäftigen. Vertreten waren unter anderem die Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BESEC), die Zentraleuropäische Initiative (CEI), das Ost-West-Institut, die Europäische Kommission, die Europäische Union, die OSZE, der Royaumont-Prozess, die Südosteuropäische Kooperationsinitiative (SECI), der Kooperationsprozess in Südosteuropa, der Stabilitätspakt und die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE). Auch das italienische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten entsandte Vertreter zu diesem Treffen, das hauptsächlich dem Gedanken- und Informationsaustausch über die jeweiligen regionalen Bemühungen diente.

Aktivitäten des Stabilitätspaktgipfels. Das Gipfeltreffen vom 29. und 30. Juli in Sarajewo war der Höhepunkt der engagierten Bemühungen um das Zustandekommen des

Stabilitätspakts und gleichzeitig der Beginn des erheblich längeren Umsetzungsprozesses. Am 28. Juli veranstaltete die OSZE eine Pressekonferenz für NGO-Vertreter aus der gesamten Region, die über eine kürzlich abgehaltene Reihe von NGO-Konferenzen im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt berichteten und zu einer verstärkten Mitwirkung nicht-staatlicher Akteure an der Weiterentwicklung und Umsetzung des Paktes aufriefen. Am 29. Juli organisierte die OSZE eine weitere Pressekonferenz für Vertreter von Frauen-NGOs aus der ganzen Region, die ebenfalls die Einbeziehung der Frauen in alle Aspekte des Stabilitätspaktprozesses forderten. Mit beiden Gruppen entwickelt die OSZE weiter Folgeaktivitäten, die die Bürgergesellschaft in die Arbeit der drei thematischen Arbeitstische des Paktes mit einbeziehen sollen.

Am ersten Tag des Gipfeltreffens von Sarajewo, dem 29. Juli, richtete Botschafter Barry im Namen des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE das Wort an die Teilnehmer und begrüßte in seiner Rede die Aufrufe Bosniens und Kroatiens zur Reduzierung des militärischen Personals und der Militärhaushalte. Die OSZE sei bereit, sich für Verhandlungen über gegenseitige Reduzierungen im Sinne von Anhang I-B Artikel IV des Friedensabkommens von Dayton einzusetzen.

Am 30. Juli sprach der Amtierende Vorsitzende der OSZE vor den vollständig versammelten Teilnehmern. Er sagte zu, dass die OSZE all ihre Institutionen und ihre beträchtliche Feldpräsenz in Südosteuropa zur Umsetzung des Stabilitätspakts heranziehen werde. Er betonte auch, dass der Erfolg des Stabilitätspakts vom Engagement sowohl der Staaten als auch ihrer Bürger für den Aufbau von Frieden, Demokratie und Stabilität in der Region abhängen. Die OSZE sei entschlossen, all ihre Kräfte dafür einzusetzen, dass sichtbare Ergebnisse erreicht werden.

Abschließend stellte der Amtierende Vorsitzende fest, dass das OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul die Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme der Entwicklungen nach dem Sarajewo-Gipfel und zu neuen Anstößen für den Pakt bieten werde.

Aktivitäten seit dem Gipfeltreffen in Sarajewo. Der Regionaltisch Südosteuropa, der die Aktivitäten des Paktes koordiniert, hielt am 16. September 1999 unter dem Vorsitz des Sonderkoordinators Bodo Hombach seine Eröffnungssitzung ab. Auf der Sitzung wurde das vorgeschlagene Arbeitsprogramm des Paktes angenommen und eine Liste der laufenden Aktivitäten erstellt, um Überschneidungen zu vermeiden.

Ferner wurden drei Arbeitstische eingerichtet: für Demokratisierung und Menschenrechte (unter dem Vorsitz von Max van der Stoep), für wirtschaftlichen Wiederaufbau, Entwicklung und Zusammenarbeit (unter dem Vorsitz von Fabrizio Saccomani) und für Sicherheitsfragen (unter dem Vorsitz von Jan Eliasson). Alle Arbeitstische haben ihre Eröffnungssitzungen abgehalten und bereits verschiedene Aktivitäten in Angriff genommen, darunter die Einsetzung von Sonderarbeitsgruppen zu speziellen Fragen, in denen interessierte Länder Projektvorschläge einbringen können, die Einrichtung von Untertischen und die Vorstellung von Initiativen für konkrete Projekte.

1.3.2 Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien

Der Ministerrat in Oslo hatte den Amtierenden Vorsitzenden in seinem Beschluss Nr. 7 ersucht, einen Bericht über die verschiedenen Möglichkeiten zu erstellen, die der OSZE zur Stärkung ihres koordinierten Ansatzes in Zentralasien zu Gebote stehen.

Zur Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden bei der Ausarbeitung dieses Berichts begab sich Botschafter Wilhelm Höynck als Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden im Juni 1999 nach Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Er führte eingehende Gespräche über den Stand und die weitere Entwicklung der OSZE-Aktivitäten in Zentralasien. Botschafter Höynck, der in den meisten Ländern von den Staatschefs und Außenministern empfangen wurde, erstellte seinen Bericht auf der Grundlage seiner Gespräche und Begegnungen mit Vertretern internationaler Organisationen, NGOs und OSZE-Feldpräsenzen.

Der Bericht wurde am 15. Juli dem Ständigen Rat vorgelegt und auf der Sitzung des Ständigen Rates vom 9. September eingehend erörtert.

Der Amtierende Vorsitzende ersuchte seinen Persönlichen Vertreter, Folgemaßnahmen zu den Erörterungen im Ständigen Rat vom 9. September zu unterstützen und zu weiteren Schritten in diesem Bereich bis zum Gipfeltreffen in Istanbul beizutragen.

1.4 Das Konfliktverhütungszentrum: Aktivitäten im Rahmen der Verbindung zu den Missionen

Bei der für die Verbindung zu den Missionen zuständigen Sektion im Konfliktverhütungszentrum (KVZ) liefen auch in diesem Berichtszeitraum die Fäden für die OSZE-Missionen und -Feldoperationen zusammen. Sie bewältigte das erweiterte Spektrum und zunehmende Tempo der OSZE-Einsätze ebenso erfolgreich wie den ebenfalls angestiegenen Koordinierungsbedarf für regionale Initiativen und die Zusammenarbeit zwischen den Missionen.

Zu den jüngsten OSZE-Verpflichtungen, die sich auf die Arbeit der Sektion für Verbindung zu den Missionen auswirken, zählt die Einrichtung der Mission im Kosovo, die Eröffnung eines neuen OSZE-Zentrums in Eriwan (Armenien) und die Aufnahme der Arbeit in den Büros in Almaty, Aschgabad und Bischkek.

Der Sicherheitskoordinator, eine neu geschaffene Funktion, hat seine Arbeit aufgenommen und befasst sich mit der Vereinheitlichung der Sicherheitsmaßnahmen in allen Missionen, der Überprüfung bestehender Vorkehrungen und wo nötig mit der Umsetzung zusätzlicher Empfehlungen. Zu diesem Zweck hat er erst vor kurzem eine Reihe von OSZE-Missionen besucht.

Das KVZ hat im Berichtszeitraum außerdem mit Unterstützung des Vereinigten Königreichs in Form eines freiwilligen Beitrags ein Praktikantenprogramm gestartet. Es wird Praktikanten aus Osteuropa Gelegenheit geben, im Konfliktverhütungszentrum Arbeitserfahrung zu sammeln.

Die Kosovo-Verifizierungsmission und die spätere OSZE-Mission im Kosovo bildeten den Hauptschwerpunkt in der Arbeit der Sektion seit Oktober 1998. Die Größe der beiden Missionen und ihre umfangreichen Mandate beanspruchten einen Großteil der Planungs- und Koordinierungsressourcen. Viele dieser Vorarbeiten zusammen mit dem bei anderen Missionen mit vergleichbaren Mandaten erworbenen Fachwissen ermöglichten die rasche Einsetzung der OSZE-Mission im Kosovo und die Einrichtung der erforderlichen Unterstützungsmechanismen im Sekretariat. Dazu zählt etwa die Schaffung eines ständig besetzten, rund um die Uhr einsatzbereiten Krisenraums mit entsprechenden Kommunikationseinrichtungen, der ursprünglich für die Mission im Kosovo gedacht war und seit Juli 1999 auch für andere Missionen zur Verfügung steht.

2. Bericht des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten

2.1. Allgemeines

Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM), Max van der Stoel, setzte auch im abgelaufenen Jahr sein aktives Engagement zu einer Vielzahl von Themen und in mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten fort. Er ist bemüht, Spannungen, die mit Fragen nationaler Minderheiten zu tun haben, festzustellen und eine möglichst frühe Entschärfung anzustreben. Im Berichtszeitraum konzentrierte er sich insbesondere auf die nachstehend beschriebenen Probleme.

2.2 Kroatien

In Kroatien überwachte der Hohe Kommissar in Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Kroatien die Lage der Minderheiten insgesamt. Sein besonderes Augenmerk galt den verschiedensten Fragen im Zusammenhang mit der serbischen Minderheit. Im Juni 1999 richtete van der Stoel ein Schreiben an die kroatische Regierung, in dem er seine Besorgnis über die systematische Schikanie und Einschüchterung von Serben in der Donauregion äußerte. Er forderte die Regierung auf, eine Reihe von Maßnahmen zu treffen, um dafür zu sorgen, dass das Gefühl der Unsicherheit und die Bedenken der serbischen Bevölkerung in Bezug auf die Zukunft zerstreut werden.

Im Februar nahm der Hohe Kommissar an einer gemeinsamen hochrangigen Mission von OSZE/UN/Europarat-Vertretern in Kroatien teil, die mit den kroatischen Behörden die internationalen Verpflichtungen des Landes in Bezug auf Demokratisierung und Menschenrechte erörterten.

Der Hohe Kommissar widmete sich ferner der Förderung und Unterstützung der Arbeit des Rechtshilfeprojekts Knin und des Gemeinsamen Rates der Kommunen, zwei Projekte, die 1997 von der Stiftung für interethnische Beziehungen auf seine Empfehlung in Angriff genommen worden waren.

Am 4. und 5. Juni organisierte der Hohe Kommissar unter anderem in Zusammenarbeit mit der Stiftung für interethnische Beziehungen ein Seminar in Zagreb zum Thema der Haager und Osloer Empfehlungen über die Bildungsrechte beziehungsweise die sprachlichen Rechte nationaler Minderheiten.

2.3 Estland

Im abgelaufenen Jahr befasste sich der Hohe Kommissar besonders mit der Novellierung des Sprachengesetzes. In einem Schreiben vom 16. März 1999 an Außenminister Toomas H. Ilves äußerte er sich kritisch zu dem Gesetz, vor allem deshalb, weil es Eingriffe in die Privatsphäre zulässt, die über das hinausgehen, was internationale Standards gestatten. Kritische Stellungnahmen kamen auch von der Europäischen Kommission und dem Europarat.

Die estnische Regierung versprach daraufhin, die Auswirkungen des neuen Sprachengesetzes mittels Durchführungsverordnungen abzuschwächen. Van der Stoel würdigte die Bemühungen, das Gesetz eng auszulegen und seine Bestimmungen unter Berücksichtigung der im Gesetz enthaltenen Beweggründe umzusetzen. Gleichzeitig wiederholte er seine Grundsatzempfehlung, das Gesetz selbst mit internationalen Standards in Einklang zu bringen.

Der Kommissar befasste sich auch wie bisher mit einer Reihe anderer Minderheitenfragen, etwa der Umsetzung des Einbürgerungsprozesses, Vorschlägen zur Schaffung einer Ombudsmann-ähnlichen Institution in Estland, Sprach- und Lehrerausbildungsprogrammen und der Umsetzung der staatlichen Integrationsstrategie.

Im Juni 1999 organisierte der Hohe Kommissar gemeinsam mit der OSZE-Mission und der Stiftung für interethnische Beziehungen ein Seminar über Bildungsrechte und sprachliche Rechte in Tallinn.

2.4 Griechenland

Max van der Stoep gab ihm Zusammenhang mit einer aktuellen Diskussion in Griechenland über die Frage nationaler Minderheiten eine öffentliche Erklärung ab, in der er auf das Kopenhagener Dokument 1990 und die darin enthaltenen Verpflichtungen verwies. Darin hieß es unter anderem, dass Angehörigen nationaler Minderheiten das Recht einzuräumen ist, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität (einzeln oder als Gemeinschaft) frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln und ihre Kultur in all ihren Aspekten zu erhalten und zu entwickeln, sich zu ihrer Religion zu bekennen und diese auszuüben und Organisationen oder Vereinigungen zu unterhalten. Diese Rechte seien nicht gleich bedeutend mit der Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung. Außerdem müsse eine Minderheit nicht offiziell anerkannt sein, um in den Genuss dieser Rechte zu kommen.

2.5 Kasachstan

In Kasachstan lag der Schwerpunkt der Arbeit des Hohen Kommissars hauptsächlich auf der weiteren Entwicklung und Verstärkung der wichtigsten Mechanismen für den Dialog zwischen der ethnischen Mehrheit und den ethnischen Minderheiten sowie zwischen den einzelnen Minderheitengruppierungen im Land.

In diesem Sinne unterstützte der Hohe Kommissar auch im abgelaufenen Jahr die Bemühungen der Völkerversammlung von Kasachstan um eine bessere Arbeitsweise, die ihre eigenen Instrumente zur Frühwarnung und frühzeitigen Verhinderung potenzieller Konflikte entwickeln will. Im Zusammenhang damit war der HKNM der Versammlung bei der weiteren Verbesserung ihres Forschungs- und Analysezentrum mit einem auf subregionalen Strukturen und lokalen Korrespondenten aufbauenden Überwachungsnetz behilflich.

Der Hohe Kommissar nützte seinen Besuch im März 1999, um die Frage der Schaffung einer Ombudsmann-Institution für Menschen- und Volksgruppenrechte zur Sprache zu bringen. Im Anschluss daran sandte er mit dem BDIMR-Direktor, Botschafter G. Stoudmann, ein gemeinsames Schreiben an den Präsidenten Kasachstans, in dem offiziell die Errichtung einer solchen Institution vorgeschlagen wurde. Aufgrund dieses Schreibens fand im September 1999 ein landesweites Seminar zu dieser Frage statt, an dem zahlreiche Experten der Vereinten Nationen und der OSZE teilnahmen.

Darüber hinaus kamen der Hohe Kommissar und die Regierung Kasachstans überein, am 29. und 30. Oktober 1999 ein Seminar über die Sprachenpolitik Kasachstans zu veranstalten.

2.6 Kirgisistan

Ebenso wie in Kasachstan waren auch hier die Hauptbereiche der Tätigkeit des Hohen Kommissars die Stärkung der Kompetenz nationaler und lokaler Strukturen im Umgang mit interethnischen Beziehungen und die Weiterentwicklung von Mechanismen für Frühwarnung und frühzeitige Konfliktverhütung.

Seine Unterstützung galt nach wie vor der Völkerversammlung Kirgisistans und ihren Strukturen, insbesondere dem Informations- und Forschungszentrum, das themenbezogene Seminare organisiert und ein eigenes Mitteilungsblatt über interethnische Fragen herausgibt.

Der Hohe Kommissar setzte seine Hilfe für das *Special Monitoring Network* fort, das die kirgisische Regierung regelmäßig mit detaillierten Informationen und Analysen über die Beziehungen zwischen den Volksgruppen in den verschiedenen Regionen Kirgisistans versorgt. (Dieses Projekt war 1996 auf Initiative und mit direkter Unterstützung des HKNM eingerichtet worden.)

Gemeinsam mit Vertretern der zuständigen Regierungsstellen bemühte sich der Hohe Kommissar auch 1999 um die Stärkung des guten Verhältnisses unter den Volksgruppen im Süden des Landes.

Er hat mit dem Präsidenten Kirgisistans die Schaffung einer unabhängigen Ombudsmann-Institution für Menschenrechte - einschließlich der Minderheitenrechte - vereinbart, sowie die Einrichtung eigener Managementkurse für Vertreter der Zentral- und Lokalverwaltung und NGOs an der Managementakademie, die der Präsidentschaftskanzlei untersteht. Der Hohe Kommissar hat seine Unterstützung in Form von Expertenwissen und Methoden zugesagt.

2.7 Lettland

1999 verfolgte der Hohe Kommissar aufmerksam die weiteren Arbeiten am Staats-sprachengesetz. Auf seine Initiative kam es im Mai 1999 zu einem Treffen zwischen einer Expertengruppe und dem für diese Frage zuständigen Ständigen Ausschuss des Saeima, bei dem der jüngste Gesetzesentwurf erörtert wurde. Der Entwurf wurde im Juli vom Parlament beschlossen, doch entspricht er nicht den internationalen Standards, denen sich Lettland verschrieben hat. Max van der Stoel appellierte daher an die Präsidentin, das Gesetz nicht zu erlassen, worauf diese es zur weiteren Behandlung an das Parlament zurückverwies.

Im Mai 1999 organisierte der Hohe Kommissar in Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission und der Stiftung für interethnische Beziehungen in Riga ein Seminar über die Bildungsrechte und die sprachlichen Rechte.

2.8 Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Der Hohe Kommissar bereiste regelmäßig die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, wo er sich von der Verbesserung der interethnischen Beziehungen im Land überzeugte; sein Hauptaugenmerk galt der Lage der ethnischen Albaner. Ungeklärt ist nach wie vor die Frage der Unterrichtssprache insbesondere an den Hochschulen. Ende 1998 legte der Hohe Kommissar mehrere Empfehlungen für eine mögliche Kompromisslösung vor, darunter für die Schaffung eines albanischsprachigen Hochschullehrgangs für die Ausbildung von Grundschul- und Sekundarschullehrern und einer dreisprachigen (Englisch,

Mazedonisch, Albanisch) Privatuniversität für Business Administration und öffentliche Verwaltung.

Die Krise im benachbarten Kosovo wirkte sich äußerst negativ auf die Lage in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien aus, die viele albanische Flüchtlinge aus dem Kosovo aufnehmen musste. Das veranlasste den Hohen Kommissar dazu, am 12. Mai offiziell vor einer möglichen Destabilisierung der Lage im Land zu warnen, wenn die internationale Gemeinschaft ihre Hilfsbemühungen nicht spürbar verstärke.

Nach dem Abflauen der Krise im Kosovo setzte sich der Hohe Kommissar weiterhin aktiv für eine zufrieden stellende Lösung der Unterrichtsfragen und einen konstruktiven Dialog zwischen den Volksgruppen ein. Ermutigend waren dabei seine Treffen mit dem Premierminister und führenden Politikern Albaniens, die ihre Bereitschaft bekundeten, nach Kompromisslösungen zu suchen.

2.9 Rumänien

Die Unterrichtsfrage steht auch in Rumänien auf der Tagesordnung, wo der Hohe Kommissar für einen Dialog über Möglichkeiten einer Änderung des Unterrichtsgesetzes eintrat, die Verbesserungen des Hochschulunterrichts für die ungarische Minderheit in ihrer Muttersprache ermöglichen würde. Dieses Unterrichtsgesetz mit den im Sommer 1999 vorgenommenen Änderungen eröffnet mehr Möglichkeiten für multikulturellen Unterricht.

Derzeit prüft der Hohe Kommissar Möglichkeiten einer Unterstützung für die Universität Klausenburg, damit sie diese Möglichkeiten voll ausschöpfen kann.

2.10 Slowakische Republik

In der Slowakischen Republik konzentrierte sich der Hohe Kommissar im abgelaufenen Jahr hauptsächlich auf Probleme bezüglich des Gebrauchs der Minderheitensprachen, des Unterrichts und auf Fragen in Verbindung mit der Gesetzesreform für Kommunalwahlen. Die neue slowakische Regierung, der Vertreter der ungarischen Minderheit bis zur Ebene des Stellvertretenden Premierministers (der unter anderem für Minderheitenfragen zuständig ist) angehören, begann sofort eine Reihe von Empfehlungen des Hohen Kommissars umzusetzen, die von der früheren Regierung abgelehnt worden waren, unter anderem die Wiedereinführung zweisprachiger Schulzeugnisse, wesentliche Änderungen in der Subventionspolitik für Kulturschaffende und eine Überarbeitung des Kommunalwahlgesetzes.

Von großer Bedeutung war die Zusage der neuen slowakischen Regierung, in Ergänzung des geltenden Staatssprachengesetzes ein neues Gesetz über Minderheitensprachen zu erlassen. Nach eingehenden Diskussionen mit der Regierungskoalition unter Einbeziehung des Hohen Kommissars und seiner Experten wurde im Juni 1999 ein Gesetzesentwurf im Parlament eingebracht. Das Gesetz wurde zwar beschlossen, doch ohne eine eindeutige Feststellung seines Vorrangs gegenüber dem Staatssprachengesetz, obwohl der Hohe Kommissar dazu geraten hatte. Die slowakische Regierung versicherte dem HKNM jedoch in der Folge schriftlich, dass dieses Gesetz trotz Streichung dieses Hinweises aus dem Entwurf den Rang eines Sondergesetzes gegenüber dem Staatssprachengesetz habe. Max van der Stoep begrüßte in einer öffentlichen Erklärung das neue Gesetz, betonte aber gleichzeitig, dass er hoffe, die Regierung werde sich unverzüglich der Lösung anderer noch anstehender interethnischer Fragen zuwenden.

Die slowakische Opposition verlangte in der Folge ein Referendum über das Gesetz, wofür sie die notwendigen Unterschriften sammelte. Der slowakische Präsident wies jedoch nach Rücksprache mit Experten, einschließlich dem Hohen Kommissar, ein derartiges Referendum als nicht verfassungskonform zurück, und lehnte es daher ab, ein Referendum auszuschreiben.

Ende September 1999 fand ein Seminar über die Bildungsrechte und die sprachlichen Rechte örtlicher Minderheiten statt.

2.11 Ukraine

1999 beschäftigte sich der Hohe Kommissar weiterhin vornehmlich mit den ungeklärten Problemen der Krimtataren, darunter auch die Frage ihrer Vertretung in den örtlichen Regierungs- und Vertretungsgremien.

Im April 1999 fand eine Sitzung zur Erörterung des Standes der Durchführung statt, zu der es als Folge der Finanzierungskonferenz des letzten Jahres kommen sollte; damals waren Zusagen in Höhe von insgesamt 5,3 Millionen USD (5,6 Millionen EUR) für die Internationale Organisation für Migration, UNHCR und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen gemacht worden.

Im September 1999 wurde in Odessa gemeinsam mit der Stiftung für interethnische Beziehungen ein Seminar über die Haager und Osloer Empfehlungen abgehalten.

2.12 Andere Minderheiten

Der Hohe Kommissar war gemeinsam mit UNHCR und dem *Open Society Fund* Gastgeber von zwei Tagungen über die meschetischen Türken, die letzte davon im März 1999 in Wien. In einer Erklärung des Vorsitzenden im Anschluss an diese Sitzung wurden die Eckpunkte des Problems der in Frage stehenden Bevölkerungskategorie (Rehabilitation, Repatriierung und Legalisierung ihres Status an ihren Wohnorten) genannt und festgestellt, dass der Schwerpunkt auf die Sondierung konkreter Lösungen verlagert werden müsse, bei denen die menschlichen Aspekte der Probleme im Vordergrund stehen.

1998 hatte der Hohe Kommissar festgestellt, dass die Lage der Roma-Bevölkerung in mehreren Ländern, insbesondere in Mitteleuropa, von der internationalen Gemeinschaft größeres Augenmerk verlange. Diskriminierung, die oft schlechter werdenden Lebensbedingungen, ein unzureichendes Gesundheits- und Bildungswesen sowie eine hohe Arbeitslosenrate rechtfertigten besondere Anstrengungen in dieser komplexen Frage. Dementsprechend wurde im ersten Halbjahr 1999 unter seiner Leitung ein Bericht zur Beurteilung der verschiedenen Aspekte dieses Problems erarbeitet. Darauf folgte eine Reihe von Empfehlungen, die im Herbst 1999 vorgestellt wurden und in denen unterstrichen wird, wie wichtig es ist, die Roma-Bevölkerung einzubeziehen, wenn es um die Feststellung ihrer Bedürfnisse geht, Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung zu treffen und die Roma-Kontaktstelle der OSZE im BDIMR in Warschau zu verstärken.

2.13 Lund-Empfehlungen über die wirksame Beteiligung nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben

Eine wichtige Tätigkeit des Hohen Kommissars im abgelaufenen Jahr ergab sich aus der Konferenz „Staatsführung und Mitsprache: integrierte Vielfalt“ vom 18. bis 20. Oktober 1998 in Locarno (Schweiz). Diese gemeinsam mit dem BDIMR veranstaltete Konferenz

sollte sich auf das Ziel der demokratischen Staatsführung durch wirksame Beteiligung von Minderheiten am öffentlichen Entscheidungsprozess konzentrieren. Als weiterführende Maßnahme wurde eine Expertengruppe ersucht, eine Reihe allgemeiner Empfehlungen über die wirksame Beteiligung nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben auszuarbeiten. Diese Empfehlungen wurden im Mai 1999 auf einer Tagung in Lund (Schweden) vorgelegt und in der Folge im Ständigen Rat in Wien und andernorts verteilt.

Die Lund-Empfehlungen folgen auf die Osloer Empfehlungen über die sprachlichen Rechte nationaler Minderheiten und die Haager-Empfehlungen über die Bildungsrechte nationaler Minderheiten. Der Hohe Kommissar fördert diese Empfehlungen immer wieder in seiner Arbeit, und 1999 fanden mehrere Konferenzen statt, die den allgemeinen Empfehlungen in konkreten Fällen in mehreren OSZE-Ländern Geltung verschaffen sollten.

2.14 Bericht über sprachliche Rechte

Im März 1999 veröffentlichte van der Stoep einen Bericht über die sprachlichen Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten im OSZE-Gebiet. Ausgehend von den Antworten auf einen im Dezember 1996 an die Regierungen aller OSZE-Teilnehmerstaaten ausgeschickten Fragebogen gibt der Bericht einen Überblick über die internationalen Standards betreffend die sprachlichen Rechte und enthält darüber hinaus eine vergleichende Analyse der politischen Konzepte der OSZE-Teilnehmerstaaten in Sachen sprachliche Rechte.

3. Die menschliche Dimension: Bericht des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte

3.1 Einleitung

Höchste Priorität für das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) hatte 1999 die Umsetzung der Ende 1998 mit den Staaten Zentralasiens und des Kaukasus unterzeichneten Memoranda of Understanding.

Die fünf Memoranda of Understanding zwischen dem BDIMR und den Regierungen Armeniens, Aserbaidschans, Georgiens, Kasachstans und Kirgisistans ebneten den Weg für rund 30 neue Projekte in diesen Ländern. Außerdem führte das BDIMR Projekte in Albanien, Belarus, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Estland, Kroatien, Lettland, Polen und der Ukraine durch. Es hat sein Betätigungsfeld ausgeweitet und befasst sich nun zusätzlich mit der Produktion von Fernsehsendungen, verstärkter technischer Wahlhilfe für Staaten, Aktivitäten betreffend die Roma und Sinti und der Veranstaltung von Schulungsworkshops über Frauen in der Politik und über die Verhütung des Menschenhandels. Darüber hinaus überwachte das BDIMR seit Jahresbeginn vier Wahlen.

An zweiter Stelle der Prioritäten stand Ende des Jahres 1999 Montenegro (BRJ). Das BDIMR hat sein Büro in Montenegro wieder eröffnet, um den Behörden bei ihren Bemühungen zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratie zur Seite zu stehen. Wie andere Institutionen der OSZE war auch das BDIMR mit dem Konflikt im Kosovo und der Ausarbeitung des Stabilitätspakts für Südosteuropa befasst. Es unterstützte den Start der Kosovo-Verifizierungsmission der OSZE (KVM) durch Mithilfe bei organisatorischen Fragen, bei der Festlegung des Mandats für Menschenrechte, durch Entwicklung von Schulungskursen für Menschenrechte und durch die Vorausplanung von Wahlen. Seit dem Ende des Konflikts entwickelt das BDIMR Projekte zur Stärkung der Menschenrechte und zum Aufbau

demokratischer Institutionen in der Region und befasst sich unter anderem intensiv mit Fragen der Roma und Sinti.

3.2 Zusammenarbeit

Entsprechend der Überzeugung des BDIMR, dass die internationale Gemeinschaft in Menschenrechtsfragen möglichst mit einer Stimme sprechen sollte, wurde auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen beträchtlich verstärkt. Die Europäische Kommission (EK) und das BDIMR unterzeichneten eine Vereinbarung über ein gemeinsames Programm zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratisierung in Zentralasien, und die EK sagte 380 000 EUR für das Programm zu, das 15 Projekte für technische Hilfe in Kasachstan, Kirgisistan und Turkmenistan umfasst. Das BDIMR und die EK arbeiten außerdem an einer Rahmenvereinbarung über Zusammenarbeit, die einen regelmäßigen Informationsaustausch, gemeinsame Bedarfsermittlungsmissionen vor Ort, Konsultation über Programme und Projekte, die Förderung gemeinsamer Projekte und die gemeinsame Finanzierung von Projekten vorsieht.

Ferner unterzeichnete das BDIMR eine Kooperationsvereinbarung mit dem Menschenrechtskommissär der Russischen Föderation, Oleg Mironow. Vorgesehen sind der Austausch von Informationen, bilaterale Konsultationen sowie gemeinsame Veröffentlichungen und Menschenrechtskonferenzen und -seminare.

UNDP, UNHCR, UNHCHR und der Europarat sind nur einige der wichtigsten Organisationen, mit denen das BDIMR sowohl vor Ort als auch zwischen den Zentralen regelmäßig zusammenarbeitet. Das Büro unterstützt darüber hinaus bestandfähige Vor-Ort-Initiativen an der Basis durch Zusammenarbeit mit NGOs und einheimischen Rechtsanwälten, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten bei Projekten sowie in Wahlzeiten.

Eine weitere Priorität ist die Koordination mit den OSZE-Missionen, die gemeinsam mit ihren Außenstellen eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung von BDIMR-Projekten und bei der Vorbereitung der Wahlbeobachtung in verschiedenen Ländern spielen. Auf einem BDIMR-Seminar zur menschlichen Dimension im April erörterten OSZE-Missionen, -Institutionen und andere Organisationen die Rolle der Feldmissionen für die Menschenrechte.

3.3. Wahlbeobachtung

In der ersten Hälfte des Jahres 1999 fanden in der OSZE-Region mehrere Wahlen statt, bei denen das BDIMR mit technischer Hilfe, Rechtsberatung sowie mit Langzeit- und Kurzzeit-Beobachtungsmissionen zur Stelle war.

Wie im BDIMR-Handbuch über Wahlbeobachtung vorgesehen, von dem im April eine überarbeitete Fassung veröffentlicht wurde, und im Sinne der seit einigen Jahren üblichen Praxis entsendet das BDIMR zu einer Wahl in der Regel sowohl Langzeit- als auch Kurzzeitbeobachter, um sicherzustellen, dass der gesamte Prozess beobachtet wird. Derartige Missionen wurden nach Estland (7. März 1999), in die Slowakische Republik (15. und 29. Mai 1999) und nach Armenien (30. Mai 1999) entsandt. Nach jeder Beobachtungsmission wurde in einem Schlussbericht festgehalten, inwieweit der Wahlprozess im Einklang mit den OSZE-Standards stand; fallweise waren in diesen Berichten auch anhaltende Bedenken sowie Empfehlungen für Verbesserungen bei künftigen Wahlen angeführt.

Das BDIMR entsandte auch eine eingeschränkte Mission zur Beurteilung der kasachischen Präsidentschaftswahlen vom 10. Januar 1999 und stellte einen Experten für die

OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus zur Verfügung, der eine begrenzte politische Beurteilung der Kommunalwahlen vom 4. April vornehmen sollte.

In der zweiten Jahreshälfte 1999 und dem ersten Halbjahr 2000 wird das BDIMR voraussichtlich Wahlen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, in Georgien, Kroatien, der Russischen Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, der Ukraine und Usbekistan sowie in anderen zentralasiatischen Staaten beobachten.

3.4 Technische Hilfe

Nach der Unterzeichnung der Memoranda of Understanding zwischen dem BDIMR und den Regierungen in Zentralasien und im Kaukasus erhöhte das BDIMR die Zahl seiner technischen Hilfsprojekte in der Region.

3.5 Wahlhilfe

Vom 6. bis 19. Mai hielt sich eine gemeinsame Delegation internationaler Organisationen unter Leitung des BDIMR in Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan auf, um sich über den Stand der Demokratisierung und die Bedingungen für die in diesen Ländern bevorstehenden Wahlen zu informieren und sich einen Überblick über die Durchführung der in den Memoranda of Understanding enthaltenen BDIMR-Projekte zu verschaffen.

Im Februar 1999 hielt das BDIMR seine zweite Strategietagung für Wahlhilfe ab, bei der das Büro gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen und Agenturen, Organen der OSZE und NGOs die Wahlhilfestrategie für Zentralasien und den Kaukasus festlegte.

Im März besuchten das BDIMR und *BBC World Service* Kasachstan, um die Produktion von Fernsehsendungen zur Wählererziehung zu erörtern. In Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Turkmenistan und Usbekistan leistet das BDIMR Hilfestellung bei der Überarbeitung der Wahlgesetze in Form ausführlicher Empfehlungen für die Änderung der Gesetze und Vorschriften. Ferner schickte das BDIMR gemeinsam mit den Vereinten Nationen zwei Bedarfserhebungsmissionen nach Tadschikistan, die die Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen beurteilen und unterstützen sollten; gemeinsam organisierten sie außerdem einen Workshop zur Ausarbeitung des Wahlgesetzes. Das BDIMR besuchte auch Kirgisistan, um ein Schulungsprojekt für inländische Wahlbeobachter in die Wege zu leiten, und führte ein ähnliches Projekt in Belarus durch. In Armenien überprüfte das BDIMR die neue Wahlordnung im Hinblick auf die Wahl im Mai und veranstaltete Schulungskurse für Wahlfunktionäre.

Außerdem schloss das BDIMR sein seit längerer Zeit laufendes Projekt zur Bürger-/Wählerregistrierung in Albanien erfolgreich ab; der Schlussbericht enthält die notwendigen Methoden und eine Anleitung für die albanischen Behörden, damit diese im ganzen Land möglichst komplette Datenbanken für die Bürger-/Wählerregistrierung einführen können.

3.6 Hilfe bei der Demokratisierung

In der ersten Jahreshälfte 1999 verstärkte das BDIMR seine Unterstützung für Teilnehmerstaaten - sowohl für Staaten, mit denen Memoranda of Understanding abgeschlossen wurden, als auch für andere - in einigen Teilbereichen der Demokratisierung und der Menschenrechte.

Arbeit im Bereich der Roma und Sinti. Der neue BDIMR-Berater zu Fragen der Roma und Sinti hat seine Arbeit an zahlreichen Projekten aufgenommen, darunter die Erstellung eines Berichts über die Roma und Sinti für die bevorstehende OSZE-Überprüfungskonferenz, die Organisation eines zusätzlichen Treffens zur menschlichen Dimension über Fragen der Roma und Sinti, die Vorbereitung einer Website über Roma und Sinti, Vorkerhungen für ein Schulungsseminar für junge Führungskräfte der Roma und eine Dokumentation über die Lage der Roma- und Sintiflüchtlinge im Kosovo. Er befasst sich außerdem mit dem Ausbau des Netzes von NGOs für Roma und Sinti, an das auch die Kontaktstelle der OSZE für Fragen der Roma und Sinti angeschlossen ist.

Projekte zu Fragen der Chancengleichheit und des Menschenhandels. Es gab eine Reihe von Projekten zur Verbesserung der Mitwirkung der Frauen an demokratischen Prozessen, darunter „Training for Trainers“-Workshops zum Thema Frauen in der Politik in Kasachstan und Kirgisistan. Zur Bekämpfung des Menschenhandels organisierte das BDIMR gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration in der Ukraine einen Nationalen Koordinierungsrat gegen den Menschenhandel und beide finanzierten gemeinsam eine Nationale Konferenz gegen den Menschenhandel in Polen. In Bosnien und Herzegowina nahm das BDIMR ein Projekt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Angriff, das mit einer Informationskampagne dazu begann. In Estland veranstaltete das BDIMR Sprachkurse, um die Integration von Witwen und geschiedenen Ehefrauen ehemaliger sowjetischer Militäroffiziere zu fördern.

Projekte zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Das BDIMR beteiligte sich an den unterschiedlichsten Projekten zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in OSZE-Teilnehmerstaaten. Dazu zählt etwa die Entsendung eines Experten nach Georgien, der die Mitarbeiter des Büros der georgischen Volksanwaltschaft (Ombudsmann) ausbilden soll, die Unterstützung für die Einrichtung eines nationalen Ombudsmanns in Albanien, Kasachstan und der Ukraine und die Unterstützung der kirgisischen Menschenrechtskommission.

Das BDIMR leistete auch Hilfestellung bei Gesetzesreformen in Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan, durch die der nationale Rechtsbestand an internationale Standards herangeführt werden soll.

In Albanien und Kroatien sorgte das BDIMR teils für die Erstellung, teils für die Unterstützung von Ausbildungsprogrammen für Strafvollzugspersonal, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien gab es Ausbildungskurse für Polizeibeamte im Umgang mit Flüchtlingen. Ferner stellte das BDIMR der Rechtsfakultät der Universität Shkodër in Albanien einen Experten zur Verfügung, der einen Menschenrechtslehrgang ausarbeitete, und nahm an einer Beurteilungsmission nach Moldau teil, die sich mit der beabsichtigten Polizeireform befassen sollte.

Entsprechend den Empfehlungen der BDIMR-Expertengruppe zur Verhütung von Folter verfasste das BDIMR ein Handbuch für OSZE-Feldmissionen über die Verhütung von Folter und organisierte eine Aufklärungskampagne über die Verhütung von Folter für den Tag der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Folteropfer am 26. Juni, unter anderem durch die Schaltung von Zeitungsannoncen in einer Reihe von Ländern in Zentralasien und in Mittel- und Südosteuropa.

Projekte für zivile Diplomatie, Hilfe für die Bürgergesellschaft und öffentliche Bewusstseinsbildung. Das BDIMR hat mit der Durchführung von Projekten begonnen, die die Bürgergesellschaft in Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan fördern sollen. Diese

Projekte umfassten eine Reihe von Tagungen, in denen die Regierungen der Länder gemeinsam mit NGOs verschiedene Menschenrechtsfragen erörterten. Im Kaukasus befasst sich das BDIMR mit Aufklärungsprojekten, für die es unter anderem Fernsehsendungen zu Menschenrechten in Armenien produzierte, und mit Projekten ziviler Demokratie, in deren Rahmen Tagungen zu einschlägigen Themen veranstaltet werden und bei denen in Georgien Teilnehmer aller Konfliktparteien zusammenkommen. In Aserbaidschan wurde gemeinsam mit *BBC World Service* ein Workshop zur Schulung örtlicher Journalisten zu Fragen der Verleumdung und in journalistischem Ethos abgehalten.

Projekte über Migration und Freizügigkeit. Das BDIMR hielt in Armenien und Georgien Workshops über die Registrierung von in Georgien ansässigen Personen ab und bereitete Workshops für Kirgisistan vor, um die Lage der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge sowie das Meldesystem in diesen Ländern zu verbessern. Es gab auch BDIMR-Schulungsprogramme für Grenzschutzbeamte aus Usbekistan.

Das BDIMR beschäftigt sich auch mit den Ergebnissen der Regionalkonferenz zu Fragen von Flüchtlingen, Vertriebenen und anderen Formen der Vertreibung in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und den entsprechenden Nachbarstaaten. Die GUS-Migrationskonferenz fand im Mai 1996 in Genf statt.

Praktika. Das BDIMR nahm Praktikanten aus den Ministerien für auswärtige Angelegenheiten Armeniens und Georgiens auf und gab jungen Diplomaten damit die Möglichkeit, anhand der Tätigkeit in einer internationalen Organisation zu den Themen Menschenrechte und Wahlen fundierte Erfahrungen zu sammeln.

3.7 Überwachung der Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension

Wie schon bisher befasste sich das BDIMR mit der Sammlung, Analyse und Verbreitung von Informationen über den Stand der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension im OSZE-Gebiet. Es hat seine Überwachungs- und Frühwarnaktivitäten ausgeweitet, um den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE verstärkt zu unterstützen. Diese Informationen werden teilweise in Form themenbezogener Hintergrundberichte zur Verfügung gestellt, die für OSZE-Überprüfungstreffen veröffentlicht werden.

3.8 Treffen über die Durchführung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension

Vom 27. bis 30. April veranstaltete das BDIMR das Seminar zur menschlichen Dimension 1999 in Warschau. An dem Seminar mit dem Titel „Menschenrechte: die Rolle der Feldmissionen“ nahmen Delegationen aus OSZE-Teilnehmerstaaten, von internationalen Organisationen, Mitglieder der OSZE-Missionen und deren Außenstellen sowie NGOs teil. Die Veranstaltung war ein wichtiger Schritt zur Anerkennung der Bedeutung der Feldmissionen für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte.

Neben seiner Rolle als Gastgeber des Seminars veranstaltete das BDIMR in Wien drei zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension über Religionsfreiheit (22. März 1999), geschlechtsspezifische Fragen (14. Juni 1999) und Fragen der Roma und Sinti (6. September 1999). Diese Treffen gaben Gelegenheit zu einem konzentrierten und konstruktiven Dialog zwischen der OSZE, ihren Institutionen und Außenstellen, internationalen Organisationen und NGOs über konkrete Probleme und Lösungen. Es wurden Empfehlungen abgegeben, wie die OSZE in den erörterten Bereichen tätig werden kann.

Das BDIMR hilft auch bei der Vorbereitung und Registrierung von NGOs für deren Teilnahme an den OSZE-Überprüfungskonferenzen (vom 20. September bis 1. Oktober 1999 in Wien und vom 8. bis 10. November in Istanbul) und am OSZE-Gipfeltreffen (am 18. und 19. November in Istanbul).

3.9 Haushalt

Freiwillige Beiträge der Regierungen Dänemarks, der Niederlande, Norwegens, Schwedens, der Schweiz, der Tschechischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie Mittelzusagen der Europäischen Kommission trugen maßgeblich dazu bei, dass das BDIMR seine Memoranda of Understanding und andere Projekte durchführen konnte. Auch die Dienstzuteilung von Mitarbeitern durch Finnland, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika haben die Möglichkeiten des BDIMR erheblich verbessert, Teilnehmerstaaten zu unterstützen.

3.10 Schlussfolgerungen

1999 hat das BDIMR seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, eine große Bandbreite von Projekten und Programmen zur Unterstützung der Menschenrechte und Demokratie in Teilnehmerstaaten durchzuführen. Es ist nach wie vor ein flexibles, integriertes und uneingeschränkt einsatzfähiges Instrument der OSZE, und seine rasche Reaktionsfähigkeit und Flexibilität ermöglichten es ihm auch in diesem Jahr, Hilfsersuchen aus entstehenden Demokratien im gesamten OSZE-Gebiet nachzukommen. Das BDIMR hofft, mit der anhaltenden Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten und anderer Institutionen seine Erfahrungen und sein Expertenwissen im nächsten Jahrtausend nutzbringend einzusetzen und auch weiterhin zur Konfliktverhütung, Stabilität und Sicherheit im ganzen OSZE-Gebiet beizutragen.

4. Bericht des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit

Im März 1999 präsentierte der Beauftragte für Medienfreiheit sein erstes *Yearbook 1998/1999: Freedom and Responsibility*, das die Aktivitäten des Beauftragten und seines Büros in allen Einzelheiten anführt und auch europäischen, amerikanischen und zentralasiatischen Autoren ein Forum bietet, in dem sie ihre Sichtweise der freien Meinungsäußerung darlegen können.

Zu den größten Sorgen des Beauftragten zählte 1998/1999 die Lage der Medien in Belarus, der Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien, der Ukraine, den zentralasiatischen Republiken und einigen anderen Ländern.

4.1 Länderspezifische Fragen

4.1.1 Aserbaidshon

Auf Einladung der Regierung besuchte der Beauftragte für Medienfreiheit im Februar Aserbaidshon, wo er mit Präsident Alijew zusammentraf. Er appellierte an den Präsidenten, Fuad Qahramanli, den einzigen Journalisten, der in Aserbaidshon in Haft ist, freizulassen. Qahramanli wurde am 10. Juli 1999 vom Präsidenten begnadigt. Schikanen gegenüber Journalisten und die Verweigerung von Lizenzen für unabhängige Fernsehanstalten geben nach wie vor Anlass zur Sorge.

4.1.2 Belarus

Im März 1999 besuchte der Beauftragte für Medienfreiheit Minsk, wo er auf einem von der OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe veranstalteten Seminar über die Informationsgesellschaft ein Referat hielt. Er führte auch Gespräche mit Regierungsvertretern, bei denen er eine Reihe besorgniserregender Probleme zur Sprache brachte, darunter die Verwarnung unabhängiger Tageszeitungen durch das staatliche Pressekomitee. Nach Ansicht des Beauftragten stellt dies eine Form der Zensur dar, die nicht mit den einschlägigen OSZE- und anderen internationalen Standards in Einklang steht.

Der Beauftragte wiederholte seine Aufforderung an die belarussischen Behörden, dafür zu sorgen, dass die unabhängigen Medien das Recht auf eine offene und öffentliche Erörterung von Anliegen der Bürger des Landes erhalten, so strittig diese Fragen auch sein mögen. Er forderte die Regierung auch auf, die staatlich kontrollierten Rundfunk- und Fernsehstationen in öffentliche Anstalten umzuwandeln, zu denen alle politischen Gruppierungen Zugang haben.

4.1.3 Kroatien

Am 9. Februar führte der Beauftragte gemeinsam mit Leitern anderer OSZE-Institutionen in Zagreb Gespräche mit der Kroatischen Regierung unter der Leitung von Premierminister Zlatko Matesa. Obwohl Premierminister Matesa bei diesem Treffen an den Beauftragten appellierte, seinem Land bei der Entwicklung der Medienfreiheit zur Seite zu stehen, und die Bereitschaft seiner Regierung zur Zusammenarbeit mit dem Beauftragten betonte, waren 1999 minimale bis keine Fortschritte zu verzeichnen. Der Beauftragte musste immer wieder für Journalisten intervenieren, die von den kroatischen Behörden willkürlich schikaniert wurden.

4.1.4 Zentralasiatische Staaten

Im April 1999 bereisten der Beauftragte für Medienfreiheit und sein Berater alle fünf zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan). Am 12. Mai 1999 legte der Beauftragte dem Ständigen Rat einen Bericht über diese Staaten vor. Darin heißt es unter anderem:

„Wir haben es zwar mit einer eigenen geographischen Region zu tun, deren fünf Länder viele historische und kulturelle Gemeinsamkeiten aufweisen, doch wäre es falsch, den Stand der Medienfreiheit in diesen Nationen allzu sehr zu verallgemeinern. In Kirgisistan genießen die Medien beträchtliche Freiheit; in Turkmenistan ist Medienfreiheit praktisch inexistent; in Kasachstan gab es bis 1997 ein relativ hohes Maß an Medienfreiheit; Usbekistan hat ganz spezifische Probleme; und dann gibt es den Sonderfall Tadschikistan, das gerade fünf Jahre Bürgerkrieg hinter sich hat. In jedem Land geht oder ging die jeweilige Regierung anders mit der Frage der Medienfreiheit um. Auch die wirtschaftliche Situation ist von Land zu Land sehr verschieden und sollte berücksichtigt werden, da von Regierung und Staat unabhängige Medien nur existieren können, wenn sie wirtschaftlich lebensfähig sind.“

Der Beauftragte schlug vor, einen Medienfonds für Zentralasien einzurichten, der Medien in der Region unterstützen soll, die keine solide wirtschaftliche Basis haben. Er setzte auch eine Initiative zur Gründung von Schülerzeitungen in Kasachstan und Usbekistan.

4.1.5 Moldau

Das Büro des Beauftragten führte im Juni/Juli 1999 einen Beurteilungsbesuch in Moldau durch. Darüber berichtete der Beauftragte wie folgt dem Ständigen Rat:

„Die gegenwärtige Lage der Medien in Moldau unterscheidet sich ganz allgemein nicht wesentlich von der in den anderen Ländern der Region. Auch hier treffen wir auf dieselbe Problematik: Es fehlt an Mitteln und an seriösem unabhängigem Journalismus, die Medien werden weitgehend von politischen Parteien beherrscht. Im Grunde ist der weitaus größte Teil der Medien irgendeiner politischen Richtung zuzurechnen. Da es jedoch eine Vielzahl an politischen Gruppierungen gibt, sind die meisten Meinungen in den Medien vertreten. Es gibt in Moldau eine echte öffentliche Debatte über Fragen, die das Land beschäftigen, etwa die Wiedereingliederung der Region Transnistrien.“

Die Beurteilungsreise führte auch in die Region Transnistrien, wo sich der Beauftragte speziell mit dem Fall der *Nowaja Gaset* befasste, einer regionalen Tageszeitung, die der Willkür der Regionalbehörden ausgesetzt ist. Der Fall *Nowaja Gaset* war Gegenstand eines Berichts des Beauftragten am 22. Juli im Ständigen Rat und wurde im August auch in Schreiben an mehrere Außenminister zur Sprache gebracht.

4.1.6 Türkei

Der Beauftragte äußerte 1999 wiederholt seine Besorgnis über gewisse verfassungsrechtliche Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung. In einer Intervention beim türkischen Außenminister führte der Beauftragte einzelne Fälle an, in denen türkische Gerichte Journalisten, Schriftsteller und Redakteure, zum Beispiel wegen separatistischer Propaganda und Verunglimpfung der Armee, verurteilt hatten. Anfang Juli 1999 ergingen mehrere rechtskräftige Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs in Straßburg, in denen der Gerichtshof feststellte, dass die türkische Justiz in mehreren Fällen gegen Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der die freie Meinungsäußerung betrifft, verstoßen habe, und für die Kläger entschied.

4.1.7 Ukraine

Im Mai 1999 besuchte der Beauftragte die Ukraine. Zuvor waren seine Berater im März 1999 nach Kiew gereist. Der Beauftragte nannte als Hauptproblem, das gelöst werden müsse, die hohen Geldstrafen, die von den Gerichten gegen Journalisten und Publikationen wegen übler Nachrede verhängt werden. Er bereitet derzeit zu dieser Frage ein Treffen am runden Tisch vor, das im Verlauf des Jahres in Kiew stattfinden soll.

Ferner berichtete der Beauftragte über die fortgesetzten Schikanen gegen Medien im Frühjahr und Sommer. Er hatte eine Reihe solcher Fälle gegenüber den Behörden zur Sprache gebracht, und am 14. Juli machte er gemeinsam mit dem Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte den ukrainischen Präsidenten darauf aufmerksam, dass sich die Exekutive in die Arbeit privater Medien im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die bevorstehenden Wahlen einmische, mitunter die Form von Schikanen und Einschüchterung.

4.1.8 Bundesrepublik Jugoslawien

Der Beauftragte für Medienfreiheit verfolgte das ganze Jahr 1999 hindurch mit größter Aufmerksamkeit die Lage in der BRJ. Er wiederholte seine Kritik am serbischen Gesetz über öffentliche Information und verlangte dessen Aufhebung. Am 4. und 5. Dezember 1998 besuchte der Beauftragte Belgrad, wo er mit vielen unabhängigen Journalisten zusammentraf.

In seiner Erklärung vom 25. März im Ständigen Rat der OSZE betonte der Beauftragte, dass die Belgrader Behörden nach wie vor massiv gegen die freie Meinungsäußerung vorgehen und alle Appelle der internationalen Gemeinschaft ignorieren, in denen die Sicherstellung einer freien und offenen Diskussion der Fragen, die den Bürgern Jugoslawiens wichtig sind, auch in Krisenzeiten gefordert wird. Am 25. Juni 1999 richtete der Beauftragte an alle Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten den Appell, ihren Einfluss für die Aufhebung des serbischen Gesetzes über öffentliche Information geltend zu machen.

Während der NATO-Operation *Allied Force* (25. März bis 10. Juni) gab der Beauftragte eine Erklärung ab, in der er seine Besorgnis über den Raketenangriff der NATO auf die staatliche Serbische Rundfunk- und Fernsehanstalt (RTS) in Belgrad am 23. April 1999 äußerte. Er betonte, dass es ein gefährlicher Präzedenzfall sei, Journalisten in militärischen Konfliktgebieten als Konfliktpartei und nicht als Unbeteiligte anzusehen.

Eine weitere Sorge des Beauftragten in Bezug auf die BRJ betraf die Sicherheit von Journalisten. Er intervenierte wiederholt bei den BRJ-Behörden für ausländische Journalisten, denen Einreisevisa für die BRJ verweigert wurden und die oft schikaniert und in manchen Fällen sogar verhaftet wurden. Der Beauftragte forderte die Behörden außerdem eindringlich auf, die Sicherheit aller im Land tätigen Journalisten, von Inländern wie Ausländern, zu gewährleisten. Er brachte diese Frage am 22. April im Ständigen Rat der OSZE zur Sprache, nachdem Slavko Curuvija, ein führender unabhängiger Publizist und Herausgeber, am 11. April in Belgrad ermordet wurde.

Während der ganzen ersten Jahreshälfte 1999 machten der Beauftragte und seine Mitarbeiter in enger Zusammenarbeit mit dem Amtierenden Vorsitzenden und dem OSZE-Sekretariat Vorschläge für eine Strategie für Medienentwicklung im Kosovo.

4.2 Sonderprojekte

4.2.1 Kulturelle Unterstützung für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Im Mai 1999 begab sich der Beauftragte für Medienfreiheit in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Im Anschluss an diese Reise machte der Beauftragte mehrere Vorschläge zur Unterstützung der unabhängigen Medien und der Kultur im Land. Mit Hilfe ausländischer Zuschüsse gab er den Anstoß zur Veröffentlichung von Büchern auf Albanisch für die Kinder des Kosovo. Diese Bücher sollen im Lauf des Jahres 1999 an Kinder in Priština verteilt werden.

Am 9. August 1999 gab das mazedonische Kulturmagazin *Brezi 9* eine Sonderausgabe mit Artikeln heraus, die von Kosovo-Flüchtlings verfasst wurden.

Im August 1999 fanden die jährlichen *Struga*-Dichterlesungen statt, an denen Lyriker aus 40 Ländern teilnahmen. Diese wichtige Kulturveranstaltung wurde auf Veran-

lassung des Beaufragten und mit finanzieller Unterstützung der Regierung Norwegens durch den Amtierenden Vorsitzenden ermöglicht.

4.2.2 Europäische Perspektive - die kulturelle Dimension des Stabilitätspakts

Im Juni 1999 machten der Beauftragte für Medienfreiheit und der damalige Sondergesandte der Europäischen Union, Wolfgang Petritsch, den Vorschlag, sich verstärkt auf die zivile und die kulturelle Dimension des Stabilitätspakts für Südosteuropa zu konzentrieren. Der Stabilitätspakt müsse Ausgangspunkt für zukünftige friedliche Beziehungen zwischen Nachbarn und für die laufende Weiterentwicklung ziviler Strukturen in ganz Südosteuropa werden. Die europäische Perspektive habe ihre kulturelle und ihre zivile Dimension und beide sollten bei der Umsetzung des Paktes von Beginn an entwickelt werden.

Deshalb regten der Beauftragte und der Sondergesandte der Europäischen Union an, im Stabilitätspakt von Anfang an personelle und finanzielle Ressourcen für die kulturelle Dimension bereit zu stellen. Die kulturelle Dimension könnte dazu beitragen, dass die Bürger und Politiker ihren Blick auf die Zukunft richten, und gleichzeitig den Anstoß zu Initiativen geben.

4.2.3 Schutz von Journalisten in Konfliktgebieten

Im Juni 1999 schlug der Beauftragte für Medienfreiheit in einer Erklärung die Einführung eines Kennzeichens zum Schutz von Journalisten vor. Diese Erklärung erfolgte nach dem tragischen Tod der beiden Journalisten Gabriel Grüner und Volker Krämer im Kosovo. 1998 kamen weltweit 50 Journalisten ums Leben. Neun von ihnen lebten in Ländern, die OSZE-Mitglied sind, einer lebte und arbeitete in der BRJ, deren Mitgliedschaft in der OSZE ausgesetzt ist. Der Beauftragte hält es für abdingbar, dass die internationale Gemeinschaft alles Menschenmögliche unternimmt, um die Sicherheit von Journalisten in Konfliktgebieten zu gewährleisten. Der Beauftragte ersuchte die OSZE-Teilnehmerstaaten, gemeinsam mit nationalen und internationalen Journalistenverbänden ein Abzeichen zu entwerfen, das in allen Ländern in gutem Glauben als Kennzeichen zum Schutz aller Journalisten akzeptiert werden sollte. Am 22. September 1999 veranstaltete der Beauftragte in London zu dieser Frage ein Gespräch am runden Tisch.

5. Sicherheitskooperation

5.1 Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung

Das neunte Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (JTBD 99) des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) fand vom 1. bis 3. März 1999 in Wien statt. Wie wichtig dieses Treffen für die Beurteilung der Durchführung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) ist, bezeugte einmal mehr die Teilnahme von Experten aus den Hauptstädten. Wie in den vergangenen Jahren konzentrierte sich das Treffen hauptsächlich auf Beiträge zur aktuellen Überarbeitung des bestehenden Wiener Dokuments 1994.

5.2 Wiener Dokument 1994

Die am 4. Februar 1998 ins Leben gerufene Ad-hoc-Arbeitsgruppe setzte ihre Verhandlungen das ganze Jahr über fort und legt derzeit letzte Hand an ein überarbeitetes Wiener Dokument, das bis zum Gipfeltreffen von Istanbul zur Verabschiedung bereit sein soll.

5.3 Verhaltenskodex

Der Informationsaustausch über die Umsetzung des Verhaltenskodex (FSC.DEC/4/98) fand am 15. April 1999 statt und bildete die Grundlage für die zweite Folgekonferenz über den Verhaltenskodex am 29. und 30. Juni 1999 in Wien unter Beteiligung von Experten aus den Hauptstädten. Alle auf der Konferenz eingebrachten Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Durchführung des Verhaltenskodex werden im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) sowohl im Plenum als auch in der Arbeitsgruppe A erörtert.

5.4 Weltweiter Austausch militärischer Information

Vor dem weltweiten Austausch militärischer Information, der am 30. April 1999 erfolgreich durchgeführt wurde, fand in Wien ein dreitägiger Workshop für Datenexperten über automatisierten Datenaustausch statt.

5.5 Sonstiges

Das FSK setzte 1999 seine Erörterung der regionalen Dimension der Sicherheit mit dem erklärten Ziel fort, regionale Maßnahmen in das überarbeitete Wiener Dokument einzubringen.

Im Juni 1999 brachten mehrere Teilnehmerstaaten einen konkreten Vorschlag über mögliche Maßnahmen des FSK in Bezug auf Kleinwaffen und leichte Waffen ein, der zur Verabschiedung eines Beschlusses zu diesem Thema auf dem Gipfeltreffen von Istanbul führen sollte.

Gemäß FSC.DEC/5/98 wurde das zwischen den Hauptstädten bestehende OSZE-Kommunikationsnetz im Juli 1999 aufgerüstet, um es für das Jahr 2000 tauglich zu machen.

Am 6. Oktober 1999 verabschiedete das FSK seinen Beschluss Nr. 5 über ein umfassendes Dokument über das OSZE-Kommunikationsnetz, in dem alle Aspekte des Netzwerkmanagements und -betriebs geregelt sind.

1999 führten die Teilnehmerstaaten folgende vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen durch: 4 Besuche auf Militärflugplätzen, 60 Überprüfungsbesuche, 50 Inspektionen, 5 Vorführungen neuer Typen von Hauptwaffensystemen und Großgerät und 10 Besuche bei militärischen Einrichtungen und militärischen Verbänden sowie Beobachtungen bestimmter militärischer Aktivitäten.

6. Ökonomische und ökologische Aktivitäten

Seinem Mandat entsprechend setzte das Büro des Koordinators seine Kontakte mit den internationalen Wirtschaftsorganisationen und Finanzinstitutionen sowie mit grenzüberschreitend tätigen Institutionen und regionalen Abmachungen verstärkt fort. Es kam zu Konsultationen unter anderem mit der Europäischen Kommission, dem Energiecharta-Sekretariat, *Global Legislators for a Balanced Environment* (GLOBE), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), der NATO, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE) und anderen UN-Organisationen wie dem UNDP, dem Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen (UNDCP) und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), sowie mit dem Europäischen Unternehmerkongress und anderen NGOs.

Das Büro baute seine Verbindung zu den OSZE-Missionen und -Feldoperationen weiter aus, wobei der Koordinator die Missionen in Estland, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan besuchte. Er traf auch mit den im Juni in Wien und im Februar in Oslo versammelten Missionsleitern zusammen und führte mit einigen von ihnen bei ihren Besuchen in Wien Einzelgespräche. Im August begab sich der Koordinator mit dem Leiter der Sektion für die Verbindung zu Missionen (KVZ) nach Taschkent und Almaty zu Treffen mit verschiedenen NGOs, Regierungsvertretern und wichtigen Partnerorganisationen sowie zu einem eintägigen Treffen mit den Leitern aller OSZE-Büros in der Region und ihren Wirtschafts- und Umweltspezialisten. Auf dem Treffen mit den Leitern wurde neben vielen anderen wertvollen Anregungen auch die nachdrückliche Forderung nach besserer Ausbildung erhoben, an der das Büro zurzeit gemeinsam mit dem KVZ arbeitet.

Das Büro führte auch sein Seminarprogramm weiter. In Vorbereitung des Siebenten Wirtschaftsforums vom 25. bis 28. Mai 1999 in Prag zum Thema „Sicherheitsaspekte im Umweltbereich“ organisierte es vier subregionale Seminare, die alle unter dem Generalthema „Regionale Umweltprobleme und kooperative Ansätze zu ihrer Lösung“ standen, sich jedoch jeweils auf eine andere Subregion bezogen: Zentralasien (Taschkent, September), Schwarzes Meer (Istanbul, November), Mittelmeerraum (Malta, Februar) und Ostsee (Warnemünde, April). Bei diesen Seminaren wurden die wichtigsten Unterthemen für das eigentliche Wirtschaftsforum besprochen. Im April nahm das Büro außerdem an einem gemeinsamen Seminar der OSZE und der Europäischen Kommission über Energiefragen als Folgeveranstaltung des Sechsten Wirtschaftsforums teil.

Im Februar nahm der Koordinator, mit dem norwegischen Staatssekretär Leif Meivik als Delegationsleiter, am globalen Forum des US-Vizepräsidenten Gore über Korruptionsbekämpfung teil. Unter den Treffen, an denen das Büro teilnahm, waren ein vom *Helsinki España Network* und dem spanischen Umweltministerium organisiertes Seminar in Malaga, ein Treffen einer Gruppe von Experten internationaler Organisationen im April in Rom, das sich mit Umweltfragen im Mittelmeerraum beschäftigte, und das OSZE-Seminar über die Zusammenarbeit internationaler Organisationen und Institutionen im Mai in Sofia, das sich auf die Erfahrungen und Zukunftsaussichten in Südosteuropa konzentrierte. Im Juli war das Büro auch an der jährlich stattfindenden OSZE-Sommerakademie in Stadtschlaining vertreten.

Kurz nach dem Forum begannen die Konsultationen mit dem Koordinator über das Achte Wirtschaftsforum; dank dieser Konsultationen konnte der Ständige Rat frühzeitig den Termin und die Themen für das nächste Forum beschließen, wodurch die Vorbereitungsarbeiten schon vor der Sommerpause in Angriff genommen werden konnten. Das Büro nahm auch an einem vom norwegischen Vorsitz und dem OSZE-Zentrum in Almaty organisierten Folgeseminar zum Siebenten Forum teil.

Am 19. und 20. Oktober 1999 hielt das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE das erste subregionale Seminar in Taschkent (Usbekistan) ab. Das Seminar mit dem Titel „Wirtschaftlicher Wiederaufbau und die nächsten Schritte im Übergang: Institutionsaufbau, Rechtsstaatlichkeit und die Rolle der Bürgergesellschaft“ war das erste in einer Reihe von drei Seminaren, durch die die Teilnehmerstaaten auf das Achte Wirtschaftsforum vorbereitet werden sollen. Das Seminar wurde mit Unterstützung der Regierung Usbekistans organisiert.

Im Sinne seines Auftrags, sich verstärkt mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE kurzzuschließen, wohnte der Koordinator gemeinsam mit dem Generalsekretär und anderen hochrangigen Beamten der Jahrestagung der Versammlung in St. Petersburg bei. Er arbeitete auch eng mit dem Zweiten Ausschuss der Versammlung an dessen Tätigkeitsprogramm zusammen, unter anderem bei der Konferenz von Nantes vom 13. bis 15. Oktober in Frankreich.

Mit Hilfe eines Praktikanten, der auch bei der Katalogisierung der zahlreichen Empfehlungen mithalf, die in den abgelaufenen zwölf Monaten im Zuge verschiedener Aktivitäten zur wirtschaftlichen Dimension gemacht wurden, verfasste das Büro mehrere Artikel, die außerhalb der OSZE veröffentlicht wurden.

Schließlich verteilte der Generalsekretär im Juli entsprechend dem Mandat des Koordinators einen ersten Entwurf für ein Arbeitsprogramm und einen Zeitplan für Veranstaltungen in der wirtschaftlichen Dimension. Ab diesem Zeitpunkt nahm der designierte Vorsitz umfangreiche Konsultationen im Hinblick auf die Ausarbeitung eines endgültigen Entwurfs bis November auf.

7. Beziehungen zu internationalen Organisationen und Institutionen

Gemäß den Beschlüssen der Ministerratstreffen 1997 in Kopenhagen und 1998 in Oslo verstärkt die OSZE ihre Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen mit Schwerpunkt auf einem koordinierten Vorgehen in all ihren Tätigkeitsbereichen.

Der wichtigste Testfall in Europa, in dem die internationale Gemeinschaft ihre Fähigkeit unter Beweis stellen muss, die Aktivitäten der verschiedensten internationalen Organisationen im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate zu koordinieren, ist nach wie vor Südosteuropa, insbesondere das Kosovo.

Im Anschluss an die Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 1. Juli 1999 wurde beschlossen, eine OSZE-Mission im Kosovo (OSZE-MIK) als eigene Komponente im Rahmen der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) einzurichten. Innerhalb dieses Gesamtrahmens hat die OSZE die Federführung in Fragen des Institutionsaufbaus, der Demokratie und der Menschenrechte übernommen. Die Mission arbeitet bei der Planung und Durchführung ihrer Aufgaben eng mit einschlägigen - sowohl zwischenstaatlichen als auch gegebenenfalls nichtstaatlichen - Organisationen zusammen. Der Umfang und die Schwierigkeit der Aufgaben im Kosovo machen eine enge Koordination und Kooperation aller Akteure im Kosovo erforderlich.

Wichtig ist vor allem, dass die OSZE nun eine innovative und enge Beziehung zu den Vereinten Nationen entwickelt, da die OSZE-MIK im Rahmen der Vereinten Nationen agiert. Die Mission steht in enger Verbindung mit der Kosovo-Friedenstruppe (KFOR), die für die OSZE-Aktivitäten im Kosovo ein sicheres Umfeld gewährleistet. Auch die Zusammenarbeit mit dem Europarat hat im Kosovo eine neue Dimension angenommen, und auch die Beziehungen zwischen der OSZE und UNHCR sind nach der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding 1998 im Gefolge der Flüchtlingskrise in der Region erheblich intensiver geworden.

1999 bediente sich die OSZE im Zusammenhang mit der Kosovokrise bei der Zusammenarbeit mit ihren wichtigsten Partnern zur Koordinierung der Reaktionen verschiedener regelmäßiger Konsultationsmechanismen, die in der Vergangenheit ausgearbeitet

worden waren. Das trilaterale Treffen (OSZE, Europarat, Büro der Vereinten Nationen) am 12. Februar in Genf, hochrangige „2+2-Treffen“ mit dem Europarat am 26. Januar und 20. Oktober und auf Arbeitsebene am 28. Juni, eine Fachtagung zur Justizreform am 8. Februar und ein Treffen der OSZE-Missionsleiter mit internationalen Organisationen am 16. Juni trugen alle zu einer koordinierteren Planung und Reaktion auf konkrete Situationen und zur Vermeidung von Doppelgleisigkeit bei. Gemeinsame Aktionen in Südosteuropa wurden außerdem von hochrangigen Vertretern anderer internationaler Organisationen im Ständigen Rat der OSZE erörtert. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, stattete der OSZE am 20. Juli 1999 einen ersten Besuch ab, gefolgt von der Stellvertretenden Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Louise Frechette, am 7. Oktober, die ebenfalls die aktuelle Zusammenarbeit im Kosovo erörtern wollte.

Auf der Rednerliste des Ständigen Rates der OSZE standen unter anderem auch der Generalsekretär des Europarats, Daniel Tarschys, der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Cornelio Sommaruga, der Stellvertretende Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge, Soeren Jensen-Petersen, und der Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Bodo Hombach. Der Generalsekretär der OSZE sprach seinerseits im Dezember 1998 auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen, im April 1999 vor dem Komitee der Stellvertretenden Minister des Europarats und im November 1998 auf der Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung.

Die OSZE und ihre Partnerorganisationen hatten bei einer Reihe anderer Treffen wie der Überprüfungskonferenz im September 1999 Gelegenheit, die Koordination ihrer Bemühungen zu erörtern.

Einen neuen Rahmen für eine engere Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen bietet der Stabilitätspakt für Südosteuropa. Nach einem Beschluss der Europäischen Union vom Juli 1999 beschloss der Ständige Rat der OSZE, den Stabilitätspakt für Südosteuropa unter die Schirmherrschaft der OSZE zu stellen. Außerdem beschlossen die Teilnehmerstaaten, mit internationalen Organisationen, Institutionen und anderen Gremien (EU, Europarat, Vereinte Nationen, NATO, OECD, WEU, internationale Finanzinstitutionen) eng zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus erklärte die OSZE ihre Bereitschaft, für Sitzungen der Arbeitstische ihre Räumlichkeiten in Wien zur Verfügung zu stellen.

Im Berichtszeitraum wurden wichtige, neuartige Lösungsansätze für die Koordination und Kooperation mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen entwickelt. Erstmals wurden auch andere internationale Organisationen in die Planung und in die Konsultationen vor der Entsendung von OSZE-Missionen eingebunden. So wurden etwa vor der Entsendung der OSZE-Mission im Kosovo der Europarat, UNHCR und UNHCHR zu Konsultationen in das OSZE-Sekretariat eingeladen.

Der Europarat bot an, OSZE-Missionen dienstzugehörige Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen. Er stellte Mitarbeiter zur Kosovo-Verifizierungsmission ab und entsandte Experten für Medienfragen, polizeiliche Ausbildung, Demokratisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in die OSZE-Mission in Kosovo, sowohl für Kurz- als auch Langzeiteinsätze. Der auf Anregung der OSZE zustande gekommene Beschluss, das Personal des Europarats im OSZE-Büro in Priština unterzubringen, verstärkte deutlich die Interaktion und Koordination der Aktivitäten im Kosovo.

Die Zusammenarbeit zwischen OSZE und Europarat war auch Gegenstand einer Tagung über „Verfahren zur Überwachung der Verpflichtungen und die heutige und künftige

Zusammenarbeit“ am 4. Oktober in Wien. Dabei kamen die Delegationen zu beiden Organisationen zusammen, um den gegenwärtigen Stand der Zusammenarbeit zu evaluieren und Vorschläge für die Weiterentwicklung pragmatischer, ergebnisorientierter Lösungsansätze für Probleme auszuarbeiten, mit denen beide Organisationen konfrontiert sind. Vorgeschlagen wurde unter anderem die Möglichkeit, Verbindungspersonen namhaft zu machen, die für die Zusammenarbeit zwischen OSZE und Europarat in bestimmten geographischen Regionen verantwortlich sind, sowie gemeinsame Planungs- und/oder Überprüfungsmissionen.

In Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen, insbesondere mit dem Europarat, aber auch mit UNHCR, UNHCHR und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) wurden Mitglieder der Kosovo-Verifizierungsmission und später Experten der OSZE-Mission im Kosovo eingeschult. Es wurde ein gemeinsames Pilotprojekt mehrerer Organisationen und Gremien (UNHCHR, Europarat, Europäische Kommission und OSZE) entwickelt, um ein kohärentes und hochqualitatives Ausbildungsprogramm für die Überwachung der Menschenrechte zu schaffen.

Die in Frage kommenden OSZE-Missionen in Südosteuropa kooperieren mit dem internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, vor allem bei der Überwachung der Verpflichtungen der Gastländer gegenüber dem Gerichtshof.

Als Beispiel einer erfolgreichen Koordination politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen zur Konfliktnachsorge bemühte sich die OSZE-Mission in Moldau in Verbindung mit dem TACIS-Programm der Europäischen Union um die Zustimmung beider Konfliktseiten, der Regierung Moldaus und der transnistrischen Behörden zu einem gemeinschaftlichen Wiederaufbauprojekt zur Beseitigung der Kriegsschäden und zur Wiedereröffnung einer Brücke, die Teil einer wichtigen Verbindungsstraße zwischen Chişinău und Odessa ist. Die Aussicht, dass dieses Projekt beiden Seiten wirtschaftliche Vorteile bringt, war ein Argument, das beide Seiten zu diesem Schritt bewog, durch den die Kontakte und der Dialog zwischen dem rechten und dem linken Dnjestr-Ufer wieder hergestellt wurden.

Im Dezember 1998 schloss das BDIMR einen ähnlichen Pakt mit der Europäischen Kommission über die Einrichtung und Finanzierung des gemeinsamen Programms zur Förderung der Menschenrechte und Demokratisierung in Zentralasien, durch den ein Teil der Finanzierung für 15 BDIMR-Projekte in dieser Region sichergestellt wurde.

Dank dieser neuen Methoden der Zusammenarbeit konnte die OSZE eine Reihe komplexer Situationen erfolgreich lösen, in denen eine institutionenübergreifende, variantenreiche Reaktion notwendig war.

8. Beziehungen zu den Kooperationspartnern

Die OSZE setzte ihre Zusammenarbeit mit ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum (Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien) und mit ihren Kooperationspartnern (Japan und die Republik Korea) fort.

Der Dialog mit den Mittelmeerpartnern fand hauptsächlich in Form von Treffen der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum statt, bei denen der OSZE-Generalsekretär, der Leiter der Mission in Bosnien und Herzegowina sowie der Vorsitzende des für die Europäische Sicherheitscharta zuständigen Sicherheitsmodellausschusses informierten. In einer informellen Sitzung unterrichtete der Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit des OSZE-Sekretariats die Kooperationspartner im Mittelmeerraum und die Kooperationspartner ganz allgemein über die OSZE.

Nach der Verabschiedung eines Beschlusses im vergangenen Jahr, in dem die Vertreter der Mittelmeerpartner eingeladen wurden, den OSZE-Missionen Kurzbesuche abzustatten, nahmen fast alle von ihnen im Mai 1999 an einem von der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina veranstalteten Workshop in Sarajewo teil. In dem Beschluss war auch vorgesehen, dass die Partner Beobachter in die Wahlbeobachtungs- oder Wahlüberwachungsteams des BDIMR entsenden, wovon einige Mittelmeerpartner auch Gebrauch machten.

Sowohl die Kooperationspartner im Mittelmeerraum als auch die Kooperationspartner wurden zur Folgekonferenz über den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit im Juni 1999 eingeladen, ebenso wie zur Eröffnung und Schluss-sitzung des Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung, auf dem die Umsetzung des Wiener Dokuments 1994 beurteilt wird. Alle Partner sind auch zur Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie zu einigen Sonderkonferenzen eingeladen.

Erstmals erging an alle Partner die Einladung, in einer Sitzung der entsprechenden Arbeitsgruppe des Sicherheitsmodellausschusses an der Erörterung über Sicherheit und Zusammenarbeit in benachbarten Gebieten teilzunehmen - Kooperation mit Kooperationspartnern. Einige Partner legten ihre Beiträge schriftlich vor, andere gaben mündliche Stellungnahmen ab, damit auch ihre Standpunkte in den entsprechenden Teilen der Europäischen Sicherheitscharta Berücksichtigung finden.

Das Haschemitische Königreich Jordanien tritt gemeinsam mit dem OSZE-Sekretariat als Veranstalter des nächsten OSZE-Mittelmeerseminars auf. Das Seminar mit dem Titel „Die Durchführung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension“ am 6. und 7. Dezember 1999 in Amman wird die Arbeit des letzten Seminars in Malta über die „Menschliche Dimension der Sicherheit, Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ fortführen. Es werden Risiken und Herausforderungen in der menschlichen Dimension besprochen, einschließlich der kulturellen Dimension der Sicherheit, die Rolle der Bürgergesellschaft und die Zukunft des Mittelmeerdialogs der OSZE.

Japan nahm wie bisher an den Plenarsitzungen des Ständigen Rates, des Forums für Sicherheitskooperation und des Sicherheitsmodellausschusses teil. Japan leistete auch bedeutende Beiträge zu Unternehmungen der OSZE in Südosteuropa.

Auch die Republik Korea arbeitete wie bisher mit der OSZE zusammen und nahm an einer Reihe von OSZE-Treffen teil. Sie beteiligte sich auch aktiv am Mittelmeerseminar letztes Jahr in Malta. Das Land hat Zugang zur offiziellen OSZE-Dokumentation und kann zu OSZE-Treffen über Themen, für die besonderes Interesse besteht, eingeladen werden, was von Fall zu Fall entschieden wird.

9. Kontakte mit nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)

Die Kontakte der OSZE mit nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) laufen unverändert über das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, und zwar vor allem über die NGO-Abteilung.

1999 beschäftigte sich die Abteilung in Zusammenarbeit mit NGOs unter anderem mit der Ausarbeitung einer Wahlhilfestrategie für Zentralasien und den Kaukasus und mit dem Ausbau des Netzes von Roma- und Sinti-NGOs, an das die Kontaktstelle der OSZE für Fragen der Roma und Sinti angeschlossen ist.

Beim fünfzehnten Seminar zur menschlichen Dimension unter dem Titel „Menschenrechte“ im April in Warschau konnten NGOs sowohl an den Plenarsitzungen als auch an den Arbeitsgruppen teilnehmen. Außerdem veranstaltete das BDIMR 1999 drei neue informelle Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension: über Religionsfreiheit, geschlechtsspezifische Fragen und Fragen der Roma und Sinti, die alle in Wien stattfanden. NGOs, deren Betätigungsfeld einen direkten Bezug zum jeweiligen Thema dieser Treffen hat, wurde eine Teilnahme nahe gelegt. Sie konnten gleichberechtigt mit den Teilnehmerstaaten und internationalen Organisationen in den Sitzungen das Wort ergreifen. Die große Zahl von 30 bis 55 NGOs, die an jedem der Treffen teilnahmen, ist ein deutliches Indiz für den verstärkten Austausch zwischen der NGO-Gemeinde und der OSZE, der für alle Beteiligten nützlich ist.

NGOs wurden auch zur Überprüfungs-konferenz vom 20. September bis 1. Oktober 1999 in Wien eingeladen. Dabei konnten sie schriftliche Beiträge vorlegen und sich mündlich zu konkreten Fragen äußern. Sie wurden auch zur Teilnahme an den Arbeits-sitzungen zur menschlichen und wirtschaftlichen Dimension und über OSZE-Aktivitäten, -Institutionen, -Strukturen und -Instrumenten ermutigt, die sich unter anderem mit Lehren aus den Feldaktivitäten beschäftigten.

Eine zusätzliche Ermutigung für die Teilnahme von NGOs an mehreren OSZE-Seminaren und -Konferenzen bestand in der Bereitstellung von freiwilligen Beiträgen. NGOs aus den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten konnten dank der Zuschüsse aus dem Fonds für kürzlich aufgenommene Teilnehmerstaaten am Seminar zur menschlichen Dimension „Menschenrechte“ und am Wirtschaftsforum teilnehmen.

Auch andere OSZE-Institutionen unterhalten enge Beziehungen zur NGO-Gemeinde. Der Beauftragte für Medienfreiheit, der die NGOs letztes Jahr als „eines seiner vier tragenden Elemente“ bezeichnet hatte, nimmt regelmäßig Kontakt mit NGOs auf, wenn sein Büro Besuche in OSZE-Ländern absolviert, bei denen die Haltung der Regierung gegenüber der Medienfreiheit beurteilt werden soll. Bei dieser Arbeit werden stets die Informationen örtlicher NGOs berücksichtigt. Für Informationen über die Entwicklungen im Medienbereich im ganzen OSZE-Gebiet ist der Beauftragte auf örtliche und internationale NGOs angewiesen, und sein Büro koordiniert seine Aktivitäten mit den NGOs, wann immer dies angezeigt erscheint.

Die NGOs fungieren auch weiterhin als wichtige Informationsquelle für den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten. Kontakte mit ihnen stehen daher regelmäßig auf der Tagesordnung seiner Besuche in OSZE-Teilnehmerstaaten.

Auch das Mandat des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE sieht Kontakte mit NGOs und dem privaten Sektor vor. Durch seine Beziehungen zu NGOs im Wirtschafts- und Umweltbereich hat der Koordinator dafür gesorgt, dass nun bedeutend mehr NGOs als früher aktive Kontakte mit der OSZE pflegen. Besonders intensiv ist die Zusammenarbeit in Umweltbelangen, was sich auch daran ablesen lässt, dass viele NGOs am diesjährigen Wirtschaftsforum zu einem Umweltthema sowie an den subregionalen Vorbereitungsseminaren teilnahmen.

Geschlechtsspezifische Fragen sind und bleiben ein wichtiger Bereich der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und NGOs. Die Beraterin für Fragen der Gleichberechtigung im Sekretariat hat die von der Anlaufstelle für Fragen der Gleichberechtigung begonnene Arbeit der Kontaktaufnahme mit NGOs fortgesetzt. Im Mai nahm sie an einer Tagung der

Wiener NGO „Komitee für die Rechtsstellung der Frau“ teil; es ist dies das Forum aller beim Büro der Vereinten Nationen in Wien akkreditierten NGOs, die sich mit geschlechtsspezifischen Fragen befassen. Sie wohnte auch mehreren Gleichbehandlungskonferenzen bei, an denen viele NGOs vertreten waren, zu denen sie Kontakte knüpfte, um sich deren Erfahrungen zunutze zu machen. Die Beraterin für die Gleichstellung der Geschlechter und die Menschenrechte der Frauen im BDIMR hält ihrem Mandat entsprechend sowohl im Zusammenhang mit Projekten als auch bei Seminaren Verbindung mit NGOs.

Das Konfliktverhütungszentrum hat ebenfalls seine Kontakte mit im Bereich der Forschung in Sicherheitsfragen tätigen NGOs intensiviert. Es informierte sie über die OSZE-Aktivitäten, beteiligte sich an ihren Seminaren und Konferenzen, leistete Beiträge dazu und lud seinerseits diese NGOs zu OSZE-Seminaren ein.

Die OSZE-Missionen unterhalten enge Kontakte mit NGOs, die in ihrem jeweiligen Einsatzbereich aktiv sind, und arbeiten mit ihnen zusammen. Menschenrechts- und Minderheitenfragen, die Stärkung der Bürgergesellschaft, Gleichbehandlungsfragen, Wahlbeobachtung und Hilfe im humanitären Bereich sind Betätigungsfelder, in denen sich diese Zusammenarbeit positiv auswirkte.

Schließlich arbeitet auch das Gastforscherprogramm wie bisher mit wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen. Seine Aufgabe ist es, Forschern, die sich mit OSZE- oder OSZE-verbundenen Themen beschäftigen, die Möglichkeit zu geben, im OSZE-Archiv in Prag Nachforschungen zu betreiben und damit das Wissen über die Organisation zu verbreitern.

10. Sonstige Aktivitäten

10.1 Verwaltung des Fonds für kürzlich aufgenommene Teilnehmerstaaten

Der Fonds für kürzlich aufgenommene Teilnehmerstaaten, der von der Sektion des Konfliktverhütungszentrums für externe Zusammenarbeit verwaltet wird, finanzierte die Teilnahme von Delegierten - sowohl Regierungs- als auch NGO-Vertretern - aus kürzlich aufgenommenen Teilnehmerstaaten an OSZE-Aktivitäten, insbesondere an von der OSZE veranstalteten Seminaren und Treffen, darunter vor allem das Treffen zur menschlichen Dimension, und am Wirtschaftsforum sowie an Regionalseminaren zur wirtschaftlichen Dimension.

Wie schon in der Vergangenheit wurden aus diesem Fonds von Fall zu Fall junge Wissenschaftler aus den kürzlich aufgenommenen Teilnehmerstaaten unterstützt, die sich in ihrer Arbeit mit der Organisation beschäftigen, sowie ein Praktikantenprogramm im OSZE-Sekretariat für Vertreter der zentralasiatischen Teilnehmerstaaten. 1999 nahmen am Praktikantenprogramm Vertreter aller fünf zentralasiatischen Staaten für jeweils zwei Monate teil. Ihre Reisespesen wurden aus dem Fonds bestritten, andere Kosten übernahm das Konfliktverhütungszentrum. Aus dem Fonds wurde ferner ein Projekt finanziert, mit dessen Hilfe in Abchasien (Georgien) eine Frauenzeitung herausgegeben werden soll.

Das Guthaben des Fonds betrug am 10. Oktober 100 000 EUR.

10.2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

10.2.1 Medien

1999 stand die OSZE ständig im Brennpunkt eines regen und mitunter heftigen Interesses seitens der Medien. Das OSZE-Engagement im Kosovo machte Schlagzeilen und wurde von allen wichtigen Nachrichtenmedien kommentiert. Auch an anderen OSZE-Aktivitäten bestand großes Interesse, weshalb insgesamt von einem Jahr gesprochen werden kann, in dem die Medien ein deutliches und positives Profil der OSZE zeichneten. Unrealistische Erwartungen aufgrund von Uninformiertheit wichen einem besseren Verständnis der Medien für die Rolle und Aufgaben der OSZE. Eine kritische Berichterstattung über die Leistungen der OSZE berücksichtigte auch die Umstände, die außerhalb ihres Einflussbereichs lagen.

Die OSZE-Sprecherin und der Pressereferent arbeiteten eng mit dem norwegischen Vorsitz zusammen, um Medien und Öffentlichkeit über die Ziele und Aktivitäten der Organisation auf dem Laufenden zu halten. Dazu gehörten regelmäßige Presseaussendungen, häufige Pressebriefings und Pressekonferenzen, Hintergrundinformationen für ausgewählte Journalisten und organisierte Reisen für Medienvertreter, die den Amtierenden Vorsitzenden und andere hochrangige OSZE-Beamte (etwa auf den Balkan und nach Zentralasien) begleiten wollten. Im Anschluss an die Kosovokrise wurde die Sektion Presse- und Öffentlichkeitsarbeit derart intensiv in Anspruch genommen, dass sie durch einen dienstzugeteilten, speziell für das Kosovo verantwortlichen Verbindungsmann für Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden musste.

Die Pressearbeit wurde besser mit den Feldaktivitäten und Institutionen der OSZE koordiniert. Es wurden regelmäßige Treffen der Pressereferenten und Referenten für Öffentlichkeitsarbeit aus dem Sekretariat, den Feldaktivitäten und Institutionen abgehalten, die auch in Zukunft routinemäßig stattfinden werden (runde Tische zur Öffentlichkeitsarbeit). Das erste derartige Treffen fand im März in Wien, das zweite im September in Sarajewo statt.

10.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Neben ihrer üblichen Tätigkeit - der Produktion des monatlichen *OSZE-Newsletter*, der Beantwortung von Anfragen und der Erstellung von Programmen für Schüler- und Studentengruppen - befasste sich die Sektion für Presse und Öffentlichkeitsarbeit (PPIS) 1999 unter anderem mit den in der Folge beschriebenen Projekten.

Anfang 1999 gab die PPIS die dritte Auflage des OSZE-Handbuchs heraus. Diese völlig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe beschreibt Zweck und Funktionsweise der Organisation einschließlich ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Strukturen, Institutionen und Feldaktivitäten und gibt einen Überblick über die verschiedenen Dimensionen der Sicherheit und Zusammenarbeit. Es wurden rund 10 000 Exemplare der englischen Fassung an Öffentlichkeit, Delegationen, Medien und Forscher verteilt. Ende 1999 wird das neue Handbuch in allen sechs offiziellen OSZE-Sprachen vorliegen.

Mit Hilfe eines neu eingestellten Online-Managers arbeitet die Sektion mit Hochdruck an der Verbesserung der OSZE-Website. Das neue, grafisch ansprechendere Design soll leicht zugängliche Informationen auf aktuellstem Stand liefern.

Angesichts der großen Nachfrage nach Informationen über die OSZE-Aktivitäten im Kosovo entwickelte die PPIS eine eigene Website für die OSZE-Mission im Kosovo

(www.osce.org/kosovo) mit neuesten Nachrichten aus der Mission, regelmäßigen Aktualisierungen über ihre Arbeit und allgemeinen Informationen über die Mission.

Die PR-Dokumentation über die OSZE wurde durch neue Informationsblätter - über den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, die OSZE-Mission im Kosovo und die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina - ergänzt. Es ist geplant, für alle OSZE-Institutionen und -Mission derartige Informationsblätter herauszugeben.

Die PPIS hat ferner ein PR-Projekt begonnen, das konkrete Zielgruppen der Öffentlichkeit informieren und ihren Wissensstand über die geschichtliche Entwicklung, das Mandat und die Arbeitsweise der Organisationen verbessern soll. Als erste Zielgruppe sind Hochschulprofessoren in den OSZE-Teilnehmerstaaten vorgesehen, die internationale Beziehungen, internationales öffentliches Recht, Politikwissenschaft und internationale Geschichte lehren.

Das seit 1998 laufende Gastforscherprogramm erfreut sich regen Zuspruchs. Es gibt Forschern, die sich mit OSZE- oder OSZE-verbundenen Themen beschäftigen, die Möglichkeit, im OSZE-Archiv in Prag Nachforschungen zu betreiben. Derzeit gibt es eine Warteliste, da in den verfügbaren Räumlichkeiten nur zwei Interessenten pro Monat untergebracht werden können.

1999 begann die PPIS auch mit den Vorbereitungen für die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Das Jubiläumsjahr wird auf dem Gipfeltreffen von Istanbul offiziell eröffnet und etwa zum Datum der Unterzeichnung im Laufe des Sommers 2000 mit einer öffentlichen Veranstaltung in Wien seinen Höhepunkt finden. Die Sektion hat auch mit der Planung einiger Publikationen und eines Videos, einer neuen CD-ROM und eines eigenen dem Jubiläum gewidmeten Abschnitts auf der Website begonnen.

10.3 Geschlechtsspezifische Fragen

Auch 1999 befasste sich die OSZE mit Fragen der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, die in steigendem Maße in den verschiedenen Aktivitäten Berücksichtigung finden. Die Anlaufstelle für Fragen der Gleichberechtigung im OSZE-Sekretariat hielt am 16. Dezember 1998 die erste informelle Informationssitzung über *gender mainstreaming* ab, auf der die Delegationen der Teilnehmerstaaten über die laufenden Arbeiten in Sachen *gender mainstreaming* in der OSZE informiert und Pläne für die Zukunft diskutiert wurden. Auf einer zweiten Sitzung zu diesem Thema am 13. April 2000 wurde über die jüngsten Maßnahmen berichtet.

Im Dezember 1998 war *gender mainstreaming* erstmals auch Teil des alle zwei Wochen abgehaltenen Einführungskurses für neue Missionsmitglieder. Nach einer allgemeinen Darstellung des Themas wurden Theorie und Praxis des *gender Mainstreaming* in der Arbeit vor Ort besprochen. Die neuen Missionsmitarbeiter werden dabei auf Fragen der Geschlechterproblematik aufmerksam gemacht, die die Organisation selbst betreffen, etwa dass Frauen die gleichen Chancen erhalten müssen, und die Förderung einer Arbeitssituation, in der alle Mitarbeiter unabhängig vom Geschlecht und anderen persönlichen Aspekten gleich behandelt werden. Der zweite Teil des Einführungskurses behandelt die Menschenrechte von Frauen und die OSZE-Bestimmungen über die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Missionsmitglieder werden dabei über die Methoden informiert, mit denen sie diese Verpflichtungen in ihrer Arbeit vor Ort umsetzen können. Dieser Baustein des Einführungskurses wird ständig angepasst, um den Problemen, die sich vor Ort ergeben, Rechnung zu

tragen. Die Trainingsbausteine werden in enger Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat und dem BDIMR-Berater für Fragen der Gleichberechtigung ausgearbeitet.

Im April 1999 entsandte die Schweiz für die Dauer von acht Monaten eine Beraterin für Fragen der Gleichberechtigung in das Sekretariat, wo sie die Arbeit der Anlaufstelle für Fragen der Gleichberechtigung fortsetzen soll. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Bewusstseinsbildung für geschlechtsspezifische Fragen im Sekretariat und in den Außenstellen und in der Überwachung, wieweit Frauen in der OSZE tatsächlich vertreten sind und dieselben Chancen erhalten. Sie befasst sich auch mit der Ausarbeitung von Material für die Ausbildung von Missionsmitgliedern, um ihnen geschlechtsspezifische Aspekte bewusst zu machen; außerdem hält sie Verbindung mit anderen internationalen Organisationen und NGOs in Gleichbehandlungsfragen und erstellt Berichte und andere Unterlagen über geschlechtsspezifische Fragen in der OSZE.

Am 9. Juni gab der Generalsekretär die Dienstanweisung Nr. 11 über das Arbeitsumfeld in der OSZE heraus, die das Sekretariat im Einvernehmen mit den OSZE-Institutionen und -Feldaktivitäten erarbeitet hat. Zweck dieser Dienstanweisung, die für alle OSZE-Institutionen und -Feldaktivitäten - sowohl vor Ort eingestelltes Personal als auch internationale Mitarbeiter - gilt, ist es, Belästigungen einschließlich sexueller Belästigung sowie Diskriminierung zu verhindern. Ergänzt wird sie durch eine politische Aufklärungskampagne in den Außenstellen und Institutionen in Form eines Informationsblattes, das die Dienstanweisung erläutert. Die Institutionen und Feldmission wurden inzwischen aufgefordert, einen Verantwortlichen zu bestimmen, der sich mit allfälligen Beschwerden wegen Belästigung oder Diskriminierung befasst. Der betreffende Mitarbeiter erhält eine Einschulung, damit er Arbeitskollegen gegebenenfalls schon frühzeitig beraten kann, ehe es zu einem Konflikt kommt. Die Beraterin für Gleichberechtigungsfragen hat bereits Verbindung zu den in Frage kommenden Mitarbeitern der Feldmissionen aufgenommen und unterstützt sie bei der Umsetzung der Dienstanweisung.

Darüber hinaus wurden die Kontakte zu Mitarbeitern der Feldmissionen verstärkt, um ihre Anliegen in geschlechtsspezifischen Fragen zu prüfen, sowohl in Bezug auf die Mitarbeiter selbst als auch auf ihre Arbeit vor Ort. Mit Hilfe eines freiwilligen Beitrags der *Canadian International Development Agency* wird in mehreren Feldmissionen erhoben, wie weit die Mitarbeiter über geschlechtsspezifische Fragen informiert sind. Anhand der Ergebnisse werden dann konkrete Richtlinien für Gleichbehandlungsfragen für die vor Ort tätigen Mitarbeiter in Situationen nach einem Konflikt ausgearbeitet. Diese Richtlinien werden in der Folge der Zielgruppe auf Schulungsseminaren vorgestellt, die speziell auf die bewusstseinsbildende Vermittlung geschlechtsspezifischer Fragen und die Vorbereitung der Mitarbeiter auf die Befassung mit derartigen Themen als Teil der Menschenrechte abzielen.

Nachdem die OSZE die Gleichbehandlung zur Querschnittsaufgabe gemacht hatte, die alle ihre Aktivitäten erfasst, arbeitete das Sekretariat in Absprache mit allen OSZE-Institutionen auf Ersuchen des Amtierenden Vorsitzenden einen Aktionsplan für Fragen der Gleichberechtigung aus. Dieser beschreibt die Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen und enthält ein Zeitplan für die Verwirklichung der Ziele. Er weist den verschiedenen Akteuren der OSZE Verantwortungsbereiche zu und legt die Ressourcen fest, die zur Durchführung der Arbeit notwendig sind. Grundlage des Plans sind die Empfehlungen des zusätzlichen OSZE-Treffens zur menschlichen Dimension über Fragen der Gleichberechtigung, das am 14. und 15. Juni in Wien stattfand. Auf diesem Treffen versammelten sich zahlreiche internationale Organisationen und NGOs, die Wesentliches zur Formulierung der Empfehlungen einbrachten, wie die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten bei

ihren politischen Konzepten und Projekten besser auf geschlechtsspezifische Fragen eingehen können. Auf dem Treffen wurden auch Kontakte geknüpft, die eine Zusammenarbeit in geschlechtsspezifischen Fragen erleichtern.

Das BDIMR entwickelte weitere Projekte zum Thema *gender mainstreaming* und ergänzte andere Projekte durch diesen Aspekt. Zu den Projekten mit Gleichstellungsbezug, die 1998/1999 verwirklicht wurden, gehörten Initiativen zur Förderung der Mitsprache der Frauen in der Politik und Bewusstseinsbildung betreffend internationale Standards für die Menschenrechte der Frauen. In Zentralasien nahmen Frauen aus NGOs und Regierungen an Trainingworkshops teil, um ihre politischen und Entscheidungsfindungstechniken sowie die Kenntnis internationaler Verpflichtungen zum Thema Gleichberechtigung und Menschenrechte der Frau zu verbessern. Die Teilnehmerinnen hielten nach diesen Kursen selbst Workshops ab. Das BDIMR unterstützte ferner NGO-Projekte zur Bekämpfung des Frauenhandels und der Gewalt gegen Frauen und realisierte in Estland ein Projekt zur Integration russischer Frauen durch Sprachunterricht. Im Sinne des *gender mainstreaming* achtet das BDIMR bei seinen anderen Projekten darauf, dass die Auswirkungen auf die Frauen berücksichtigt werden und es zu keiner Ungleichbehandlung zwischen Frauen und Männern kommt.

Abgesehen von den Vor-Ort-Projekten des BDIMR, bei denen die Geschlechterproblematik berücksichtigt wird, befassten sich auch einige Außenstellen in Form kleiner Programme mit dieser Frage und mit der Förderung der Rechtsstellung der Frauen. So haben etwa die OSZE-Außenstellen in Tadschikistan mehrere Frauengruppen gegründet, die regelmäßig zusammenkommen und bei denen den Teilnehmerinnen ihre diesbezüglichen Probleme bewusst gemacht und Strategien zu ihrer Lösung ausgearbeitet werden. Die OSZE-Präsenz in Albanien organisierte eine Konferenz über die Rechtsstellung der Frauen im ländlichen Bereich, die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina arbeitet im Hinblick auf *gender mainstreaming* in ihrem Arbeitsbereich eng mit anderen internationalen Organisationen und NGOs zusammen. Die Mission veranstaltete außerdem in Zusammenarbeit mit UNHCHR eine Konferenz, auf der internationale Organisationen und NGOs sowie die OSZE-Mission im Kosovo über ihre Erfahrungen bezüglich der Einbeziehung des geschlechtsspezifischen Aspekts in die Arbeit vor Ort informierten.

10.4 Schulung und Kompetenzerwerb

Als Reaktion auf die von Teilnehmerstaaten geäußerten Ansichten gab der Generalsekretär 1998 den Anstoß für die Erstellung einer Ausbildungsstrategie in der OSZE. Dabei wurden Beiträge der Teilnehmerstaaten, der Feldmissionen und der Institutionen sowie der Belegschaft des Sekretariats berücksichtigt. Das Strategiedokument entstand in enger Absprache mit den besonders interessierten Teilnehmerstaaten. Am 18. März 1999 genehmigte der Ständige Rat die OSZE-Strategie für Kompetenzerwerb durch Schulung (SEC.GAL/25/99/Rev.1).

Die Strategie geht von einem dezentralisierten, kontrollierten Ansatz aus. Dazu wurde ein Netz von Ausbildungszentren in den Feldmissionen und den Institutionen sowie im Sekretariat eingerichtet. Sie alle sollen sicherstellen, dass die Ausbildung den Aufgaben der Missionen usw. entspricht. Für die Koordination der Schulungsaktivitäten sorgt ein Koordinator für Kompetenzerwerb und Schulung.

1998 richtete die Sektion Missionsunterstützung einen Einführungskurs für neue Missionsmitglieder und neue Mitarbeiter des Sekretariats ein. Der erste vorläufige Lehrplan des Kurses wurde inzwischen den Bedürfnissen der Teilnehmer entsprechend modifiziert;

unter anderem kamen neue Themen wie Menschenrechts- und Gleichbehandlungsfragen hinzu. Dieser Einführungskurs findet alle zwei Wochen im Wiener Kongresszentrum Hofburg statt. Zwischen 18. August 1998 und 14. September 1999 wurden 26 Kurse mit insgesamt 324 Teilnehmern abgehalten.

Zur Straffung dieses Einführungskurses wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat und den Missionen in Kroatien und Bosnien und Herzegowina ein einheitlicher Überblicksmodul erarbeitet. Er besteht aus einer genormten PowerPoint-Präsentation mit einem Handbuch für den Kursleiter und verschiedenen schriftlichen Unterlagen. Mit diesem Modul soll der Unterricht vereinheitlicht und eine bessere Kostenwirksamkeit erreicht werden. Er kann problemlos an neue Gegebenheiten angepasst werden. Der Modul wird auch insofern größere Flexibilität ermöglichen, als dadurch die Abhängigkeit von der Person des Kursleiters verringert wird. Einige Teile des Moduls können auch für PR-Zwecke verwendet werden.

Als Nächstes ist eine für den Selbstunterricht geeignete Fassung des Moduls geplant, etwa für örtliches Personal der Feldmissionen, sowie eine weitere Version, die von den Teilnehmerstaaten in ihren eigenen Schulungskursen verwendet werden kann. Derartige einzelstaatliche Schulungsmaßnahmen werden eine wichtige Ergänzung zur Einführung neuer Missionsmitglieder sein. Wichtig ist allerdings, dass diese Kurse in Inhalt und Qualität nicht voneinander abweichen.

Im Sinne einer Initiative der Hochkommissarin der Vereinten Nationen für die Menschenrechte, Mary Robinson, im Juni 1998 im Ständigen Rat beteiligte sich die OSZE an der Entwicklung eines gemeinsamen Ansatzes für die Menschenrechtsausbildung in den Feldmissionen. Neben dem OSZE-Sekretariat und dem BDIMR wirkten dabei auch der Europarat, die Europäische Kommission und das Büro des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für die Menschenrechte mit. Das erste Ergebnis dieser Kooperation war der gemeinsame Pilotworkshop „Menschenrechtsausbildung für Feldmission“ vom 11. bis 16. Juli 1999 in Venedig. Von den 25 Teilnehmern kamen 18 aus OSZE-Feldmissionen (internationale und örtliche Mitarbeiter), einer vom Sekretariat und einer vom BDIMR. Die Moderatoren wurden von den teilnehmenden Organisationen ausgewählt. Diesem ersten Projekt werden weitere folgen.

In Zusammenarbeit zwischen dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (UNITAR) und der OSZE fand am 6. und 7. Oktober 1999 in Wien ein Workshop über Mediationstechniken statt. 10 der 25 Teilnehmer kamen von der OSZE.

Vom 7. bis 11. Juni 1999 fand in Wien ein Workshop über Verwaltung und Finanzen für Feldmissionen statt. Es war die zweite derartige Veranstaltung zur Ausbildung in Verwaltungs- und Finanzfragen vor allem für örtliches Personal. Im Anschluss daran wird ein Handbuch/Lehrbuch ausgearbeitet, das nicht nur als Ausbildungsunterlage, sondern auch als Nachschlagewerk in der täglichen Arbeit herangezogen werden kann.

In Wien fand im Juni das Seminar für IT-Mitarbeiter der Missionen und Institutionen statt. Alle großen Missionen und Institutionen nahmen an dieser Veranstaltung teil, die der Verbesserung der Zusammenarbeit und der Wissensvermittlung diente. Auch die Benutzer der Oracle-Software für das Finanzverwaltungs- und Materialverwaltungssystem erhalten ab nun eine ausführliche Schulung.

Abgesehen von den oben erwähnten Lehr- und Lernmitteln werden für jeden Schulungskurs Ausbildungsunterlagen erstellt. Dieses Material wird zentral in der Gruppe für

Koordination und Schulung im Sekretariat erarbeitet und für alle weiteren Ausbildungsaktivitäten zur Verfügung gestellt. Die Gruppe beschafft sich auch Ausbildungsunterlagen von anderen internationalen Organisationen und NGOs, sofern solche verfügbar sind. Sie stellt außerdem eine Liste von verfügbaren Experten für verschiedene Sachgebiete von außerhalb der Organisation und von bestehenden Kursen zusammen, die für die OSZE von Interesse sein könnten. Diese Aktivitäten sind Vorarbeiten im Hinblick auf die Einrichtung eines Zentrums für Ausbildungs-Know-how, das die Schulungsaktivitäten in verschiedenen Teilen der Organisation unterstützen kann.

Ein allgemeines Handbuch für Missionen wäre sehr wichtig, damit für Kontinuität gesorgt ist und das Rad nicht jedes Mal neu erfunden werden muss. Dieses Projekt wird derzeit diskutiert. Ein solches Handbuch und eine Sammlung von Regeln und Vorschriften sind insofern von Bedeutung, als sie eine einheitliche Vorgehensweise gewährleisten und einen Katalog der bestmöglichen Praktiken für die gesamte Organisation darstellen würden.

10.4.1 Ausbildung in den Missionen

Die 1999 freigegebenen Ausbildungsmittel sind hauptsächlich für die Feldmissionen bestimmt, was dem in der Strategie niedergelegten Prinzip entspricht, dass sich die Ausbildung im Sinne möglichst großer Praxisnähe so weit wie möglich an den tatsächlichen Aktivitäten orientieren sollte. Die zentralen Ausbildungsmittel beschränken sich auf Aktivitäten, die im Interesse der Kostenwirksamkeit und Konsistenz zentral durchgeführt werden sollten. Im Dezember 1998 beschloss der Ständige Rat, bis zum Vorliegen der Strategie eine vorläufige Ausgabeermächtigung für Ausbildungszwecke in den Missionen zu erteilen. Der Ständige Rat beschloss außerdem, dass diese Gelder vom informellen Finanzausschuss anhand der Strategie überprüft werden sollten, sobald diese genehmigt ist. Um Grundlagen für diese Überprüfung zu schaffen, ersuchte das Sekretariat die Missionen um Informationen darüber, wofür diese Mittel eingesetzt werden sollen. Die Pläne der Missionen wurden in einem Bericht des Sekretariats zusammengefasst, und auf der Grundlage dieses Berichts beschlossen der Informelle Finanzausschuss und in der Folge der PC, diese Pläne zu bewilligen (PC-Beschluss Nr. 304 vom 24. Juni 1999). Aus den Informationen ist ersichtlich, dass die Feldmissionen bereits mit der Durchführung der Schulung gemäß den Richtlinien der Strategie begonnen haben.

Da in der OSZE ein Großteil der Mittel für die Ausbildung in große Missionen fließt, sollten wir diese näher betrachten.

1999 begann die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina mit der Umsetzung einer umfassenden Ausbildungsstrategie. Die verschiedenen Aktivitäten im Rahmen der durch die OSZE-Strategie für Kapazitätserwerb durch Schulung festgelegten Zielbereiche sind auf die speziellen Bedürfnisse der Mission zugeschnitten und dienen in erster Linie der Verbesserung der Fähigkeiten der Mitarbeiter der Mission und ihrer Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Aufgaben. Regelmäßige Einführungskurse helfen den neuen Mitarbeitern beim Einstieg in ihre Arbeit. Die Mission bietet auch verschiedene Programme zur Verbesserung von Fachkenntnissen an, etwa IT-Kurse sowie Kurse über Berichterstattungs- und Managementtechniken. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Organisationen am Einsatzort. Daraus entstanden interessante Jointventures, etwa ein Programm für Risikoverhütung und Erste Hilfe, das gemeinsam mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz entwickelt wurde, und die Entwicklung und Durchführung eines nachhaltigen Ausbildungsprogramms zur Verbesserung der Verhand-

lungs- und Meinungsbildungstechniken von Mitarbeitern vor Ort gemeinsam mit dem *United States Institute for Peace* (USIP).

Die Mission in Kroatien verfügt über ein gut entwickeltes Ausbildungsprogramm, das Einführungskurse und eine spezielle Einführung für Polizeiüberwacher umfasst. Die Schulung für die Regionalzentren wird ebenso wie die Ausbildung in Verwaltungsfragen in regelmäßigen Abständen durchgeführt. Den Bedürfnissen der Mission entsprechend wurde ein Workshop zur Verbesserung des Personalmanagements abgehalten, an dem leitende Mitarbeiter aus allen Missionsbereichen teilnahmen und das eine Reihe von Veränderungen zur Verbesserung der Arbeit der Missionen nach sich zog.

Seit dem Sommer 1999 führt die für die Einstellung von Missionspersonal zuständige Sektion im Anschluss an die Einrichtung der OSZE-Mission im Kosovo, einem Teil der UN-Mission im Kosovo, im World Trade Centre am Flughafen Wien ein eigenes Einführungsprogramm durch, um die kurzfristigen Erfordernisse beim Aufbau der OSZE-Mission im Kosovo abzudecken. Bei diesem Programm werden neue Missionsmitglieder zwei Tage lang mit der OSZE vertraut gemacht, daran anschließend folg nach ihrer Ankunft im Kosovo eine dreitägige praktische Einführung in Einzelheiten der Mission. Bis 11. Oktober fanden elf Einführungskurse mit 264 Teilnehmern statt.

10.5 Konfliktverhütungszentrum: Aktivitäten bezüglich der Einstellung von Missionspersonal

Neben ihrer normalen Arbeit, der Rekrutierung und Entsendung von Personal für die Missionen, hatte die Sektion Einstellung von Missionspersonal im Sommer und Herbst 1999 innerhalb kürzester Zeit Hunderte Mitarbeiter verschiedenster Fachrichtungen für die neue Mission in Kosovo zu rekrutieren, auszuwählen, zu schulen und zu entsenden. Gemeinsam mit der für die Verbindung zu den Missionen zuständigen Sektion entwickelte sie ein neues Verfahren für die Einstellung von Missionspersonal, das bei der Zusammenstellung der Mission im Kosovo erfolgreich erprobt wurde. Das neue Verfahren umfasst die Erstellung eines Postenplans auf Grundlage einer eingehenden Analyse der Aufgaben und des Mandats der Mission, die Aussendung von Postenbeschreibungen an die OSZE-Delegationen der Teilnehmerstaaten, die gemäß Postenplan erstellt wurden, sowie die Einrichtung mehrerer Auswahlgremien bestehend aus Mitgliedern der Sektion und Experten für die anstehenden Aufgaben (Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung, Medien und Polizeiausbildung), die die entsprechenden Mitarbeiter auswählen. Die Liste der im Zuge dieses Prozesses ausgewählten Kandidaten wird dann von der Missionsleitung geprüft und genehmigt. Für jedes Missionsmitglied wird zweimal jährlich eine Leistungsbeurteilung erstellt und nach Wien gesandt.

III. Bericht der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Die Parlamentarische Versammlung (PV) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die auf dem Pariser Gipfeltreffen 1990 als Teil der Institutionalisierung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ins Leben gerufen wurde, nimmt im OSZE-Gefüge einen ganz besonderen Platz ein. Die wichtigste Aufgabe der Versammlung ist es, sich für die Stärkung und Festigung demokratischer Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten einzusetzen, Mechanismen zur Verhütung und Lösung von Konflikten zu entwickeln und zu fördern und zur Entwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE und der Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den bestehenden OSZE-Institutionen beizutragen. Der Dialog zur weiteren Verstärkung der Beziehungen und der

Zusammenarbeit zwischen der Regierungsseite und der parlamentarischen Seite der OSZE gestaltet sich sehr positiv und produktiv. Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Helle Degn, nahm regelmäßig an den Treffen der Troika teil und ergriff auf allen Gipfeltreffen und Ministerrattreffen der OSZE das Wort. Das Internationale Sekretariat der PV mit Sitz in Kopenhagen arbeitet eng mit dem OSZE-Sekretariat und anderen OSZE-Institutionen zusammen.

1. Jahrestagung

Auf ihrer Achten Jahrestagung im Juli in St. Petersburg befasste sich die Versammlung mit der gemeinsamen Sicherheit und Demokratie im einundzwanzigsten Jahrhundert. Nahezu dreihundert Parlamentarier aus zweiundfünfzig OSZE-Teilnehmerstaaten beteiligten sich an den Erörterungen und verabschiedeten die Erklärung von St. Petersburg mit Empfehlungen zu einem breiten Spektrum politischer, wirtschaftlicher und Menschenrechtsfragen. Die Schlusserklärung enthielt Entschlüsse zu konkreten Themen wie etwa die Entschliebung zum Kosovo, in der es hieß, dass parlamentarische Demokratieteams in das Kosovo entsandt werden sollten, um zur Wiederherstellung der Bürgergesellschaft, zum Schutz der Menschenrechte und zur Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beizutragen. In einer Entschliebung über die Beseitigung des Demokratiedefizits in der OSZE wurde empfohlen, dass der Ministerrat der OSZE vor wichtigen Beschlüssen verpflichtend die Meinung der Parlamentarischen Versammlung einholen sollte. Ferner schlug die Versammlung erneut vor, im Beschlussfassungsprozess der OSZE den „annähernden Konsens“ vorzusehen, demzufolge für die Annahme eines Beschlusses 90 Prozent der Teilnehmerstaaten, bezogen sowohl auf die Mitgliederzahl als auch die finanziellen Beiträge, erforderlich sind, für den die PV seit der Wiener Jahrestagung 1994 eintritt. Einer bewährten Tradition folgend sprachen der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der Generalsekretär der OSZE und die Leiter der verschiedenen OSZE-Institutionen auf der Jahrestagung in St. Petersburg und beantworteten Fragen der Teilnehmer. Die Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen der NATO, des Europarats, des Nordischen Rats und der Westeuropäischen Union hielten Ansprachen in den Plenarsitzungen. Helle Degn aus Dänemark wurde erneut einstimmig für eine weitere Amtszeit von einem Jahr zur Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gewählt. Der Generalsekretär der Versammlung, R. Spencer Oliver aus den Vereinigten Staaten von Amerika, wurde vom Ständigen Ausschuss per acclamationem für weitere fünf Jahre beginnend mit nächstem Jahr in seinem Amt bestätigt.

2. Jährliche Informationssitzung in Wien

Zu Beginn jedes Jahres tritt der Ständige Ausschuss, dem die Leiter der in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vertretenen Delegationen angehören, am Sitz der OSZE im Wiener Kongresszentrum Hofburg zusammen. Der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der Generalsekretär der OSZE und die Leiter anderer OSZE-Institutionen trafen im vergangenen Januar anlässlich des Ausschusstreffens in Wien mit Mitgliedern des Ständigen Ausschusses der PV zusammen und unterrichteten sie über die jüngsten Entwicklungen in der Arbeit der Organisation. In dieser Informationssitzung werden die Parlamentarier über den aktuellen Stand der OSZE-Aktivitäten unterrichtet, und die Beantwortung von Fragen aus dem Saal stellt eine wichtige direkte Verbindung zwischen den Abgeordneten und der OSZE-Führung her. Dieser Dialog erfreut sich bei der Führung der Parlamentarischen Versammlung wachsender Beliebtheit. Auf ihrer Sitzung 1999 in Wien verabschiedeten die Mitglieder des Ständigen Ausschusses eine Entschliebung zum Kosovo, in der die Parlamentarische Versammlung erneut ihre Bereitschaft erklärte, die OSZE bei ihrer Arbeit im Kosovo durch die Entsendung von Parlamentarierteams vor Ort zu unterstützen. Eine weitere Entschliebung des

Ständigen Ausschusses bezog sich auf die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie der internationalen Gemeinschaft für Wahlüberwachung, vor allem was die Nachbearbeitung der Empfehlungen von Wahlbeobachtungsmissionen anbelangt.

3. Wahlbeobachtung

Wie schon in der Vergangenheit leistete die Parlamentarische Versammlung einen wichtigen Beitrag zur OSZE-Wahlbeobachtung. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Versammlung und dem BDIMR, die im September 1997 vom Amtierenden Vorsitzenden und von der Präsidentin der Versammlung in Kopenhagen unterzeichnet wurde, verstärkte und intensivierte die Arbeitsbeziehungen zwischen diesen beiden wichtigen OSZE-Institutionen. Im Sinne dieser Vereinbarung ernannte der Amtierende Vorsitzende von der Präsidentin der PV namhaft gemachte hochrangige Abgeordnete zu seinen Sonderbeauftragten, die als Einsatzleiter für Wahlbeobachtungen fungierten und die Schlussfolgerungen der Beobachter-teams präsentierten. Seit September 1998 führte die PV Wahlbeobachtungsmissionen in Bosnien und Herzegowina, der Slowakischen Republik, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Albanien, Armenien, Kasachstan und Georgien durch. Im April 1999 setzte die PV einen Ad-hoc-Ausschuss für Wahlüberwachung mit dem Auftrag ein, einen wirksamen Mechanismus zur Nachbearbeitung von Empfehlungen auszuarbeiten, die von Wahlüberwachungsmissionen abgegeben werden, und eine gemeinsame Wahlbeobachtungsstrategie für die internationale Gemeinschaft zu entwickeln.

4. Besuche und Missionen der Präsidentin

Die Präsidentin und andere hochrangige Vertreter der Versammlung absolvierten im abgelaufenen Jahr mehrere offizielle Besuche und Missionen, um sich für die OSZE-Prinzipien einzusetzen, die Verbindung zu den Mitgliedern der Versammlung enger zu gestalten und zur Entwicklung demokratischer Institutionen im OSZE-Gebiet beizutragen. Mit ihren Besuchen bei allen OSZE-Institutionen und 12 OSZE-Feldmissionen - Georgien, Kroatien, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Turkmenistan, Ukraine, Moldau, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Albanien, Estland und Lettland - konnte die auf der Achten Jahrestagung für ein weiteres Jahr wieder gewählte Präsidentin der PV den Bekanntheitsgrad der Parlamentarischen Versammlung der OSZE steigern. Sie stattete auch den Vereinigten Staaten, Schweden, Frankreich und Finnland einen bilateralen Besuch auf hoher Ebene ab. Helle Degn nahm an vier Treffen der OSZE-Troika teil, hielt zweimal ein Ansprache im Ständigen Rat und sprach auch auf dem OSZE-Ministerratstreffen letztes Jahr in Oslo. Im September hielt sie auch auf der OSZE-Überprüfungskonferenz in Wien eine Rede. Sie stärkte die Beziehungen der PV zum Europarat mit einem Besuch im Januar in Straßburg, durch ihre Teilnahme an einem Treffen der PV mit dem Präsidium des Europarats im März in Paris und mit einer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Juni.

5. Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Belarus

Die von der Parlamentarischen Versammlung im Juli 1998 zur Unterstützung der Beratungs- und Unterstützungsgruppe der OSZE in Belarus geschaffene Ad-hoc-Arbeitsgruppe der PV zu Belarus war seit Beginn des Jahres viermal in Minsk.

Im September 1999 hielt sie mit Vertretern internationaler Organisationen und Regierungsvertretern in Kopenhagen eine Sitzung zu den jüngsten politischen Entwicklungen in Belarus und zur Arbeit der gemeinsamen Initiativen der Parlamentarier- und der Regierungsseite der OSZE ab.

6. Die Konferenz von Nantes

Im Oktober 1999 fand in Nantes die zweite Parlamentarische Konferenz über „Die subregionale wirtschaftliche Zusammenarbeit angesichts neuer Herausforderungen“ statt. Es handelte sich dabei um eine gemeinsame Veranstaltung der PV und der französischen Nationalversammlung in Partnerschaft mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa.

7. Sonstige Aktivitäten

Seit 1. Dezember 1998 fanden regelmäßige Sitzungen der PV-Führung in Oslo (Präsidium), Wien (Ständiger Ausschuss), Kopenhagen (Erweitertes Präsidium) und St. Petersburg (Präsidium, Ständiger Ausschuss, Jahrestagung) statt.

Am 16. September 1999 berichtete der Generalsekretär der Versammlung, R. Spencer Oliver, im Ständigen Rat über die Ergebnisse der Achten Jahrestagung in St. Petersburg.

Zum vierten Mal verlieh die Parlamentarische Versammlung der OSZE ihren alljährlichen OSZE-Preis für Journalismus und Demokratie, diesmal an die international tätige Reporterin Christiane Amanpour, deren Berichterstattung ein Musterbeispiel für freien und unabhängigen Journalismus im OSZE-Gebiet ist. Frau Amanpour ersuchte, den mit dem Preis verbundenen Geldbetrag für Projekte zur Förderung freier, professioneller Medien im Kosovo zu verwenden.

Die Versammlung baute außerdem ihr internationales Praktikantenprogramm im Internationalen Sekretariat in Kopenhagen weiter aus, das nun schon seit über vier Jahren läuft. Ein Praktikum dauert sechs Monate und kann bis zu einem Jahr verlängert werden. In den fünf Jahren seines Bestehens machten über 60 Praktikanten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Das Internationale Sekretariat verstärkte im abgelaufenen Jahr seine Bemühungen, die Versammlung und ihre Arbeit in der Öffentlichkeit deutlicher zu präsentieren, und bereitete neues Informationsmaterial vor. Es gibt nun Broschüren zur Geschichte und über die wichtigsten Ziele der Versammlung, über die Jahrestagungen, die Tätigkeit der Präsidenten, Wahlüberwachungsprojekte, Seminare und Konferenzen der Versammlung und über das internationale Praktikantenprogramm. Außerdem wurde eine neue PV-Website entwickelt, die nun regelmäßig aktualisiert wird.

IV. Ressourcenmanagement

Im November 1998 wurde das Sekretariat neu organisiert und besteht seither aus zwei Hauptabteilungen, dem Konfliktverhütungszentrum (KVZ) und der Abteilung für Verwaltung und Einsätze (DAO). Das Ressourcenmanagement hat folgende Aufgaben:

- (a) Unterstützung der politischen Gremien (Betreuung der Treffen und Konferenzen einschließlich der Unterstützung des Vorsitzes und Hilfe bei der Umsetzung von Beschlüssen);
- (b) Unterstützung der Missionen und operativen Aktivitäten (Finanzen, nicht dienstzugeiltes Personal, Logistik und Beschaffungswesen); und

- (c) verwaltungsmäßige Unterstützung für die Hauptprogramme und Institutionen der OSZE.

Diese drei Hauptaufgaben werden durch einen rapide expandierenden IT-Dienst unterstützt. Das Ressourcenmanagement arbeitet eng mit der Innenrevision und dem Rechtsberater zusammen, die beide im Büro des Generalsekretärs angesiedelt sind.

Während des Berichtszeitraums wurde die Hauptabteilung durch die Aufstellung der Kosovo-Verifizierungsmission und danach durch die der OSZE-Mission im Kosovo stark beansprucht, die beide an Umfang und Komplexität alle bisherigen übertrafen; dadurch blieb wenig Zeit für längerfristige Fragen. Dennoch konnte der Zusammenhalt innerhalb der Hauptabteilung verbessert und Maßnahmen zur organisatorischen Entwicklung und zur Kontinuität in der Institution getroffen werden. Im Vordergrund standen dabei die Management-Prinzipien der Hauptabteilung (offener Informationsfluss, Mitbestimmung, rasche Beschlussfassung und Reaktion, Beschlüsse auf niedrigstmöglicher Ebene und klar umrissene Rechenschaftspflicht).

Neben ihrem Beitrag zu den Schulungsbemühungen der Organisation unter der Verantwortung des KVZ organisierte die DAO ein einwöchiges Schulungsseminar für örtliches Verwaltungspersonal in den Missionen und sorgte für eine Einschulung der für die Einstellung von Personal verantwortlichen Mitarbeiter.

Ferner wurde wieder die Interne Arbeitsgruppe für Dokumentation (IWGD) aktiviert. Die von den Konferenzdiensten betreute und koordinierte Gruppe setzt sich aus Vertretern verschiedener Hauptabteilungen und Gruppen des OSZE-Sekretariats in Wien und Prag und OSZE-Institutionen zusammen. Sie entwickelt für die gesamte OSZE geltende einheitliche Arbeitsverfahren für Schriftwechsel und Dokumentation sowie Richtlinien für das einheitliche Erscheinungsbild („corporate identity“) der OSZE und andere Fragen.

1. Konferenzdienste

1.1 Sitzungsbetreuung

Die Konferenzdienste (CS) bieten regelmäßige Dienste für die OSZE, die Gemeinsame Beratungsgruppe (GBG) des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und die Beratungskommission „Offener Himmel“ (OSCC).

Im Berichtszeitraum 1. Dezember 1998 bis 30. November 1999 werden die CS mehr als 1600 Sitzungen und Treffen (ohne Überprüfungskonferenz, Vorbereitungstreffen und Gipfeltreffen 1999) betreut haben, was im Vergleich zu früheren Jahren eine Erhöhung um rund 20 Prozent darstellt:

- Sitzungen des Ständigen Rates und damit zusammenhängende PC-Konsultationen: rund 560
- Sitzungen des Forums für Sicherheitskooperation und damit zusammenhängende FSK-Sitzungen: 310
- Gemeinsame Beratungsgruppe (GBG) und Beratungskommission „Offener Himmel“ (OSCC): über 150 Sitzungen

- Sitzungen zu speziellen Themen regionaler Gruppierungen beziehungsweise von Gruppen von OSZE-Teilnehmerstaaten: 510

Im Berichtszeitraum wurden auch wichtige Seminare, etwa über den Verhaltenskodex, das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung und das Treffen über militärische Transparenz betreut. Die CS unterstützten außerdem mehrere Tagungen in Wien und andernorts für das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), den Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) und die Parlamentarische Versammlung (PV) der OSZE zu speziellen Themen sowie Sitzungen nach Artikel II, IV und V des Übereinkommens von Dayton.

Betreut wurden überdies Tagungen anderer internationaler Organisationen und NGOs wie die Südosteuropäische Kooperationsinitiative, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Internationale Helsinki-Föderation, der Weltverband der Gesellschaften für die Vereinten Nationen und andere. Weitere Veranstaltungen und Workshops ohne Bezug zu einem konkreten Gremium waren unter anderem der Workshop über Kleinwaffen und leichte Waffen sowie Buchpräsentationen. Informationsveranstaltungen für Organisationen, Studentengruppen, Wissenschaftler und Forschungseinrichtungen, die ebenfalls von den CS betreut wurden, stiegen um mehr als 12 Prozent auf etwa 110.

Unter den besonderen Treffen sind das Siebente Ministerratstreffen am 2. und 3. Dezember 1998 in Oslo mit vielen zusätzlichen Vorbereitungssitzungen und -konsultationen in Verbindung mit PC und GBG in Wien und Oslo zu nennen. Wichtige Treffen außerhalb von Wien, die mit Unterstützung der Konferenzdienste abgehalten wurden, waren vor allem das Siebente Treffen des Wirtschaftsforums vom 25. bis 28. Mai 1999 in Prag sowie Tagungen in Warnemünde, Almaty, Istanbul und Malta.

Die zweite Hälfte des Jahres 1999 war größtenteils der Vorbereitung des Gipfeltreffens 1999 in Istanbul gewidmet, darunter auch der Betreuung der Überprüfungskonferenz vom 20. September bis 1. Oktober 1999 in Wien und vom 8. bis 10. November in Istanbul, sowie des Vorbereitungstreffens vom 11. bis 17. November in Istanbul und ganz besonders des OSZE-Gipfeltreffens am 18. und 19. November.

1.2 Dokumentenverteilung

Zu den Aufgaben dieser Abteilung gehört - neben der Registrierung und Verteilung von Dokumenten sowie der Vervielfältigung, Archivierung und Bereitstellung älterer Dokumente auf Ersuchen von Delegationen und Institutionen - auch die Koordination von Zimmerreservierungen, die Betreuung von Sitzungen und die Verbindung mit der Sektion Dokumentenkontrolle für die Übersetzung und/oder das Redigieren von OSZE-Dokumenten. Im Berichtszeitraum gingen täglich durchschnittlich 26 Anfragen ein, und es wurden 6300 Dokumente verteilt.

1.3 Dolmetschung

Die Konferenzdienste sorgen für Simultandolmetschung bei Sitzungen in Wien und außerhalb. Neben den regelmäßigen Sitzungen der OSZE, der GBG und der OSCC boten die CS diesen Dienst unter anderem auch für den Ständigen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung, das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung und das Seminar über den Verhaltenskodex sowie für die in Wien unter der Schirmherrschaft der OSZE abgehaltenen Sitzungen zu Artikel II, IV und V des Übereinkommens von Dayton an.

Da die OSZE-Aktivitäten an Zahl und Umfang ständig zunehmen, nahm im Berichtszeitraum auch der Bedarf an zusätzlichen Sitzungen mit Dolmetschung stark zu.

1.4 Dokumentenkontrolle, Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung von Texten

Wie in allen Bereichen der Konferenzdienste war auch hier eine Zunahme der Arbeit zu verzeichnen, d.h. es wurden mehr Dokumente als bisher übersetzt und redigiert. Im Berichtszeitraum wurden in der Übersetzungsabteilung über 9500 Seiten übersetzt und redigiert, mehr als 16 500 Dokumentenseiten wurden in einer oder mehreren der sechs offiziellen OSZE-Sprachen mit Textverarbeitung geschrieben. Neben ihrer laufenden Arbeit sorgte die Dokumentenkontrolle für die Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung des *OSZE-Newsletter* und des *OSZE-Handbuchs*, die Zusammenstellung der Publikation *OSCE Decisions 1998* und die Übersetzung von Berichten und Beschlussskizzen für andere OSZE-Institutionen und -Gremien wie die Parlamentarische Versammlung der OSZE, das BDIMR, den HKNM usw.

2. Finanzen

Im Hinblick auf die Entwicklung des neuen Oracle-Finanzprogramms wurde mit der Rationalisierung und Konsolidierung aller Funktionen im Zusammenhang mit den Gruppen Rechnungswesen, Haushalt und Finanzverwaltung begonnen. Das neue System, das voraussichtlich im November 1999 installiert sein wird, verlangt - sicherlich bis ins Jahr 2000 hinein - viel Zeit, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit vom Team des Finanzwesens, das eine völlige Umstellung der derzeitigen Gepflogenheiten in der Finanzabteilung bewältigen muss.

Um den größtmöglichen Nutzen aus dem neuen System zu ziehen, müssen über einen Zeitraum von einem bis drei Jahre zusätzliche Module wie etwa Personalverwaltung, Reisekostenabrechnung und Revision implementiert werden, für deren Entwicklung und Betrieb entsprechende Mittel bereitgestellt werden müssen.

2.1 Haushaltsplanung

Der vom Ständigen Rat am 17. Dezember 1999 genehmigte Gesamthaushaltsplan 1999 (PC.DEC/282) betrug 154 Millionen EUR. Zusätzlich erteilte der Ständige Rat mit den Beschlüssen Nr. 282 und 286 für die Kosovo-Verifizierungsmission eine Ausgabeermächtigung in Höhe von 49 Millionen EUR. Diese Ausgabeermächtigung wurde in der Folge auf die vom Ständigen Rat am 8. Juni 1999 eingerichtete OSZE-Einsatzgruppe für die Übergangszeit im Kosovo (PC.DEC/296) und auf die vom Ständigen Rat am 1. Juli 1999 eingesetzte OSZE-Mission im Kosovo (PC.DEC/305) übertragen.

Der Haushaltsplan 1999 wurde durch weitere Beschlüsse des Ständigen Rates ergänzt und enthält nun auch den Haushalt für den Wiener Teil der OSZE-Überprüfungskonferenz (PC.DEC/311) vom 20. September 1999 bis 1. Oktober 1999 in Wien und den Haushalt für das neu errichtete Büro in Eriwan (PC.DEC/314).

Aufgrund des Beschlusses, die in Bosnien und Herzegowina geplanten Wahlen von 1999 auf April 2000 zu verschieben, wurde der Haushaltsbedarf der Mission nachträglich um etwa 27 Prozent gekürzt (PC.DEC/310 vom 15. Juli 1999).

Der restliche Haushaltsbedarf 1999 für die OSZE-Mission im Kosovo wird dem Ständigen Rat voraussichtlich im letzten Quartal 1999 vorgelegt.

Alle oben genannten Beschlüsse - mit Ausnahme des restlichen Haushalts 1999 für die OSZE-Mission im Kosovo - ergab einen OSZE-Gesamthaushalt 1999 in Höhe von 142 Millionen EUR.

2.2 Rechnungswesen

Der Bericht der externen Rechnungsprüfer für das Jahr, das mit 31. Dezember 1998 endete, enthielt mehrere Empfehlungen für Verbesserungen sowie die Feststellung, dass der Jahresabschluss die finanzielle Lage der OSZE mit 31. Dezember 1998 und die Ergebnisse der mit Jahresende abgeschlossenen Operationen getreu wiedergibt, dass der Jahresabschluss den allgemein anerkannten Grundsätzen des Rechnungswesens entspricht und dass die Transaktionen im Einklang mit den genehmigten Finanzverfahren und rechtlichen Befugnissen stehen.

Der geprüfte Jahresabschluss 1998 wurde im Juni 1999 den Delegationen der Teilnehmerstaaten vorgelegt und am 8. Juli 1999 vom Ständigen Rat angenommen (PC.DEC/309).

Im Interesse einer Vereinheitlichung der Arbeitsprozesse und -verfahren fand vom 7. bis 11. Juni 1999 ein Ausbildungsseminar für örtliches Finanz- und Verwaltungspersonal in OSZE-Missionen und -Institutionen statt.

2.3 Cash Management

Die festgesetzten Beiträge wurden in Euro in Rechnung gestellt, nachdem das offizielle OSZE-Buchgeld gemäß den Finanzvorschriften vom österreichischen Schilling auf den Euro umgestellt worden war. Auch die Finanzvorschriften wurden geändert und die monatlich herausgegebenen offiziellen OSZE-Wechselkurse an die der Vereinten Nationen angeglichen.

Im Einklang mit den Finanzvorschriften kamen Verfahren für die Regelung von Zahlungsrückständen zur Anwendung, um die ausstehenden Beiträge zu verringern.

Da die Transaktionen im Rahmen des OSZE-Haushalts die auf den Konten vorhandenen Guthaben erheblich überschritten, wurden vermehrt Einlagen mit kurzer Bindung getätigt, um die Bankzinsen zu maximieren.

Für die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, die OSZE-Mission im Kosovo und die zentralasiatischen OSZE-Büros in Kasachstan, Turkmenistan und Kirgisistan wurden neue Bankkonten eingerichtet.

Während der Evakuierung der 1100 Missionsmitglieder aus dem Kosovo wurden innerhalb von drei Tagen Barauszahlungen von über 6 Millionen DEM getätigt, um die ausstehenden Tagegelder für die Missionsmitglieder zu begleichen.

3. Personalwesen

3.1 Grundsätze und Verfahren

Gemäß Beschluss Nr. 4 des Ministerrats von Oslo (MC(7).DEC/4) befasste sich der Informelle Finanzausschuss im April 1999 mit der Frage der operativen Stärkung der OSZE. In mehreren Erklärungen des Amtierenden Vorsitzenden und in einem Bericht des General-

sekretärs, unter anderem zum Thema der Förderung des personellen Potenzials, wurde erneut auf die Notwendigkeit verwiesen, die Anstellungsbedingungen der OSZE zu normalisieren. Dies wurde auch in dem Bericht der externen Rechnungsprüfer vom Juni 1999 über den OSZE-Jahresabschluss für das Jahr, das am 31. Dezember 1998 endete, betont. Der Entwurf eines im Sinne einer solcher Normalisierung überarbeiteten Personalstatuts samt Dienstvorschriften wurde mit einem Überblick über die finanziellen Auswirkungen den Delegationen der Teilnehmerstaaten zur Begutachtung zugeleitet.

Es wurde auch versucht, die Arbeitsbedingungen des ortsansässigen Missionspersonals zu regeln und zu vereinheitlichen; entsprechende Richtlinien wurden den Missionsleitern übermittelt.

3.2 Sozialversicherung

Gemeinsam mit Van Breda & Co International wurde eine grundlegende Rehabilitationsversicherung und die Möglichkeit der Ausdehnung der Lebens- und Unfall-/Invaliditätsversicherung auf örtliche Mitarbeiter von Missionen ausgearbeitet, die nun seit Januar 1999 gilt.

Nach der Verabschiedung eines neuen Gesetzes über Unfall- und Invaliditätsversicherung in Kroatien, das dem Arbeitgeber zusätzliche Verpflichtungen auferlegt, wurde mit dem Versicherungsträger eine Lebens- und Unfall-/Invaliditätsversicherung ausgehandelt.

Für die ortsansässigen Mitarbeiter im Kosovo wurde ein komplettes Sozialversicherungspaket erstellt und im Oktober 1999 eingeführt.

3.3 Einstellung von Personal

Im Einklang mit PC.DEC/260 und 263 über die Einrichtung und Finanzierung der Kosovo-Verifizierungsmission genehmigte der Ständige Rat den Haushaltsplan 1998 und den Dienstpostenplan für die Aufstockung des KVM-Sekretariats und das internationale Vertragspersonal im Kosovo. Die Bemühungen der Administration um die Stärkung der operativen Fähigkeiten von Missionen wie der KVM stellten die Personalabteilung der OSZE während des Berichtszeitraums auf eine harte Probe.

Die Anzahl der genehmigten Dienstposten, die aus den Allgemeinen Mitteln und den Zusatzaushalten zu finanzieren sind, nahm um 91 zu (die meisten davon im Rahmen der Aufstockung). Seit 1. Januar 1999 verließen 18 Mitarbeiter die OSZE, 1998 waren es 28.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 75 genehmigte OSZE-Dienstposten besetzt. Die verstärkte Rekrutierungstätigkeit warf erneut die Frage auf, wie die OSZE bestqualifiziertes Personal für leitende Positionen finden kann. Auf Ersuchen der Delegationen wurde dem Informellen Finanzausschuss der Zustandsbericht *„Implementation by the Secretariat of Administrative and Operational Support provided for in the 1999 Budget and 1998 KVM Augmentation Budget“* vorgelegt. Er enthält eine eingehende Analyse der bestehenden Anstellungsrichtlinien und der Schwierigkeiten bei ihrer Umsetzung.

3.4 Praktikantenprogramm

Das reguläre Praktikantenprogramm wurde fortgesetzt: Während des Berichtszeitraums kamen 12 Praktikanten im Büro des Generalsekretärs, im Konfliktverhütungs-

zentrum, in der Hauptabteilung Verwaltung, im Büro des Beauftragten für Medienfreiheit und im BDIMR zum Einsatz.

Der Zeitplan für ein Praktikantenprogramm in den zentralasiatischen Ländern wurde überarbeitet, und es wurden fünf Länder ausgewählt, die Kandidaten stellen können. Drei Praktikanten haben ihr Programm bereits abgeschlossen, zwei weitere werden bis Jahresende erwartet.

3.5 Dienstpostenbewertung

Die 1998 eingeleitete Dienstpostenbewertung wurde in diesem Jahr fortgesetzt. Ein Bericht über den aktuellen Stand wurde dem Informellen Finanzausschuss im Mai 1999 vorgelegt. Unter dem Vorsitz des Direktors für Ressourcen fand eine außerordentliche Mitarbeiterbesprechung für alle Bediensteten des OSZE-Sekretariats statt.

4. Einsätze

Die Sektion Einsätze sorgt für operative Unterstützung und Dienste für alle OSZE-Missionen und -Feldoperationen. Sie setzt sich aus vier Organisationseinheiten zusammen: Logistik, Beschaffung, Kommunikation und Verwaltungsdienste.

4.1 Logistik

Die Gruppe Logistik unterstützt die Missionen in den Bereichen Transport, Versorgungsgüter sowie Wartung und Instandhaltung. Die Mission im Kosovo verursachte mit der Evakuierung der KVM im März und der Wiedereinsetzung im Mai den größten Aufwand. Am 1. Juli wurde die OSZE unter anderem mit der Aufgabe betraut, eine Polizeischule im Kosovo einzurichten. In enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen entstand zwischen Brindisi (Italien) und Priština (Kosovo) eine „Logistik-Pipeline“, durch die die Anlieferung von Gütern aller Art erleichtert wird. Es wird ein Fuhrpark von rund 450 Fahrzeugen gewartet.

4.2 Beschaffung

Die Gruppe Beschaffung wurde gegen Ende 1998 und Anfang 1999 durch die Einrichtung der Mission im Kosovo erheblich stärker in Anspruch genommen, weshalb zwei neue Mitarbeiter eingestellt wurden. In den ersten fünf Monaten des Jahres bearbeitete die Gruppe 794 Materialanforderungen mit einem Anschaffungswert von insgesamt rund 16 Millionen EUR. Eine im Berichtszeitraum eingeführte Neuerung war die Ausschreibung für Waren und Dienstleistungen für die OSZE über das Internet.

4.3 Kommunikation

Die Gruppe Kommunikation unterstützte die Umsetzung der geplanten Kommunikationsnetze und -einrichtungen in der KVM, die Koordination der Kommunikationsaktivitäten während und nach der Evakuierung und die Herstellung der notwendigen Verbindungen und Netzwerke für die Kosovo-Einsatzgruppe in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in Albanien. Nach dem Beschluss über die Einrichtung der neuen Mission im Kosovo, half die Gruppe bei der Ausarbeitung der Kommunikationskonzepte, -pläne und -projekte für die polizeilichen Elemente, bei der Wiederherstellung der Kommunikationsnetze und -verbindungen in der neuen Kosovo-Mission und der Koordination der Kommunikationsaktivitäten mit anderen internationalen Organisationen (UN, KFOR usw.).

Darüber hinaus leistete die Gruppe Hilfestellung bei der Nachrüstung des UHF-Funknetzes in der OSZE-Präsenz in Albanien und bei der Einrichtung von Kommunikationsnetzen in den neuen OSZE-Zentren. Weitere aktuelle Aufgaben sind ein Helpdesk für Kommunikationsprobleme der OSZE-Missionen und die laufende Kontrolle der Kosten für Satellitenkommunikation, um die Ausgaben möglichst niedrig zu halten.

4.4 Verwaltungsdienst

Angesichts der ständig steigenden Mitarbeiterzahl wird die Gruppe Verwaltungsdienste immer stärker in Anspruch genommen. Sie leistet Unterstützungsdienste im Zusammenhang mit der Reisetätigkeit von Mitarbeitern und Missionsmitgliedern, der Beschaffung von Material und Ausrüstung für das Sekretariat und der Bereitstellung zusätzlicher Büroräumlichkeiten.

4.5 Registraturverwaltung

In den letzten 12 Monaten stieg der Arbeitsanfall in der Gruppe Registraturverwaltung (RMU) erheblich an. Die Ursachen dafür waren hauptsächlich die Eröffnung der OSZE-Zentren in Almaty, Bischkek und Aschgabad und die KVM und ihrer Umwandlung in die Einsatzgruppe und später in die OSZE-Mission im Kosovo. Angesichts dieser erhöhten Belastung wurden zwei zusätzliche Archivare eingestellt. Außerdem musste ein Botendienst eingerichtet werden, um den immer umfangreicheren Dokumentenaustausch zwischen dem Sekretariat, der Hofburg (Delegationen) und der Stallburg zu bewältigen.

Die Posteinlaufstelle in der RMU bietet den OSZE-Missionen und -Institutionen wie bisher einen diplomatischen Postdienst. Durch die Expansion der OSZE und ihrer Missionen hat die Menge an Post explosionsartig zugenommen.

5. Informationstechnologie

5.1 Allgemeine und technische Unterstützung

Die Vereinheitlichung der Software im Sekretariat wurde abgeschlossen. Alle Desktop-Computer der OSZE, im Sekretariat am Kärntner Ring, in der Hofburg und in der Stallburg - rund 250 Stück - wurden einheitlich auf Windows NT und Office 97 umgestellt. Außerdem wurden die meisten Desktop-Computer im Sekretariat mit Pentium-II-Prozessoren nachgerüstet.

Ein wichtiger Schritt zu besserer Verfügbarkeit war der Ersatz aller Nichtmarken-Server im Sekretariat durch Markengeräte. In der Stallburg wurde für alle Konferenzdienste sowie für das Projektteam für das Finanz-/Materialverwaltungssystem ein neuer Serverraum eingerichtet. Ein zweiter Serverraum wurde am Kärntner Ring komplett neu adaptiert, um die Computerserver unterzubringen.

In der Stallburg wurde zur Unterstützung des Finanz-/Materialverwaltungssystems und der IT-Sektion ein neues Netzwerksegment installiert. Für die Delegierten wurde ein Computerarbeitsbereich einschließlich Internetzugang und Drucker bereitgestellt. Die Netzwerkinfrastruktur im Sekretariat wurde durch ein weiteres Segment ergänzt, um die neuen Büros im Palais Corso anzuschließen.

IT-Unterstützung gab es auch für andere OSZE-Einheiten wie die Verhandlungen nach Artikel II, IV und V, das Büro des Beauftragten für Medienfreiheit und die Hochrangige Planungsgruppe.

Das *Local Area Network* im Sekretariat wurde mit Schutzeinrichtungen wie dem *Firewall*-Filter und einer Abschirmung gegen das Internet versehen, um die Finanzverwaltungssysteme (FMS) und Materialverwaltungssysteme (MMS) sowie das Computernetzwerk insgesamt entsprechend zu schützen.

Es wurde ein Aktionsplan für die Jahr-2000-Tauglichkeit entwickelt, um die Hardware und Software auf das Jahr 2000 vorzubereiten und auf die zum Jahreswechsel 2000 gegebenenfalls auftretenden Probleme reagieren zu können.

5.2. Management der Informationssysteme

Die Aktivitäten der Gruppe Informationssystemmanagement folgten den Zielen und Prioritäten, die im *Information Systems Strategic Plan* (ISSP) der OSZE festgelegt worden waren.

Das Team der wichtigsten User wählte ein FMS/MMS-System-Software-Paket für die OSZE aus. Implementiert werden die wichtigsten Module Hauptbuch, Verbindlichkeiten, Außenstände, Cash Management, Einkauf und Anlagevermögen. Der Vertrag wurde im April 1999 unterzeichnet.

Ein Implementierungsteam wurde für die Software und ihre Funktionen eingeschult. Gemeinsam mit Konsulenten des Lieferanten arbeitet es an der Parametrisierung des Systems. Die Software sollte am 2. November 1999 erstmals im Sekretariat und in mehreren Missionen zum Einsatz kommen; am ersten Tag wird mit ca. 100 Usern gerechnet.

Zur Zeit sind intensive Bemühungen zur Erstellung einer Dokumentation (Benutzer- und Schulungshandbücher) für das System im Gange, in der die OSZE-Verfahren beschrieben werden.

Die für das neue System erforderlichen Computerserver wurden angekauft, installiert und getestet. Die Kommunikationsverbindungen zu den Missionen und Institutionen werden verbessert und ausgebaut.

Das neue Finanz-/Materialverwaltungssystem entspricht dem letzten Stand der Technik und beruht auf einer modernen, gut durchdachten Datenbank und der Kommunikationstechnologie der Zukunft - dem Internet. Das System basiert auf einer zentralen Datenbank, auf die Benutzer in Wien oder an einem beliebigen Ort der Welt zugreifen können. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die OSZE-Operationen, da jede Transaktion online verarbeitet wird und sofort für alle in Frage kommenden Benutzer sichtbar wird. Dadurch sind Informationen rascher verfügbar und die Kommunikation zwischen den Missionen und dem Sekretariat wird wesentlich schneller und effizienter. Zukünftige Applikationen können auf derselben Plattform aufgebaut werden.

Das Dokumentenverwaltungssystem (DMS) für die OSZE hat ebenfalls eine hohe Prioritätsstufe im ISSP. Es wurde eine Studie des OSZE-DMS mit Vorschlägen für Pilotinstallationen präsentiert.

Im Sekretariat wurde ein im Hause entwickeltes Personalsystem implementiert. Die Datenbank für die Einstellung von Missionspersonal wurde ausgebaut und den geänderten Erfordernissen angepasst.

5.3 Missionsunterstützung

Verschiedene OSZE-Missionen erhielten Unterstützung beim Ausbau ihrer jeweiligen IT-Infrastruktur (Desktop-PCs, LAN, Internet, Datenkommunikation), um sie unter anderem in das Finanz-/Materialverwaltungssystem einzubeziehen. Besondere Unterstützung erhielt die OSZE-MIK bei der Wiedereinrichtung des Computernetzwerks.

Wien war im Juni Schauplatz des ersten Seminars für IT-Mitarbeiter aus den Missionen und Institutionen. Alle Missionen und Institutionen nahmen an dieser Veranstaltung teil, die der Verbesserung der Zusammenarbeit und der Vermittlung von Wissen diente.

Das seit langem anstehende Problem der Gewährleistung für die Computer der Mission in Bosnien und Herzegowina wurde gelöst; in Hinkunft gibt es für die mehr als 1000 Notebook-Computer festgelegte Verfahren im Gewährleistungsfall. Es kam auch die Einrichtung einer neuen Servicestelle zur Sprache sowie die Frage der Verpflichtung des Lieferanten, derartige Fragen in Hinkunft mit höchster Priorität zu lösen.

5.4 Arbeitsgruppe „Jahr-2000-Tauglichkeit“

Die Arbeitsgruppe „Jahr-2000-Tauglichkeit“ hatte die Aufgabe, die möglichen Risiken des Jahreswechsels zum Jahr 2000 abzuschätzen und Prioritäten zu setzen, als Zentralstelle für Koordination und Informationsaustausch zu dienen, für entsprechende Lösungen zu sorgen und deren Umsetzung zu überwachen.

Derzeit beschäftigt sich die Arbeitsgruppe unter anderem mit folgenden Aufgaben: Bewusstseinsbildung der Mitarbeiter, Prüfung, Verbesserung und Austausch untauglicher Software, Hardware und Geräte, Erprobung von Systemen, Fertigstellung von Notfallplänen und Warnung des Personals, sich sowohl beruflich als auch persönlich auf potenzielle Jahr-2000-Probleme einzustellen. Es wird ein Fragebogen an alle OSZE-Institutionen und -Feldaktivitäten ausgeschickt, durch den sichergestellt werden soll, dass deren Software allen Anforderungen entspricht, und der gleichzeitig Informationen enthält, wie bei Auftreten von Problemen vorzugehen ist. Die OSZE-Website wurde durch eine Y2K-Seite ergänzt, die über die diesbezügliche OSZE-Politik und -Aktion informiert, und es erging an das gesamte Personal ein Verwaltungsrundschreiben, in dem die Mitarbeiter über allfällige Vorsichtsmaßnahmen unterrichtet wurden.

Den Vorsitz in der Arbeitsgruppe „Jahr-2000-Tauglichkeit“ führte in der ersten Hälfte des Berichtszeitraums der leitende Innenrevisor. Seit August 1999 wird diese Funktion vom Stellvertretenden Direktor für Finanzen im Sekretariat wahrgenommen.

6. Sektion Innenrevision

1999 befasste sich die Sektion Innenrevision mit einem umfangreichen Programm, darunter der Prüfung der Reisetagegeld- und Reisevorkehrungen im OSZE-Sekretariat, der Mission in Kroatien, der Verfahren im Personal- und Beschaffungswesen und im Hauptbuch sowie der OSZE-Personalpolitik und -Verfahren und ihrer Umsetzung in der gesamten Organisation (noch im Gange).

Von Oktober 1998 bis April 1999 beschäftigte sich das Büro intensiv mit der Kosovo-Verifizierungsmission und deren Unterstützungsgruppe, die sie im Umgang mit OSZE-Vorschriften und -Verfahren beriet.

Die Innenrevision spielte eine Schlüsselrolle bei der Beurteilung und Auswahl des neuen Finanz-/Materialverwaltungssystems. Sie beurteilte und prüfte außerdem die Implementierung der gesamten Oracle-Software und der damit verbundenen Verfahren, um sicherzustellen, dass interne Kontrollen vorhanden sind und funktionieren.

7. Rechtliche Angelegenheiten

Rechtsberatung wurde vom Generalsekretär, anderen Teilen des Sekretariats, OSZE-Institutionen und -Feldaktivitäten sowie von den Delegationen in Anspruch genommen. In erster Linie ging es dabei um Vorrechte und Immunitäten, die Aushandlung und Ausarbeitung internationaler Rechtsinstrumente wie Memoranda of Understanding, die die Aktivitäten der Missionen und anderer Operationen regeln, und die diesbezügliche Beratung, Vertrags-, Anspruchs- und Versicherungsangelegenheiten sowie Steuerfragen, Sozialversicherungs- und Personalfragen. Ein weiterer Tätigkeitsbereich war die Ausarbeitung und Auslegung interner Dokumente wie etwa der Finanzvorschriften, des Personalstatuts samt Dienstvorschriften, von Dienstanweisungen und sonstigen Richtlinien für das Sekretariat und andere OSZE-Aktivitäten, darunter etwa die Dienstvorschrift über das professionelle Arbeitsumfeld in der OSZE und die Dienstvorschrift über Disziplinarverfahren.

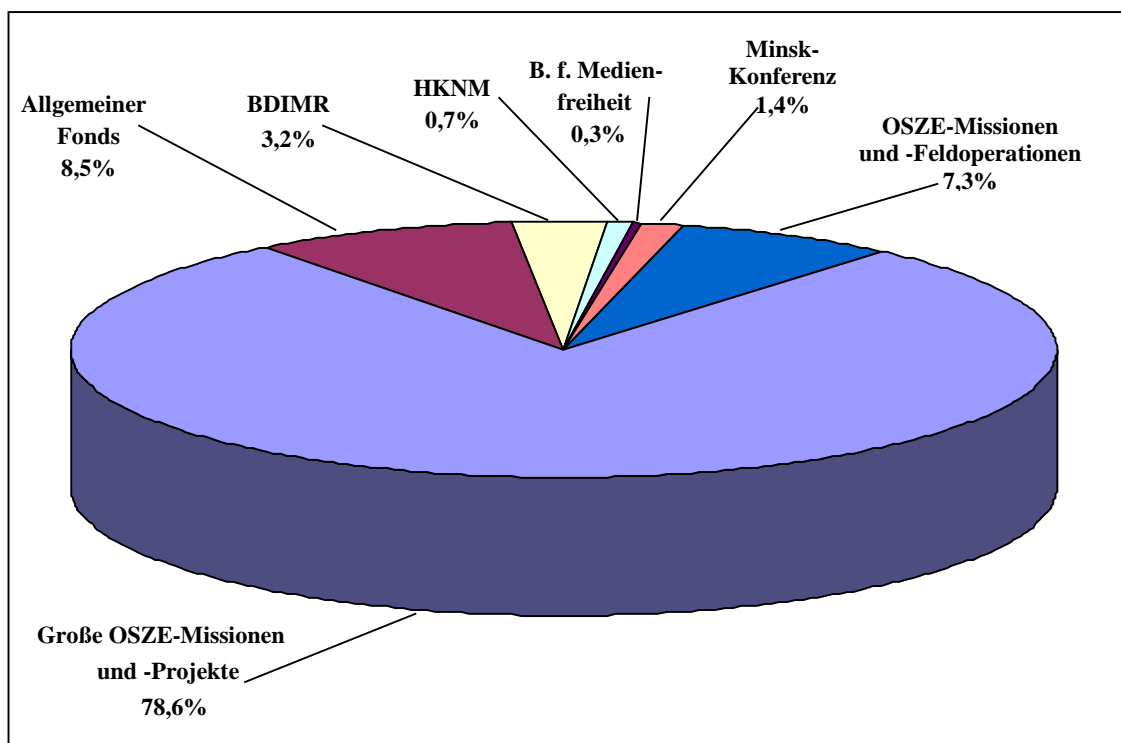
8. Koordinierungs- und Planungsgruppe

Um sicherzustellen, dass das Sekretariat auf neue Missionen vorbereitet ist, und zur Einleitung und Koordination der Vorbereitung und Planung kurzfristig beschlossener Missionen wurde eine Koordinierungs- und Planungsgruppe eingesetzt, in der Schlüsselpersonal aus verschiedenen Hauptabteilungen des OSZE-Sekretariats vertreten ist. Die Gruppe hielt im Berichtszeitraum 12 Sitzungen ab und erstellte und verabschiedete Richtlinien für die Einrichtung großer OSZE-Missionen sowie Mustervorlagen für Memoranda of Understanding, Mietverträge und Checklisten für den Ausrüstungsbedarf von Feldoperationen verschiedener Größe. Derzeit arbeitet die Gruppe an einem Plan für eine Kapazitätsreserve („*surge capacity plan*“), der auch eine Liste der kurzfristig verfügbaren Human- und Materialressourcen enthalten soll.

OSZE-GESAMTHAUSHALTSPLAN 1999
STAND: 19 OKTOBER 1999

<u>Fonds</u>	<u>Hauptprogramm</u>	<u>EUR</u>	<u>Prozent</u>
<u>Allgemeiner Fonds</u>		14 294 183	8,5
	Generalsekretär und zentrale Dienste	1 229 024	0,7
	Aktivitäten im Zusammenhang mit ökonomischen und ökologischen Aspekten der Sicherheit	587 051	0,4
	Konfliktverhütungsaktivitäten	1 902 307	1,1
	Aktivitäten im Zusammenhang mit militärischen Aspekten der Sicherheit	577 424	0,3
	Konferenzdienste Wien	3 998 662	2,4
	Gemeinsamer Dienst Wien	5 614 287	3,4
	Prager Bo	385 428	0,2
<u>Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)</u>		5 407 868	3,2
<u>Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)</u>		1 246 843	0,7
<u>Beauftragter für Medienfreiheit (FOM)</u>		446 676	0,3
<u>Konflikt mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst</u>		2 283 637	1,4
	Hochrangige Planungsgruppe	197 463	0,2
	Der Minsk-Prozess	1 381 172	0,8
	Persönlicher Vertreter des AV	705 002	0,4
<u>OSZE-Missionen und -Feldoperationen</u>		12 233 351	7,3
<u>Große OSZE-Missionen und -Projekte</u>		132 052 817	78,6
	Mission in Kroatien	22 289 111	13,3
	Aufgaben in Bosnien und Herzegowina	34 617 620	20,6
	Aktivitäten im Kosovo ¹	<u>75 146 086</u>	<u>44,7</u>
GESAMT		167 965 375	100,0

¹
49 054 163 Ausgabeermächtigung nach PC.DEC/282 und 286
-27 123 086 ungefähre Ausgaben Stand 30.06.1999
21 931 077 verfügbarer Saldo
48 023 000 Haushalt 1999 (Juli - Dezember 1999)
26 091 923 ungefährender Finanzierungsfehlbetrag



VORSCHLAG ZUM OSZE-GESAMTHAUSHALTSPLAN FÜR DAS JAHR 2000²

<u>Fonds</u>	Hauptprogramm	EUR	Prozent
<u>Allgemeiner Fonds</u>		17 924 600	15,9
	Generalsekretär und zentrale Dienste	1 828 300	1,6
	Aktivitäten im Zusammenhang mit ökonomischen und ökologischen Aspekten der Sicherheit	618 600	0,5
	Konfliktverhütungsaktivitäten	1 922 300	1,7
	Aktivitäten im Zusammenhang mit militärischen Aspekten der Sicherheit	552 500	0,5
	Konferenzdienste Wien	3 921 000	3,5
	Gemeinsamer Dienst Wien	8 639 200	7,7
	Prager Büro	442 700	0,4
<u>Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)</u>		5 820 800	5,2
<u>Hoher Kommissar für nationale Minderheiten(HKNM)</u>		1 447 600	1,3
<u>Beauftragter für Medienfreiheit (FOM)</u>		533 200	0,5
<u>Konflikt mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst</u>		2 455 900	2,2
	Hochrangige Planungsgruppe	200 900	0,2
	Der Minsk-Prozess	1 236 500	1,1
	Persönlicher Vertreter des AV	1 018 500	0,9
<u>OSZE-Missionen und -Feldoperationen</u>		14 834 400	13,2
<u>Große OSZE-Missionen und -Projekte</u>		69 531 700	61,7
	Mission in Kroatien	22 942 400	20,4
	Aufgaben in Bosnien und Herzegowina	<u>46 589 300</u>	<u>41,3</u>
GESAMT		112 548 200	100,0

2

Ohne Mission im Kosovo

